

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Gefängnis Freiburg, eine Haftanstalt, in der zahlreiche Sicherheitsverwahrte untergebracht sind.

- *Sicherheitsverwahrung: „Die Perspektive der Freiheit muss die Praxis der Unterbringung bestimmen“ – S. 4*
- *„#spanishrevolution“ – S. 6*
- *Ägypten: Programmdiskussion bei den Muslimbrüdern – S. 8*
- *NRW: Landtagsfraktion der Linken enthält sich beim Haushalt– S. 16*
- *Europa wird wichtiger – linke Konzepte sind gefragt – S. 19*
- *Die Neue Soziale Idee 2011 oder der Neustart der Linken – S. 22*
- *Rudolf Steiner und die Waldorfpädagogik – S. 24*

Ausgabe Nr. 6 am 3. Juni 2011, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Letzte Seite: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles.

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Vertrieb: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 1 Ausgaben für 5 € (beiliegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

501 Milliarden Euro mehr Schulden in drei Jahren

rül. In den drei Jahren von Ende 2007 bis Ende 2010 sind die deutschen Staatsschulden, gemessen nach den sogenannten „Maastricht-Kriterien“, d.h. die Schulden der Gebietskörperschaften, der Sozialversicherungen und der öffentlichen „Extrahaushalte“, um 501 Milliarden Euro in die Höhe geschossen. Das geht aus einer Übersicht hervor, die die Bundesbank bereits im April veröffentlichte. Ende 2010 beliefen sich die deutschen Staatsschulden danach auf 2.080 Milliarden Euro. Ende 2007, d.h. im letzten Jahr vor der Lehmann-Pleite und der damit ausgelösten internationalen Finanzkrise, hatten die Schulden der Gebietskörperschaften, der Sozialversicherungen und der sogenannten „Extrahaushalte“ noch 1.579 Milliarden Euro betragen. Verglichen mit dem jährlichen Bruttoinlandprodukt stieg die deutsche Staatsschuld in diesen drei Jahren von 64,9% des BIP auf 83,2% des BIP. Hauptschuldentreiber waren nach Angaben der Bundesbank die Aufwendungen zur Sicherung des Bankensektors. „Die seit 2008 kumulierten Effekte von Finanzmarktstützungsmaßnahmen auf den Schuldenstand beliefen sich ... auf 335 Mrd. €“, heißt es in der Pressemitteilung. Der größte Teil dieser Gelder floss dabei in die Stabilisierung der HypoReal-Bank, der Westdeutschen Landesbank und der Commerzbank. Verglichen mit dieser gigantischen Verlagerung von Bankenrisiken auf die öffentlichen Haushalte sind alle Steuern, die seitens der Banken und ihrer Aktionäre an die öffentlichen Haushalte gezahlt werden, um es mal in einem geflügelten Wort aus der Bankensprache auszu-drücken, „Peanuts“.

Europäische Betriebsräte gestärkt

rül. Am 27. Mai hat nach dem Bundestag auch der Bundesrat eine Änderung des Europäische-Betriebsräte-Gesetzes beschlossen. Damit setzen Bundestag und Bundesrat eine Richtlinie der EU um, die eine stärkere Beteiligung der Europäischen Betriebsräte bei Entscheidungen großer Unternehmen vorschreibt. Die Europäischen Betriebsräte müssen künftig vor einer endgültigen Entscheidung der Unternehmensleitung unterrichtet und angehört werden, wenn ein Zusammenschluss oder eine Spaltung von Unternehmen oder Unternehmensgruppen geplant ist. Auch eine geplante Verlegung von Unternehmen oder der Unternehmensgruppe in ein anderes EU-Mitgliedsland oder einen Drittstaat oder gar eine Stilllegung ist nur mit

Beteiligung des EBR möglich. Europa-weit gibt es derzeit nach Angaben der Bundesregierung 908 EBR, die etwa 15 Millionen Beschäftigte repräsentieren. In Deutschland sind rund 140 gemeinschaftsweit tätige Unternehmen und Unternehmensgruppen betroffen. Ein EU-weit operierendes Unternehmen ist dazu verpflichtet, einen EBR einzurichten, wenn es mindestens 1 000 Arbeitnehmer in den Mitgliedstaaten beschäftigt. Dabei müssen jeweils mindestens 150 Arbeitnehmer in mindestens zwei Mitgliedstaaten beschäftigt sein. Die Regelung gilt auch für die in EU-Ländern befindlichen Niederlassungen internationaler Konzerne, die ihren Hauptsitz außerhalb der EU haben. Im Gegensatz zu den hiesigen Betriebsräten sind EBR allerdings nicht mit Mitbestimmungsrechten ausgestattet.

Deutsche Energiewende und europäische Nachbarn

alk. Bei den europäischen Nachbarn überwiegen Skepsis, ja Ablehnung über den Beschluss der deutschen Bundesregierung, innerhalb der nächsten zehn Jahre bei der Energieerzeugung endgültig auf Kernenergie zu verzichten. Aus der internationalen Presseschau des Deutschlandfunks vom 26. und 31. Mai hier einige Zeitungskommentare:

Beifall gibt es aus Österreich, das sich schon vor einigen Jahren entschlossen hat, keine Kernenergie zu benutzen. Dort scheint man auch entschlossen, sich im Falle eines Konflikts innerhalb der Europäischen Union auf die Seite Deutschlands zu schlagen. So kritisierte *Der Standard* aus Österreich am 26. Mai die Regeln der Stresstests für europäische Atomkraftwerke:

„Spielmacher bei dieser Operation war nicht die Brüsseler Kommission, sondern waren die Delegierten jener EU-Staaten, die selber Atomkraftwerke betreiben – voran Frankreich und Großbritannien. Sie haben von vornherein festgelegt, dass es ein transnationales Eingreifen in ihre Vorstellungen von AKW-Sicherheit nicht geben wird – und schon gar nicht in ihre Entscheidungsautonomie, ob sie als riskant eingeschätzte Atommeiler vom Netz nehmen oder nicht. Der deutsche Kommissar Oettinger hätte am Auftrag vorbei mutiger sein können, indem er etwa eine große Enquete unter Einbeziehung der Kernkraftgegner veranstaltet.“

Zustimmung kommt außerdem noch aus Italien. *La Repubblica* bewertet den Atomausstieg positiv:

„Die Aussichten auf ein Gelingen sind gut – die Mehrheit der Bürger steht dahinter. Allerdings begann der lange Abschied von der Kernkraft be-

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

reits 1998 mit der rot-grünen Koalition. Seitdem hat sich die Energieeffizienz der deutschen Industrie um 48 Prozent erhöht. Deutschland liegt auf den Weltmärkten in der Wettbewerbsfähigkeit um Lichtjahre vor konkurrierenden Ländern wie das zur Atomkraft verurteilte Frankreich“.

Alle anderen sind skeptisch, die osteuropäischen Nachbarn zum Teil sogar schroff ablehnend. Die tschechische Zeitung *Mlada Fronta Dnes*:

„Es ist traurig, aber die Deutschen entscheiden wieder ohne uns, aber über uns. Denn ihr Wille, aus der Atomkraft auszusteigen, wird sich auch auf den Lebensstandard der übrigen Europäer auswirken, und insbesondere der Tschechen. Allein durch den deutschen Weg werden die Energiepreise in ganz Europa steigen. Und der rasante Ausbau alternativer Energiequellen wird die Situation noch schwieriger machen. Damit es in Deutschland nämlich nicht zu Stromausfällen kommt, werden alle Nachbarstaaten Milliarden Euro in ihre Verteilernetze investieren – was die Strompreise natürlich ein weiteres Mal in die Höhe treiben wird. Unterm Strich also wird Europa noch abhängiger von russischen Erdgaslieferungen.“

Auch aus Polen gibt es keine Zustimmung. So schreibt *Rzeczpospolita*:

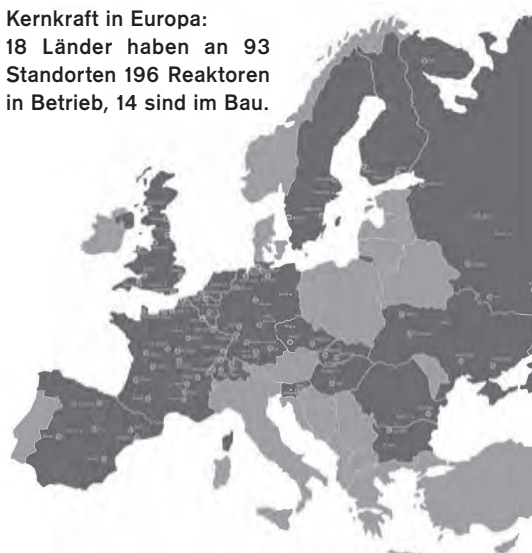
„Die Atomkraft ist heute – trotz der Katastrophe in Japan – eine der sichersten und effektivsten Energiegewinnungsformen. Wir sollten dem Druck aus Westeuropa nicht nachgeben – dort sind die Energiequellen erstens stark diversifiziert, und zweitens gibt es kein Problem mit Stromausfällen, wie dies teilweise bei uns der Fall ist. Polen sollte seinen eigenen Weg gehen, solange hierfür noch die Mehrheiten vorhanden sind.“

Und Skepsis ist aus der Slowakei zu hören: „Falls die Entscheidung der Bundesregierung Bestand hat, dann wird sie sich auf jeden Fall auf ganz Europa auswirken“, ist *Sme* aus Bratislava überzeugt. „Atomenergie fällt künftig in die Kategorie ‚Relikt des Kalten Krieges‘ – das ist die wichtigste Veränderung, die die deutsche Entscheidung mit sich bringt. Von der ‚Renaissance des Atoms‘ finden wir uns abrupt an der Schwelle einer Existenzkrise der Kernkraft, in die schon niemand mehr investieren will. Die große Frage ist, wie die deutsche und europäische Wirtschaft auf diesen Schnitt reagiert.“

Auch aus Skandinavien kommen Warnungen. Die schwedische Zeitung *Dagens Nyheter*:

„Es ist riskant, aus der Atomkraft mit einer schnellen, gefühlsbetonten Entscheidung auszusteigen, wie Deutschland das jetzt tut. Angela Merkels Koalition hatte erst im Herbst die Laufzeit für Atomkraftwerke verlängert. Man

**Kernkraft in Europa:
18 Länder haben an 93
Standorten 196 Reaktoren
in Betrieb, 14 sind im Bau.**



wolle eine Brücke zum Zeitalter erneuerbarer Energien bauen, hieß es. Jetzt reißt die Kanzlerin unter dem Druck der harten deutschen Atomdebatte Brücken ab. Aber das Durchziehen eines schnellen Ausstiegs unter akzeptablen Formen für die Umwelt ist heute nicht einfacher als vor einem Jahr.“

Le Figaro aus Paris sieht Wahltaktik:

„Die Kehrtwende bei der zivilen Nutzung der Atomenergie ist spektakulär und den bisherigen Wahlerfolgen der Grünen geschuldet. Die Kanzlerin blickt bereits auf die Bundestagswahl 2013. Angesichts des Einbruchs ihres liberalen Koalitionspartners FDP setzt Merkel auf ein Bündnis mit den Grünen. Diese politische Weichenstellung wirkt sich auf ganz Europa aus.“

Die britische Zeitung *The Independent* mahnt zur Gelassenheit:

„Unsere Regierung fördert die Entwicklung einer neuen Generation von Atomkraftwerken. Viele Liberaldemokraten sehen dies jedoch skeptisch und könnten die Pläne Deutschlands zum Anlass nehmen, weitergehende Überlegungen einzufordern. Dafür könnte es in der Tat gute politische und wirtschaftliche Gründe geben. Doch Entscheidungen über die britische Energieversorgung sind zu wichtig, um auf die Schnelle getroffen zu werden.“

Auch aus der Schweiz, wo die Regierung mit fünf zu drei Stimmen einen Stopp für den Bau weiterer Kernkraftwerke und den Ausstieg bis 2034 beschlossen hat, ist keineswegs eine einhellige Zustimmung zu hören:

Die *Neue Zürcher Zeitung* meint:

„Wer nach der ‚Energiewende‘ ruft, muss auch bereit sein, künftig neue Abgaben und neue Regulierungen gegenüber dem Volk zu vertreten. Freilich ist auch denkbar, dass sich die Schweiz vor allem im Ausland bedienen wird, bei dortigen Atom-, Gas- und Kohlekraftwerken, gelegentlich auch bei Windkraftwerken in der Nordsee. Ein Stromnetz, mit dem alle erneuerbaren Energiequellen Europas perfekt synchronisiert genutzt werden kön-

nen, existiert hingegen derzeit erst in den Köpfen. Die Regierung will mit ihrem forschen Ausschließen der Kernkraft Klarheit schaffen. Sie stellt das Parlament allerdings damit vor Aufgaben, die technisch zwar lösbar sind, deren politische und wirtschaftliche Umsetzung aber in den Sternen steht. Es bleibt ein fragwürdiges energiepolitisches Restrisiko.“

Der *Tages-Anzeiger*, ebenfalls aus Zürich sieht es ähnlich:

„Kurzfristig läuft der Verzicht auf die Atomenergie auf große Gaskraftwerke hinaus. Klimapolitisch ist das ein Sündenfall. Wie umweltfreundlich und nachhaltig der Atomausstieg konkret sein wird, bestimmt am Schluss nicht die Regierung, sondern das Parlament – und vor allem wir selber. Im Kanton Bern haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger vor zwei Wochen einen ersten Schritt zu einer ehrgeizigen Energiepolitik deutlich abgelehnt, weil dieser das eigene Portemonnaie bescheiden belastet hätte. Das war nach Fukushima. Hoffentlich wird es auf nationaler Ebene anders laufen. Wenn nicht, endet der Aufbruch ins atomfreie Zeitalter in der politischen Blockade: keine Mehrheit für ein neues AKW, keine Mehrheit für den nötigen Umbau unserer Energieversorgung. Und dann könnte später passieren, was heute undenkbar ist – dass wir Fukushima vergessen haben und den Atomausstieg widerrufen.“

Auch außerhalb Europas überwiegt die Verwunderung über den Beschluss der deutschen Regierung:

Die japanische Zeitung *Nihon Keizai Shimbun* warnt:

„Es ist zu befürchten, dass ein überhasteter Atom-Ausstieg hohe Stromkosten mit sich bringt. Industrie und private Haushalte werden zusätzlich belastet. Unklar ist auch, wie die Bundesregierung verstärkt auf erneuerbare Energie setzt. Der Bau derartiger Anlagen und Kraftwerke kostet zunächst einmal Geld, und Proteste der Anwohner wären nicht zu vermeiden“, prognostiziert *Nihon Keizai Shimbun* aus Tokio.

Die chinesische Zeitung *Renmin Ribao* aus Peking hält fest:

„Diese Entscheidung ist die Antwort auf die Anti-Atom-Stimmung in der deutschen Bevölkerung seit den Katastrophen in Tschernobyl und Fukushima. Jedoch bleibt die Frage offen, ob es mit der geplanten Abschaltung der Atomkraftwerke nicht zu Stromengpässen kommen kann. Kritische Anmerkungen sind vor allem von der Industrie zu hören. Dort fürchtet man, dass Deutschlands Position als stärkste Wirtschaftskraft in Europa gefährdet wird.“

„Die Perspektive der Freiheit muss die Praxis der Unterbringung bestimmen“

In einem seit Längerem erwarteten Urteil hat das Bundesverfassungsgericht (Urteil vom 4.5.11 – 2 BvR 2665/09) die bisher geltenden Regelungen der Sicherungsverwahrung für verfassungswidrig erklärt. Damit wird der seit 1998 in über zehn Gesetzesänderungen betriebene Ausbau der Sicherungsverwahrung gestoppt und umgekehrt. Jedoch wird dieses fragwürdige, in den Anfängen der Nazi Herrschaft eingeführte Institut nicht gänzlich aufgehoben, obwohl dies nach Auffassung vieler Kritiker, auch und nicht zuletzt der rechtspolitischen Fachleute aus der Partei Die Linke, die sinnvollste Lösung wäre. Das Gericht hat dem Gesetzgeber eine Zweijahresfrist zur Neuregelung gegeben und gleichzeitig verfügt, dass die sogenannten „Altfälle“ bis auf wenige Ausnahmen bis zum 31.12.11 zu entlassen sind.

Die erste spannende Frage war, ob das Bundesverfassungsgericht sich gegen das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) stellt. Der EGMR hatte vor einem Jahr die rückwirkend verhängte Sicherungsverwahrung, von der über 70 von mehreren hundert Sicherungsverwahrten betroffen waren – die „Altfälle“ –, für unvereinbar mit der Europäischen Menschenrechtskonvention erklärt. Seither haben deutsche Gerichte sehr unterschiedlich auf das EGMR-Urteil reagiert; einige Sicherungsverwahrte kamen frei, anderen wurde die Freilassung verweigert. Die Bundes-

regierung erarbeitete in einem faulen Kompromiss neue gesetzliche Regelungen, die einer verfassungsrechtlichen Überprüfung kaum standhalten werden. Von den für den Vollzug zuständigen Ländern arbeitete nur Brandenburg/Berlin ernsthaft an einer neuen Konzeption, die den Anforderungen des EGMR annähernd genüge. Allgemein wurde das Urteil des Bundesverfassungsgerichts also erwartet, und überwiegend wurde erwartet, dass das deutsche Gericht den Konflikt mit der europäischen Rechtsprechung suchen würde. Nur wenige Stimmen warnten davor, mit Berufung auf Schutzpflichten, die aus dem Grundgesetz abgeleitet würden, die Menschenrechtskonvention zu relativieren, so die frühere Richterinnen am EGMR Renate Jäger in einem taz-Interview: „Das hieße ja, dass die (Menschenrechts- – CS)Konvention in

Deutschland verfassungswidrig wäre – während alle anderen 46 Staaten des Europarats mit ihr zurechtkommen. Dann müsste Deutschland aus der gemeinsamen Konvention aussteigen.“

Das hat das Bundesverfassungsgericht vermieden. Es hat zwar einerseits betont, dass die Europäische Menschenrechtskonvention innerstaatlich „im Rang unter dem Grundgesetz“ stehe, die Bestimmungen des Grundgesetzes jedoch „völkerrechtsfreundlich auszulegen“ seien. Das heißt, dass die Wertungen der Konvention, soweit dies methodisch vertretbar und mit den Vorgaben des Grundgesetzes vereinbar sei, aufgenommen werden.

Das Gericht erinnert daran – was in den Auseinandersetzungen immer wieder „vergessen“ wird –, dass die Menschen in Sicherungsverwahrung ihre Strafe mit der Haft verbüßt haben. Sie sind nicht inhaftiert wegen einer Tat, die sie begangen haben, sondern wegen einer Tat, die sie möglicherweise in Zukunft begehen könnten. Deshalb sei Sicherungsverwahrung nur dann

Gericht, aber: Nur rund 30% der Sicherungsverwahrten haben während der Straftat an einer Therapie oder anderen Maßnahmen zur Tataufarbeitung teilgenommen. Reiner Verwahrverschluss, oft ohne Vollzugsplan, ist gang und gäbe. Nicht einmal während der Sicherungsverwahrung werden allen Inhaftierten therapeutische Angebote gemacht. Von den derzeit 20 Sicherungsverwahrten in Hamburg nehmen gegenwärtig nur acht an Therapien teil.

Wer in Sicherungsverwahrung untergebracht ist, soll nach Maßgabe des Gerichts gezielt mit Vollzugslockerungen auf ein Leben in Freiheit vorbereitet werden. Die Hamburger Praxis? Einer von 20 Sicherungsverwahrten ist im Überleitungsvollzug, zwei erhalten Ausgang bzw. Ausführungen zur Vorbereitung der Entlassung. Selbst die, deren Freilassung seit dem Urteil des EGMR absehbar war und die jetzt nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts bis Jahresende entlassen werden müssen, sind auf ihre Entlassung in keiner Weise vorbereitet. Nicht besser

sieht es beim Übergang in die Freiheit aus: Die vom Bundesverfassungsgericht geforderte „strukturierte Kooperation mit Nachsorgeeinrichtungen sowie der Schaffung eines gesicherten sozialen Empfangsraums“ findet, wenn überhaupt, nur rudimentär statt.

Die Linksfraktion hat den Hamburger Senat systematisch danach befragt, wie das „Abstandsgebot“ umgesetzt wird.

Die Zellen der Sicherungsverwahrten sind mit gut 15 qm knapp doppelt so groß wie die Zellen der Strafgefangenen; sie sind besser möbliert – aber die Möbel dürfen nicht einmal umgestellt werden. Die Aufschlusszeiten sind länger. Aber das ist es dann auch schon. Wo immer Sicherungsverwahrte weitergehende Ansprüche geltend machen – z.B. auf die Ausstattung mit Computern –, wird mit Berufung „Sicherheit und Ordnung“ in der JVA alles abgeblüht.

Auf ein weiteres, großes Problem hat Prof. Feest vom Bremer Strafvollzugsarchiv hingewiesen: Wenn die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts für Sicherungsverwahrte umgesetzt werden, dann wird umgesetzt, was seit Verabschiedung des Strafvollzugsgesetzes 1976 „eigentlich“ für alle Gefangenen zu gelten hat, aber eben nicht gilt. Aber selbst wenn die Vorgaben nur



zu rechtfertigen, wenn ihrem besonderen Charakter als „Sonderopfer im Sicherheitsinteresse der Gesellschaft“ Rechnung getragen werde. Das dadurch begründete „Abstandsgebot“ – zur Situation von Strafgefangenen – sei in keiner Weise gegeben.

„Die Perspektive der Wiedererlangung der Freiheit muss sichtbar die Praxis der Unterbringung bestimmen“, so das Gericht. Dieser Kernsatz des Urteils wirft ein düsteres Licht auf die Praxis der Sicherungsverwahrung, wie am Beispiel Hamburg gezeigt werden kann.

Vom Beginn der Straftat an sei durch therapeutische Maßnahmen gezielt auf eine günstige Prognose, also darauf hinzuwirken, dass Sicherungsverwahrung nicht angeordnet oder angeordnete Sicherungsverwahrung zur Bewährung ausgesetzt wird. So das

für die Sicherungsverwahrten, soweit sie nicht entlassen werden, oder von Sicherungsverwahrung bedrohte Strafgefangene umgesetzt werden, muss für ein schlüssiges Gesamtkonzept Geld, viel Geld bereitgestellt werden, nicht zuletzt für gut qualifiziertes Personal – Geld, an dem noch alle Reformen des Strafvollzugs letztlich gescheitert sind.

Schon jetzt zeichnet sich ab, dass insbesondere CDU und SPD Mittel eher in die polizeiliche Rund-um-die-Uhr-Bewachung zu entlassender

Sicherungsverwahrter, in Fußfesseln und andere Überwachungstechnologien oder in den Bau neuer Anstalten für Sicherungsverwahrte als in ein Gesamtkonzept zur Vermeidung von Sicherungsverwahrung stecken wollen. Hier liegen wichtige Aufgaben der Linksfractionen in Bund und Ländern: Letztlich geht es um die ernsthaft zu führende Diskussion, wie man erreichen kann, dass Straftäter, die ihre Strafe verbüßt haben, wieder in die Gesellschaft integriert werden.

Christiane Schneider

Antrag der Linken im Bundestag zum kirchlichen Arbeitsrecht

Die Regierungskoalition, SPD und Grüne haben Forderungen der Linksfraction nach Änderungen im kirchlichen Arbeitsrecht zurückgewiesen.

In einer kontroversen Debatte am 12. Mai 2011 im Bundestag warf der CDU-Abgeordnete Peter Weiß der Linken vor, wie zu DDR-Zeiten per Staat definieren zu wollen, was Kirche sei und was nicht. Der SPD-Abgeordnete Ottmar Schreiner sagte, das kirchliche Selbstbestimmungsrecht habe sich bewährt.

In dem Antrag, den die Linksfraction vorlegte, wird gefordert, die Religionsgemeinschaften nicht länger von den Regelungen des allgemeinen Arbeitsrechts auszuschließen. Es müsse klargestellt werden, dass eine Entlassung wegen außerdienstlichen Verhaltens nur dann gerechtfertigt werden könne, wenn das Verhalten einen unmittelbaren Bezug zur dienstlichen Aufgabe habe. Daneben fordert die Linke ein uneingeschränktes Streikrecht für kirchliche Angestellte. Das kirchliche Selbstbestimmungsrecht müsse neu interpretiert werden.

Das Grundgesetz gestattet es den Kirchen, arbeitsrechtliche Angelegenheiten sowie Tariffragen nach einem

kirchlichen Sonderweg zu regeln. Gewerkschaften und Kirchen streiten derzeit vor Gerichten über das Streikverbot.

Von Verdi gibt es dazu ein ausführliches Gutachten, das den sogenannten „Dritten Weg“ des kirchlichen Arbeitsrechtes, das generell das Streikrecht unterbindet, kritisiert.

„Wir stellen uns mit unserem Antrag nicht gegen die Kirchen und erst recht nicht gegen die Gläubigen. Wir stellen uns mit unserem Antrag an die Seite von 1,3 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei den Kirchen und den kirchlichen Einrichtungen. Ihre Rechte wollen wir schützen. Wir wollen, dass ihnen und ihrer Arbeit die nötige Achtung entgegengebracht wird“ sagte der religionspolitische Sprecher der Linksfraction, Raju Sharma. Das „Sonderarbeitsrecht“ der Kirchen sei ein Arbeitsrecht zweiter Klasse. „Jemand, der in seiner Predigt am Sonntag den Gläubigen den Kopf wäscht, hat eine andere Verantwortung als diejenigen, die am Montag den Kirchenboden schrubben. Aber ihre Rechte und ihre Interessen haben wir vor allem im Blick. Sie wollen wir schützen, und wir wollen, dass ihnen und ihrer Leistung gebührender Res-

pekt entgegengebracht wird, und zwar nicht erst im Himmelreich, sondern schon auf Erden.“

Die klare Unterscheidung von Kirche und Staat sei eine große Errungenschaft der Neuzeit, sagte dagegen Weiß. Der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe in der Unionsfraction kritisierte jedoch auch Ausgründungen und Dumpinglöhne in Sozialunternehmen von Diakonie und Caritas. Wenn Einrichtungen ausgegliedert würden, könnten sie nicht mehr zum kirchlichen Dienst gehören. Dann gelte für sie das staatliche Arbeitsrecht.

Pascal Kober (FDP) wies darauf hin, dass es bei dem Thema im Kern um Religionsfreiheit gehe. Das beachte der Linken-Antrag nicht. Wenn es Missbrauch des kirchlichen Arbeitsrechts gebe, müsse das so schnell wie möglich abgestellt werden, am besten durch die Kirchen selbst, sagte Schreiner von der SPD.

Es müsse geklärt werden, ob es systematisches Lohndumping bei Caritas und Diakonie gebe. Das unterstützte auch der kirchenpolitische Sprecher der Grünen, Josef Winkler. Diese Missstände hätten ihre Ursache jedoch nicht im kirchlichen Selbstbestimmungsrecht, sondern in der Ökonomisierung der sozialen Dienstleistungen. Daneben könnten die Kirchen freiwillig die Grundsätze des Antidiskriminierungsgesetzes anerkennen.

In Zusammenhang mit dem Antrag kames auch zu einer Kontroverse innerhalb der Linkspartei. Der Vorsitzende der Linksfraction im thüringischen Landtag, Bodo Ramelow, kritisierte den Antrag scharf. Der innerkirchliche Bereich sei für den Gesetzgeber tabu. Der Antrag könne jedoch so interpretiert werden, dass das kirchliche Selbstbestimmungsrecht infrage gestellt werde. „Der Tendenzschutz ist ein Gut, dass die Linke bei Parteien und Gewerkschaften respektiert“, sagte Ramelow dem epd. Das müsse auch bei den Kirchen gelten. Ramelow, der mehrere Jahre religionspolitischer Sprecher der Linken-Bundestagsfraction war, bemängelte zudem, dass die Landtagsfractionen in die Erarbeitung des Antrags nicht einbezogen worden seien.

Die Bundestagsfraction wies diese Darstellung als falsch zurück. Aus den Landtagsfractionen habe es nur stellenweise Kritik gegeben. Der Antrag sei auf Initiative der religionspolitischen Sprecher der Linken-Landtagsfractionen zustande gekommen. Das kirchliche Selbstbestimmungsrecht werde nicht infrage gestellt.

Der Antrag der Linken ist zur Beratung in den Ausschuss für Arbeit und Soziales überwiesen worden.

Karl-Helmut Lechner

Quelle: Evangelischer Pressedienst, epd sozial Nr. 20 vom 20. Mai 2011



Streiken soll auch in der Kirche erlaubt sein. CDU/CSU, FDP, GRÜNE und SPD sind dagegen und wollen dies Privileg der Kirchen erhalten. Hier eine Aktion einer Mitarbeitervertretung kirchlicher MitarbeiterInnen vor einer kirchlichen Synode.



Plaza de la Encarnación in Sevilla.

Von Gaston Kirsche

Letzte Woche hat sich eine neue Bewegung rasch in Spanien ausgebreitet, die gegen den Umgang mit der Wirtschaftskrise seitens Regierung, Banken und Arbeitgebern protestiert. Initiiert von arbeitslosen UniversitätsabsolventInnen mithilfe von Facebook und Twitter und zahlreichen NGOs protestieren sie gegen prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen.

In 63 Städten entschlossen sich prekär lebende Jugendliche im Laufe der Woche, spontan Zeltlager auf zentralen Plätzen zu errichten. Sie nennen sich indignados – die Empörten. Bis zur Kommunalwahl am Sonntag wollten sie bleiben. „Für deine Rechte – bewege dich, dies ist der Anfang“ hieß es auf einem großen Transparent auf der Plaza de la Encarnación in Sevilla, in Málaga wurde gefordert, die Verantwortlichen der Krise sollten deren Kosten bezahlen. Auf Plakaten wurde Emilio Botín, Besitzer der einflussreichen spanischen Banco Santander kritisiert, als bekanntester Befürworter einer Politik des Abbaus staatlicher Sozialleistungen und Arbeitnehmerrechte.

Die größte Gruppe Protestierender kampiert an der Puerta del Sol, dem wohl bekanntesten Platz Madrids. Montagmorgen, nach den landesweiten Kommunalwahlen, beschlossen sie, ihr Protestcamp mindestens noch eine Woche fortzusetzen, dabei aber die Mobilisierung in die Stadtteile hinein zu tragen. In Barcelona soll das dortige, zweitgrößte Protestcamp bis in den Juni hinein fortgeführt werden, so der dortige Plenumsbeschluss. Unter großen Planen, die als Sonnensegel dienen, hat sich in Madrid rasch ein selbstorganisiertes Zeltendorf gebildet. Am Rande stehen Mülltonnen, daneben Stände, die als Infobörsen dienen, als Anlaufstellen für Leute, die Essen vorbeibringen oder sich austauschen wollen. Es gibt eine Essens- und Ge-

Jugendliche protestieren gegen Prekarität

„#spanishrevolution“

tränkeausgabe, eine Küche, WCs, alles wird getragen von ad hoc gebildeten Komitees. Überall wird debattiert, „eine würdigere Gesellschaft“ wird gefordert, „eine bessere Welt“ oder auch „eine Welt ohne Banken“. Jeden Abend um 20 Uhr findet ein großes öffentliches Plenum statt, auf dem die Forderungen diskutiert werden. Am Donnerstag letzter Woche war der ganze Platz gefüllt mit BürgerInnen, Ein imposanter Anblick von oben: In der Mitte des Platzes ein paar Sonnensegel, und überall Menschen. Als sich das Plenum in Arbeitsgruppen aufteilte, tagten diese auf den umliegenden Straßen.

Konkrete soziale Verbesserungen stehen dort im Mittelpunkt: Eine staatliche Unterstützung für alle Langzeitarbeitslosen von mindestens 426 Euro und mehr oder die Enteignung von Neubauten, um sie dem privaten Wohnungsmarkt zu entziehen und einen in Spanien bisher kaum vorhandenen Sektor von Sozialwohnungen für alle mit geringen Einkommen zu schaffen.

Die Bewegung, die sich unter dem Motto „Reale Demokratie – jetzt!“ zusammengefunden hat, entstand vor dreieinhalb Monaten. Sie ist unabhängig von Parteien oder Gewerkschaften. Alles begann mit Diskussionen an den geisteswissenschaftlichen Fakultäten der Universität Complutense in Madrid. „Wir haben eine schwarze Zukunft vor uns, mit wertlosen Universitätsabschlüssen und ohne Zugang zum Arbeitsmarkt“, so der Student Olmo Masa im April gegenüber der Zeitung El País, die damals als einzige größere Zeitung berichtete: „Sie bereiten uns auf die Befristung und schlechte Arbeit vor, wir werden in einem Burger King enden.“ Am Rande der ersten Demonstration der neuen Jugendbewegung am 5. April befragte El País Teilnehmende. Wer mit einem Abschluss Arbeit hatte, erzählte etwas von bis zu 12 Stunden Arbeit täglich für höchstens 1 000 Euro brutto im Monat. Alle wohnten noch bei ihren Eltern, konnten sich keine eigene Wohnung leisten. Diese Situation ist nicht neu – so ist Spanien bekannt für das große Ausmaß an Zeitarbeit, einen deregulierten Arbeitsmarkt. Bereits 2004 hatte über die Hälfte der Lohnarbeitenden unter 29 einen Zeitvertrag. Tendenz: steigend. Auch wenn die Situation der jungen Studierenden besser ist – besonders bei den GeisteswissenschaftlerInnen sieht es aussichtslos aus. Viele von ihnen sind unter den 19 Prozent der HochschulabsolventInnen, die erwerbslos sind.

Bis zur Wirtschaftskrise 2008 gab es in Spanien eine Immobilienspekulati-

onsblase, die dann platzte. Zuvor wurde viel gebaut und zu rasant steigenden Preisen teuer verkauft. In Spanien gibt es kaum Mietwohnungen, sondern fast nur Eigentumswohnungen. So waren vor 2008 die Wohnungen für Jungerwachsene wegen des Preisanstiegs zu teuer, und nach 2008 sanken zwar die Immobilienpreise, aber wer keine feste Arbeit hat, kann sich auch so nichts kaufen. Während im Jahr 2000 noch 32 Prozent der damaligen Jungerwachsenen von 15 bis 29 Jahren eine eigene Wohnung hatte, sank diese Quote bis 2010 auf 26,9 Prozent.

Eine Besserung ist nicht in Sicht. Seit Beginn der Wirtschaftskrise wurden vielen Beschäftigten gekündigt, vorzugsweise denjenigen mit Zeitverträgen. Die Arbeitslosenquote liegt bei 21 Prozent. Von den 4,6 Millionen Arbeitslosen in Spanien ist gegenwärtig die Hälfte jünger als 34 Jahre. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt mit über 44,6 Prozent doppelt so hoch wie im EU-Durchschnitt. Selbst in der Wohls tandsregion Katalonien stieg die Jugendarbeitslosigkeit in den letzten drei Jahren von 13, 8 auf jetzt 37, 8 Prozent. Vor einem Jahr schwenkte die sozialdemokratische Regierung unter José Luís Rodríguez Zapatero unter dem Druck der EU und der Finanzmärkte auf eine Sparpolitik zu Lasten der sozial Benachteiligten um, bei gleichzeitigen Erleichterungen für Unternehmen, neben Steuergeschenken für sie wurden die Rechte der ArbeitnehmerInnen beschnitten. Jetzt muss länger für die Rente gearbeitet werden bei einem größeren Risiko, entlassen werden zu können. Das eben eingeführte Begrüßungsgeld für Neugeborene wurde wieder gestrichen. Die Rentenhöhe wurde ebenso gekürzt wie der Lohn der beim Staat Beschäftigten. Die großen ebenso staatsnahen wie sozialdemokratischen Gewerkschaften UGT und CCOO haben hiergegen nur halbherzig mit einem symbolischen eintägigen Generalstreik protestiert, aber mittlerweile die Heraufsetzung des Rentenalters und die Aushöhlung des Kündigungsschutzes akzeptiert. Ihre Leitungen sind mit dem sozialdemokratischen Funktionärsapparat der PSOE verquickt und außerdem auf staatliche Subventionen angewiesen. Vor diesem Hintergrund ist verständlich, dass die neue Protestbewegung ihre Unabhängigkeit von Gewerkschaften betont. Die Protestcamps haben die von den Gewerkschaften angebotene logistische Unterstützung abgelehnt.

Auch die beiden traditionellen großen Parteien, die PSOE und die konser-

vative PP, gelten nicht als Hoffnung auf eine bessere Krisenbewältigung. Dazu hat die im letzten Jahrzehnt massiv zugenommene Korruption beigetragen. Viele Bürgermeister und Abgeordnete der PP, die bekannt ist als Partei der Bauwirtschaft, aber auch der PSOE und der bürgerlichen Regionalparteien – insbesondere der katalanischen CiU haben Schmiergelder kassiert bei zahlreichen Bauprojekten. Der eigentliche Skandal für viele SpanierInnen ist aber der Umgang der Parteien mit den Korruptionsfällen: Bei den Kommunalwahlen am letzten Sonntag standen 260 Leute auf den Listen, die entweder bereits rechtskräftig wegen Korruption verurteilt oder deswegen angeklagt sind. Auf der Homepage „No les votes“, wähle sie nicht, werden sie in einer langen Liste alle mit den konkreten Vorwürfen aufgeführt. Zurückgetreten ist deswegen niemand. Am ehesten ist dies noch bei den wenigen – fünf – Beschuldigten aus der IU, der Vereinigten Linken zu erwarten oder bei dem Beschuldigten aus dem BNG, der linksnationalen Regionalpartei Galiciens. Die Korruption wird aber nicht als integraler Bestandteil des kapitalistischen Marktes kritisiert, sondern als moralische Verfehlung. Dass gerade beim Wohnungsbau das meiste Schmiergeld floss, empört die von der Wohnungsnot Betroffenen besonders. Da das spanische Wahlrecht aber große Parteien bevorzugt, hat die linke Opposition oder neue Parteien kaum Chancen: Obwohl IU bei den letzten Parlamentswahlen 2008 über eine Million Stimmen erhielt, haben sie so nur zwei Abgeordnetenmandate. PSOE und PP erhielten jeweils etwa die zehnfache Menge an Stimmen, haben aber 169 beziehungsweise 152 Abgeordnete. Bei den Kommunalwahlen am Sonntag war beim landesweiten Gesamtergebnis ein auffälliger Anstieg der ungültigen Stimmen und der leeren Stimmzettel von 689.471 bei den Kommunalwahlen 2007 auf 973.518 jetzt. Das entspricht 4,24 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die große Gewinnerin der Kommunalwahlen ist aber die konservative PP, die sich von 36,01 Prozent auf jetzt 37,51 Prozent verbessern konnte, während die sozialdemokratische PSOE für die unsozialen Sparmaßnahmen der Zentralregierung abgestraft wurden: Sie fielen von 35,31 Prozent auf 27,79 Prozent und verloren die Mehrheit in zahlreichen Kommunen, Großstädten und auch Regionen. Eine historische Niederlage, das schlechteste Wahlergebnis der PSOE bei Kommunalwahlen seit der Wiedereinführung der Demokratie in Spanien 1978. IU konnte zwar zulegen, aber weniger als die PP: Von 5,54 Prozent auf jetzt 6,31 Prozent.

Zwei regionale Besonderheiten sind herausragend bei diesen Kommunal-

wahlen gewesen: Zum einen, dass das linksnationale Bündnis Bildu im Baskenland die zweitmeisten Stimmen (313.231) erhielt und die meisten Kommunalmandate gewann. Das Bündnis war erst zehn Tage vor der Wahl vom Verfassungsgerichtshof zugelassen worden, nachdem zuvor Polizei, Staatsanwaltschaft und Oberster Gerichtshof einhellig ihr Verbot als angebliche Tarnkandidatur eines baskischen Terrorismus betrieben hatten, weil sie von ETA gesteuert werden würden. Denn auf ihren Listen fanden sich neben bürgerlichen Nationalisten der Partei EA, Baskische Solidarität und Alternatiba, einer Abspaltung der IU, auch viele KandidatInnen aus dem Spektrum der als vermeintlicher ETA-Partei verbotenen Batasuna. Batasuna war immer auch für ihre Institutionenkritik und ebenso wie EA und Alternatiba für ihre Ablehnung von Sozialabbau bekannt, und so war es durchaus glaubhaft, dass Bildu zum Abschluss ihres Wahlkampfes erklärte, die Forderungen der Bewegung Reale Demokratie jetzt! würden von ihnen vorbehaltlos unterstützt, seien auch die ihren.

Zum zweiten ist es bemerkenswert, dass die PP in der Region Valencia ihre absolute Mehrheit ohne Stimmeneinbrüche behaupten konnte: Die Mannschaft um den Spitzenkandidaten Francisco Camps steht derzeit im Mittelpunkt mehrerer Anklagen wegen Korruption. Zwei Tage vor der Wahl wurde bekannt, dass sein Kabinettschef wegen der Finanzierung des letzten Kommunalwahlkampfes 2007 aus Schmiergeldkassen angeklagt wird. Die konservativen WählerInnen scheint das nicht zu stören, das rechtsnationale und erzkatholische Milieu steht weiterhin geschlossen zur PP.

Der bei den Wahlen siegreichen PP ist die neue Bewegung suspekt. Ihre Spitzenkandidatin für die Region Madrid, Esperanza Aguirre, erklärte, unterbrochen von Rufen aus dem Publikum: „Dies hier ist die Demokratie, nicht die Leute von der Puerta del Sol!“; auf der Wahlkampfabschlussveranstaltung der PP in Madrid: „Der Wahltag ist der Tag der wahren Rebellion, der echten Demokratie.“ Nachdem sie sich unter anderem zum wiederholten Male für den Ausschluss des baskischen Parteienbündnisses Bildu von den Wahlen ausgesprochen hatte, woraufhin ihre AnhängerInnen brüllten „Bildu raus, Bildu raus!“. Auch der Kandidat für das Amt des Bürgermeisters von Madrid, Alberto Ruiz-Gallardón, liess den „Stolz auf unsere Demokratie“ hochleben und wehrte die Kritik der neuen Bewegung ab: Madrid sei die „Hauptstadt einer großen Nation“ und das Wahlrecht sei „wunderbar“. Esperanza Aguirre, die gerne abstruse Verschwörungstheorien über Linke verbreitet, legte nahe, die Bewegung „Reale De-

mokratie Jetzt!“ sei von Geheimdienst im Auftrag der sozialdemokratischen Zentralregierung ferngesteuert. Ihr Beleg: Warum sonst wurde das Protestcamp an der Puerta del Sol, also vor dem Sitz ihrer Regionalregierung errichtet, nicht 500 Meter weiter vor dem Bundesparlament?

Zur ersten Demonstration unter dem Motto: „Ohne Haus, ohne Arbeit, ohne Rente, ohne Angst“ am 5. April in Madrid rief die das an den Unis entstandene lockere Netzwerk „Jugend ohne Zukunft“ auf: „Wir bekämpfen ein Land der Prekarität, der Arbeitslosigkeit und der Privatisierung unserer Bildung“ hieß es in ihrem ersten Manifest. 2 000 Teilnehmende riefen: „Hier kommt die prekäre Jugend!“ Als einige Hundert von ihnen nach der Demo anfangen, große Verkehrsstrassen zu blockieren, griffen sofort Sonderkommandos der Polizei ein, lösten die Blockade mit Gewalt auf, es gab 13 Verhaftungen.

Auch wenn die neue Bewegung Wert darauf legt, keine Anführer zu haben, trat doch schon im April der 26-jährige erwerbslose Anwalt Fabio Gándara als Sprecher auf, der diese Funktion auch im Mai ausübt: Er erklärte, sie seien offen für alle, die unter der Krise leiden. Und am 15. Mai würden sie wieder auf die Straße gehen. Mehr als 400 Gruppen schlossen sich dafür zur Plattform „Reale Demokratie jetzt!“ zusammen, dabei sind etwa Attac, die große Umwelt-NGO Ecologistas en Acción, der landesweite Zusammenschluss der Arbeitslosen, die Plattform Betroffene der Wohnungshypotheken – und Jugend ohne Zukunft. Über Gruppen auf Facebook und via Twitter wurde zu Treffen in zahlreichen Städten aufgerufen. Ein Manifest wurde breit diskutiert. Dort wird zu einer „ethischen Revolution“ aufgerufen – mit Verweis die Korruption in der Politik: „Anstatt das Geld über Menschen zu stellen, sollten wir es wieder in unsere Dienste stellen.“ Ähnlich diffus wirkt etwa die Kritik an der „Gier nach Macht“. Der Reichtum von „wenigen Menschen“ wird dem „Rest in Armut“ gegenübergestellt, Ursache ist das „veraltete und unnatürliche Wirtschaftsmodell“. Vom Kapitalismus wird geschwiegen, dafür „Korruption unter Politikern, Geschäftsleuten und Bankern“ kritisiert. Das Manifest ist ein Einfallstor für Projektionen auf böse Banker und Spekulanten. Viel zu tun für radikale Linke, die hier mitdiskutieren und für eine Kapitalismuskritik eintreten. Die Stärke der neuen, diffusen Bewegung liegt darin, gegen unerträgliche prekäre Verhältnisse zu protestieren und diese ins Zentrum ihrer Debatte und Forderungen zu stellen.

Den Camps auf den Plätzen gingen Demonstrationen am 15. Mai voraus. In über 50 Städten demonstrierten unter dem Motto „Wir sind keine Han-

delsware der Politiker oder der Banker“ insgesamt etwa 150 000 Leute, die meisten davon in Madrid: 40 000. Gegen die antisozialen Reformen, gegen Regierungen „in den Händen von Bankern“, für Grundrechte auf bezahlbare Wohnungen, die freie persönliche Entwicklung oder den „Zugang zu den Basisgütern, die für ein gesundes und glückliches Leben notwendig sind“. Es wurde gerufen: „PP und PSOE sind die gleiche Scheiße“ oder „diese Krise bezahlen nicht wir!“. Auf einem Plakat stand: „Es gibt nicht genug Brot für die viele Chorizo“, die verbreitete spanische Paprikasalami – es fehlt eben an Lebensnotwendigem wie Brot. Auf den Demos waren keine Nationalfahnen zu sehen, dafür etliche im rot-gelb-lila der spanischen Republik, auch rote Fahnen. Gerufen wurde auch „Ein aufrechtes Spanien ist wie ein Island mehr“, in Anspielung auf die Weigerung Islands, hohe Zinsforderungen aus der Finanzkrise zu begleichen. Der Professor Carlos Taibo brachte in seiner Rede die Kritik auf den Punkt: „Für die Mehrheit immer niedrigere Löhne, längere Arbeitszeiten, weniger soziale Rechte, überall Prekarität, und die am stärksten Betroffenen hiervon sind die Jugendlichen, die Frauen und die Einwanderer.“

In einigen Zeitungen wurden die DemonstrantInnen als „antisistemas“ bezeichnet, das Synonym für Autonomie. Eher linksliberale Medien betonten, es habe nur kleine Gruppen von „antisistemas“ und „ultraizquierdas“, Linksradikale bei den Demos gegeben – aber diese hätten Müllcontainer angezündet und Schaufensterscheiben eingeschmissen, städtisches Mobiliar zerstört. In Madrid wurden von der Polizei 24 Demoteilnehmende verhaftet. Fünf Minderjährige wurden rasch freigelassen, die anderen 19 bis auf einen dem Haftrichter vorgeführt. Verhaftet wurden die meisten von ihnen, als Polizeieinheiten Sitzblockaden auflösten. Dabei gingen sie hart vor: „Sie haben uns mit Gewalt weggetragen“, erklärte Julio, 21 Jahre, gegenüber El País. „Sie haben ohne Vorwarnung auf die Leute, die auf der Straße saßen, eingeschlagen“, so der Demonstrant Seth in El País. Auch Gummigeschosse wurden eingesetzt, um die Sitzblockade aufzulösen. Aber die Repression ging nach hinten los. Spontan fanden sich hundert Leute zusammen und begannen mit dem ersten Protestcamp an der Puerta del Sol. Dank Internet verbreitete sich die Nachricht schnell. Die Polizei löste am Dienstagmorgen vergangener Woche auch das Camp um fünf Uhr morgens auf und ging dabei ruppig vor. Wenig später waren auf YouTube Filme von der brutalen Räumung eingestellt. Am selben Abend wurde das Camp neu aufgebaut, von viel mehr Leuten. Bis zu 30 000 waren nun tagsüber dort, und

eben auch in vielen anderen Städten. Am Donnerstag dekretierte die spanische Wahlaufsichtskommission ein Verbot für die am Wochenende geplanten Demonstrationen, Versammlungen und eine Fortführung der Camps der Bewegung „Reale Demokratie jetzt!“. Sonst wäre der Wahlablauf gestört. Ministerpräsident José Luís Rodríguez Zapatero hat sich hinter das Verbot gestellt: Vor der Wahl müsse es die übliche Pause der Politik „zum Überdenken der Wahlentscheidung“ geben. Er versprach aber gleichzeitig, Behörden und Polizei würden „mit Bedacht vorgehen“, also nicht in jedem Fall Versammlungen mit Zwangsmitteln unterbinden. Zapatero hatte hier sicher auch vor Augen, dass der repressive Kurs der Tage zuvor der Bewegung enormen Zulauf und Solidarität verschafft hat. Die Generalsekretärin der konservativen PP, Dolores de Cospedal, und ihr Parteivorsitzende, Mariano Rajoy, setzten trotzdem auf Repression: Sie forderten im Wahlkampf eine Räumung der Camps.

Die Bewegung erwiderte auf die Verbote, die Camps fortführen zu wollen, und am Wahlwochenende zu demonstrieren. Die an der Puerta del Sol versammelten beschlossen dies mehrmals auf ihren Plena. Um dem Verbot der Wahlkommission den Wind aus den Segeln zu nehmen, haben sie beschlossen, nicht zur Wahl bestimmter Parteien und auch nicht offen zum

Wahlboykott auszurufen, sondern zur Reflexion. Aber die Camps sollen aufrechterhalten werden, auch über den Wahlsonntag hinaus. Der sozialdemokratische Innenminister Alfredo Pérez Rubalcaba hat sich hinter die Polizei gestellt: Die gewalttätigen Räumungen der Straßenblockaden und der Camps seien ebenso „maßvoll“ gewesen wie das Vorgehen gegen Demonstrierende. Rubalcaba hat persönlich die Leitung der Polizeieinsätze am Wahlwochenende übernommen und dafür gesorgt, dass die Camps und Demonstrationen nicht polizeilich verfolgt wurden, solange sie friedlich blieben. Dass war in ganz Spanien der Fall, so dass die Camps den Wahltag überdauert haben.

Beeindruckend, wieviele InternetuserInnen sich dem Protest anschließen. Das Hashtag #spanishrevolution war letzte Woche weltweit auf Twitter die Nummer 1. Auf der gleichnamigen Website gingen im Sekundentakt die Tweets ein. Wie die Bewegung sich weiterentwickelt ist offen. Der Soziologe Antonio Alaminos von der Universität Alicante hat treffend bemerkt: „Die jungen Spanier und viele Europäer zeichnen sich dadurch aus, dass sie wie ihre Eltern leben wollen, in einer kapitalistischen Konsumwelt. Nicht sie wollen dies beenden, es ist der Kapitalismus, der mit ihnen bricht.“ Und gegen diesen Bruch hilft kein Manifest für eine gerechtere Marktwirtschaft ohne gierige Banker.

Programmdiskussion bei den Muslimbrüdern

Wo laufen sie denn? – so wurde immer wieder gefragt, als im Februar die Aufstände in Ägypten im Fernsehen gezeigt wurden. Gemeint waren die bärtig aussehenden Muslimbrüder. Welchen Einfluss hätten sie wohl bei der zukünftigen Änderung der Verhältnisse im Land am Nil? Wie radikal islamisch und fundamentalistisch müsse man sie einschätzen? Und was für Pläne hätten sie für die ganze Welt, z.B. auch in Deutschland?

Je nach Kenntnis oder politischer Einstellung wurden sie als bedrohlich, taktisch verlogen oder auch – mit den Worten des Arabien-Kenners Peter Scholl-Latour gesprochen – harmlos wie die CSU in Bayern dargestellt. Auf keinen Fall darf man sie mit den üblichen „Terroristen“ mit Al-Qaida oder den Taliban verwechseln, weder ideologisch noch praktisch. Dieser Artikel will einen Beitrag dazu leisten, sie sachgerecht zu beurteilen.

Ende August 2007 verschickte die ägyptische Muslimbruderschaft den Entwurf eines Parteiprogramms an 50 bekannte ägyptische Intellektuelle mit der Bitte um Stellungnahme. Der Entwurf war das vorläufige Ergebnis einer internen Diskussion und

wurde bis heute nicht verabschiedet. Ivesa Lübben – freie wissenschaftliche Autorin in Kairo und Bremen – untersucht regelmäßig politische Reformprozesse, soziale Bewegungen und islamische Organisationen und Parteien im Nahen Osten. Unter anderem hat sie kürzlich die soziale und ideologische Geschichte der Muslimbrüder untersucht und den genannten Programmentwurf der Muslimbrüder unter die Lupe genommen. Wir wollen diese Darstellung hier zur Grundlage nehmen, um die Tätigkeiten und Vorstellungen der Bruderschaft zu hinterfragen.

Von Anfang an: Brüderlichkeit im sozialen Netzwerk

Schon bei Hasan al-Banna, dem Gründer der Muslimbruderschaft im Jahr 1928 in Ismaeliyy in Ägypten, werden in seinem Sendschreiben Bain al-ams tval-yaum (Zwischen gestern und heute) für die zukünftige islamische Gesellschaft folgende Grundwerte genannt: „Brüderlichkeit, die gemeinsame Renaissance von Mann und Frau, die Sicherung des Rechts auf Leben, Bildung, Besitz, Arbeit und auf Gesundheitsversorgung sowie Freiheit



Muslimbrüder wollen die staatliche und private Wirtschaft ankurbeln, Foto: Edda Lechner, Luxor in Ägypten, 1990

und Sicherheit“. Das Persönlichkeitsideal der Muslimbrüder damals und heute ähnelt dem des frühbürgerlichen protestantischen Pietismus: Fleiß, Wert der Arbeit, Achtung der Zeit, respektvolle Umgangsformen, soziales Verantwortungsgefühl und die produktive Verwendung des Vermögens zum Wohl der Gesellschaft. „Vom islamischen Individuum über die islamische Familie, das islamische Volk zur islamischen Regierung“, beschrieb Banna die Etappen seiner Strategie. Die Erziehungs-, Bildungs- und Sozialarbeit stand im Zentrum der Aktivitäten der Organisation. Im historischen Rückblick kann man die Muslimbruderschaft daher auch als die erste moderne, wenn auch konservative bürgerliche Sozialbewegung in der Geschichte Ägyptens – vielleicht sogar in der ganzen arabischen Welt – bezeichnen.

Die soziale Basis der Organisation war hauptsächlich das aufsteigende Bürgertum des Landes: Lehrer, Rechtsanwälte, Ärzte, Naturwissenschaftler und Studenten. Bis heute ist die Muslimbruderschaft die Organisation des gebildeten Mittelstandes – und nicht der Geistlichkeit. Darin unterscheidet sie sich bis heute hin von den meisten schiitischen Bewegungen im Iran oder im Irak, von Al-Qaida und den Taliban, sowie von den Wahabiten in Saudi-Arabien.

In den 70er und 80er Jahren gelang

es den Muslimbrüdern Fuß in der Studentenbewegung zu fassen. Die damaligen Studentenkader wurden zu wichtigen Aktivisten der Berufsvereinigungen (von Lehrern, Ärzten, Rechtsanwälten, Ingenieuren und Apothekern) und sind heute die wichtigsten „Reformer“ innerhalb der Organisation. Sie haben großen Einfluss unter Hochschullehrern und Gewerbetreibenden und versuchten während der letzten Gewerkschaftswahlen erstmals, auch in der Arbeiterschaft Fuß zu fassen.

Moscheen mit Internet und Computern

Neben den Wahlen, an denen sie seit 1984 in Ägypten teilnehmen, ist ihr wichtigstes Arbeitsfeld auch in den letzten drei Jahrzehnten dieses breite formelle und informelle soziale Netz geblieben. Damit demonstrieren sie den einfachen Menschen, was ihre Parole „Der Islam ist die Lösung“ (al-Islam hua al-Hall) in der Praxis bedeutet. Daher finden sie große Sympathien gerade auch unter den ungebildeten, in der Landwirtschaft lebenden Menschen mit einer hohen Analphabetenquote. Vom ägyptischen Staat, der sich selbst immer mehr aus der Sozialpolitik zurück gezogen hat, werden diese Aktivitäten, obwohl das Regime gar nicht mehr darauf verzichten kann, immer kritisch beäugt.

Die Muslimbrüder verfügen über ein ganzes Netz von Moscheen, denen soziale Dienstleistungszentren angeschlossen sind. Dazu gehören Kindergärten, Arztpraxen, Dialysestationen, zum Teil sogar kleinere Krankenhäuser. In diesen Zentren finden neben religiöser Unterweisung auch Computer- und Fremdsprachenkurse statt. In vielen Bezirken haben die Muslimbrüder oft mehrere formal unabhängige Sozialvereine gegründet, die arme Familien, vor allem Witwen und Waisen betreuen und ihnen regelmäßig Unterstützungszahlungen aus dem Zakat-Fonds zukommen lassen. Sie fördern Klein- und Kleinstprojekte über Kleinkredite und die Erstellung von Sozialstudien. In einigen Bezirken betreiben sie rudimentäre Arbeitsvermittlungszentren und unterhalten ein ganzes Netz von

islamischen Schulen.

Die eigentliche Stärke dieses sozialen Netzes ist jedoch, dass alle Mitglieder involviert sind. Sie haben nicht nur eine hohe Beitragsmoral, sondern sind aktiv mit ihrem Know-how und ihrer Phantasie in die Aktivitäten eingebunden. So gibt es Rechtsanwälte, die morgens in ihrer Kanzlei arbeiten, nachmittags in Räumen der Organisation umsonst Rechtsberatung machen. Junge Internet-Fans unter den Mitgliedern haben in ihrer Freizeit ein System von Websites und Chaträumen aufgebaut, über das keine andere politische Partei in der arabischen Welt verfügt. Studenten geben Kindern Nachhilfeunterricht. Ägyptische Mediziner im Ausland versorgen die Krankenstationen mit ausrangierten medizinischen Apparaturen aus Europa und den USA. Und die Muslimschwester, die einen leichteren Zugang zu den Haushalten in ihrer Nachbarschaft haben, betreuen über ihre informellen Kontakte diskret bedürftige Familien. Beliebte ist auch das System der Coupons: Ärzte erklären sich bereit, pro Woche eine bestimmte Anzahl von Patienten umsonst zu behandeln. Das Sozialkomitee der Organisation erstellt eine entsprechende Anzahl von Coupons, die dann an Bedürftige weitergegeben werden.

Allen Aktivitäten ist die Nähe zur Lebensrealität der Menschen gemeinsam. Dadurch stärken sie nach außen das Bild einer Bewegung von integren muslimischen Persönlichkeiten in einer von Korruption und Klientelbeziehungen geprägten Gesellschaft. Gleichzeitig stärkt dieses soziale Engagement die korporative Identität nach innen und führt der Organisation immer wieder neue Sympathisanten zu, die sich bereitwillig an der Sozialarbeit durch Spenden oder durch Arbeitsleistungen beteiligen. Bei ihren sozialpolitischen Aktivitäten versuchen die Muslimbrüder jede Konfrontation mit dem Regime zu vermeiden. Sie verhalten sich strikt legalistisch. Ihre Vereine sind beim Sozialministerium registriert, und sie kooperieren mit den lokalen Verwaltungen. Die Schulen unterstehen der Dienstaufsicht des Bildungsministeriums und arbeiten mit staatlichen Lehrplänen. Die Prediger in den Moscheen halten sich an die Vorgaben des Religionsministeriums und die Zakats-Fonds (Spenden) werden durch die staatliche Nasserbank verwaltet. Programmdebatte bei den Muslimbrüdern

1994 erklären sich die Muslimbrüder in einem Grundsatzpapier eindeutig für ein pluralistisches Parteiensystem und freie Wahlen. „Das setzt voraus, dass es einen Abgeordnetenrat mit Legislativmacht und Kontrollfunktion gibt, der den Volkswillen als Resultat freier und überparteilicher Wahlen korrekt widerspiegelt und dessen Beschlüsse

verbindlichen Charakter haben.“ Ohne eine tief greifende Demokratisierung ließen sich auch keine sozialen oder wirtschaftlichen Reformen realisieren. In Ägypten habe hingegen eine kleine Minderheit zum eigenen Vorteil die Geschicke des Landes bestimmt. Die Folge sei auch die katastrophale Menschenrechtssituation, wie der Anstieg der Zahl der politischen Gefangenen und Folteropfer beweise.

Demokratie und/oder Schura?

Der Programmentwurf von 2007 geht auf eine speziell islamische Diskussion ein: das Verhältnis von (moderner, „westlicher“) Demokratie und der ursprünglich bereits im Koran vorgesehenen gegenseitigen Beratung, der Schura. Beide werden miteinander verbunden. Die Schura sei ein islamischer Grundwert, der alle gesellschaftlichen Beziehungen in einer islamischen Gesellschaft und alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens gestalten soll: die Familie, zivilgesellschaftliche Organisationen, das Verhältnis zwischen Vorgesetztem und Untergebenen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer oder zwischen Herrschern und Beherrschten. Demokratie ist demgegenüber der politische Mechanismus, über den die Schura in einem modernen islamischen Staat praktiziert wird. Nur ein demokratisches System garantiere seinen Bürgern Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit – Grundrechte, die Gott jedem Individuum unabhängig von Überzeugung, Hautfarbe und Geschlecht gewährt. In dem Kanon von Freiheitsrechten werden außerdem Meinungs- und Glaubensfreiheit, Versammlungs- und Bewegungsfreiheit, Presse- und Organisationsfreiheit, Freiheit auf Besitz, aber auch die Freiheit von allen Formen von Unterdrückung, Diskriminierungen und von Verletzung der Menschenwürde genannt. Die politischen Freiheitsrechte müssten durch soziale Grundrechte wie das Recht auf Leben, Gesundheit, Wohnung, Ausbildung und Arbeit ergänzt werden.

Voraussetzung für die Demokratisierung sei das Prinzip der Gewaltenteilung über eine unabhängige Justiz. Vielfache Kontrollorgane müssten geschaffen werden, und es solle größere Transparenz für die Bürger geben. Zur Zentralisierung müssten Lokalparlamente gebildet werden, Provinzgouverneure müssten nicht ernannt, sondern gewählt werden und die Polizei nicht der Zentralmacht unterstellt werden usw. usw. Es gibt fast keine demokratische Forderung, die nicht auch bei uns in ähnlicher Form auftauchen würde oder schon vorhanden ist.

Im Mittelpunkt steht der Mensch. Das heißt in islamischer Vorstellung: Gott habe den Propheten entsandt, um den Menschen auf den Weg zu Glück

und Zufriedenheit zu führen (immerhin ist das nicht die Sprache der asketischen Taliban). Das Humankapital – auch Bourdieu scheint ihnen bekannt zu sein – solle bei der Wirtschaftsentwicklung eine zentrale Rolle spielen und durch neue Technologie müsse die hohe Arbeitslosigkeit beseitigt werden. Ein breites Bildungsprogramm vom Kindergarten über Schulen und Ausbildungsstätten bis zu den Universitäten und Forschungsstätten wird ausführlich in Erwägung gezogen. Diese Ausführungen zum „Human Development“ werden auch auf das zu reformierende Gesundheitswesen übertragen.

Steuern, Spenden und sozialer Anspruch

Die realen sozialen Vorstellungen und Aktivitäten der Muslimbrüder seit Beginn ihrer Entstehung ist ausreichend dargestellt worden. „Keine Almosen, sondern Gerechtigkeit“ (adala) ist ihr Grundsatz. Von alters her ist im Islam die Armensteuer neben der freiwilligen Spende eine der „fünf Säulen“, die jeder Gläubige zu beachten hat. Daraus leiten sich die modernen Prinzipien ab, dass jeder bedürftige Bürger im islamischen Staat – unabhängig von seiner Religionszugehörigkeit – ein Recht auf eine angemessene Befriedigung seiner Bedürfnisse habe. Soziale Unterstützung sei kein Almosen, sondern ein Rechtsanspruch, notfalls müssten dafür auch zusätzliche Steuern erhoben werden.

Eine besondere Aufmerksamkeit gilt dem Analphabetismus, der besonders in ländlichen Bereichen, vor allem in Oberägypten, noch weit verbreitet sei. An der Bekämpfung dieser Bildungsmängel sollen Parteien, der Staat, nichtstaatliche Organisationen (NGOs) und religiöse Einrichtungen beteiligt werden. So z.B. durch die Pflicht für alle Betriebe über 100 Arbeiter/Angestellte zur Einrichtung von Alphabetisierungskursen. Ein ähnliches wirkungsvolles Programm wird zur Wiedereingliederung der unzähligen Straßenkinder in die Gesellschaft entworfen. Kinderarbeit gehört verboten, denn schon die Hadith (das erweiterte Erzähl- und Kommentarbuch neben dem Koran) sagt: „Beauftragt Kinder nicht zum Gelderwerb, wenn ihr das tut, ist es als würdet ihr eure Kinder bestehen“.

Frauenrollen und Frauenrechte

Um nicht eine allzu idealistische Vorstellung von der Modernität der Bruderschaft zu erzeugen, soll zum Schluss noch auf ihre Positionen zur Frauenfrage eingegangen werden. Die lassen sich zur Zeit mit europäisch-westlichen Prinzipien nicht vergleichen. So wurde im Programmentwurf von 1994 vermerkt, dass Frauen und Christen (!) von dem höchsten Staats-

amt ausgeschlossen bleiben sollten, obwohl doch sonst allen Bürger die gleichen Rechte zugestanden wurden. Interessant ist jedoch, dass Kritik aus den eigenen Reihen kam. Und die Zeiten, in der der führende Kopf der Organisation Omar Tilmasani, sich rühmte, dass seine Frau nur mit seiner Erlaubnis das Haus verlasse, sind vorbei.

Die Muslimbrüder versuchen im Programm von 2007 zwischen den konservativen Rechtsgelehrten und radikalen feministischen Forderungen nach völliger Gleichberechtigung einen gangbaren Mittelweg zu finden.

Die islamische Rechtsvorstellung der Scharia geht von einer grundsätzlichen Gleichheit (musawa) von Mann und Frau aus. Andererseits gibt es eine biologisch determinierte gesellschaftliche Differenz, die unterschiedliche gesellschaftliche Rollen begründet. Die Hauptaufgabe der Frau besteht – weiterhin – in der Erziehung nachfolgender Generationen. Das darf aber keine Privilegierung des Mannes zur Folge haben. Deshalb muss die politische Partizipation der Frau gestärkt werden. Vor der blinden Übernahme westlicher Verhaltensmuster und deren Frauenbefreiung wird gewarnt.

Das Festhalten an dieser familiären Rolle der Frau in der Ideologie der Muslimbrüder steht im Zusammenhang mit der Rolle, die die Familie als Ausgangsbasis für den gesellschaftlichen Entwicklungsprozess spielen soll. Für die Muslimbrüder ist die Familie keine private Einrichtung, sondern die kleinste gesellschaftliche Einheit, die unbedingt weiter funktionieren soll. Eine volle Emanzipation der Frau scheint ihnen von daher eine gesamtgesellschaftliche Bedrohung. Im Konkreten lassen sie allerdings mit sich reden. Die Frau soll eine wichtigere Rolle im Arbeitsprozess spielen. Unternehmen muss es verboten werden, verheiratete (später schwangere) Frauen nicht einzustellen. Es muss ein besseres Gleichgewicht zwischen ihren häuslichen Pflichten und dem Arbeitsprozess geschaffen werden, dazu sollen bessere Arbeitsschutzgesetze und eine Sozialversicherung dienen. Ebenso fordern die Muslimbrüder, dass Wege zu einer dynamischeren Beteiligung von Frauen an öffentlichen Aufgaben gefunden werden. Ein starkes Engagement wird bei der Ausbildung von Mädchen und der Schutzversorgung von Frauen – sitzen gelassen, die Kinder selbst ernährend, Gewalt erdulden – gefordert.

Der Programmentwurf der Muslimbrüder spricht im übrigen auch das Problem der Gewalt gegen Frauen und die sogenannten Ehe-Verbrechen an. In vielen Bereichen der Gesellschaft würde ein Negativimage der Frau vorherrschen, das korrigiert werden müsse. Jeder Angriff auf Frauen, sei er verbal oder körperlich, sei unter



Die Muslimbrüder wollen neue Regelungen zwischen Mann und Frau, Foto: Edda Lechner, Luxor in Ägypten, 1990

Strafe zu stellen. Eine nationale Aufklärungskampagne soll daher die Gesellschaft ausgehend von islamischen Werten über die Gleichberechtigung der Geschlechter aufklären und das Bewusstsein der Frauen über ihre eigenen Rechte stärken. An dieser Kampagne müssen sowohl öffentliche Medien, Kultureinrichtungen wie auch religiöse Einrichtungen beteiligt sein.

Privates und staatliches Wirtschaften

Neben ihrer Bedeutung als politischer Gruppierung hat sich die Muslimbruderschaft im Laufe ihres Bestehens auch zu einer treibenden Kraft der ägyptischen Wirtschaft entwickelt. Sie unterstützte in 1970er Jahren den neuen innenpolitischen Kurs Anwar al-Sadats. Viele der Muslimbrüder, die vor den Verfolgungen durch Präsident Nasser in den sechziger Jahren ins Ausland geflohen und dort zu Wohlstand gekommen waren, kehrten nach dessen Tod nach Ägypten zurück und begannen nun ihr angespartes Kapital in eigene Unternehmen zu investieren. Heute sollen sich unter den 18 Unternehmerfamilien und deren Teilhabern, welche als die eigentlichen Kontrolleure der ägyptischen Wirtschaft gelten, angeblich acht Muslimbrüder befinden. Ende der 1980er Jahre verfügten alle von der Muslimbruderschaft kontrollierten Unternehmen im In- und Ausland über ein geschätztes Kapital von zusammen 10 bis 15 Milliarden US-Dollar.

Nach dem Programmentwurf ist

Wirtschaften kein Selbstzweck. Gott hätte die Menschen mit der Aufgabe betraut, die Erde zum Gedeihen (bina al-ard) zu bringen und für ein angenehmes Leben der Menschen (taib al-hayat) zu wirken. Schon mal wesentlich positiver gesehen als die asketische Verzichtsideologie der Taliban, die ähnlich einigen christlichen Vorstellungen erst im Himmel oder Paradies das Wohlergehen finden wollen! Ein wertegeleitetes Wirtschaften müsse ein Gleichgewicht zwischen Individuum und Gesellschaft, zwischen Geist und Materie herstellen und Gerechtigkeit bei der Verteilung des Nationalproduktes gewährleisten. Grundlage des Wirtschaftens und damit Hauptproduktionsfaktor sei die menschliche Arbeit, die den fünf religiösen islamischen Pflichten eines jeden Gläubigen gleichgestellt wird.

Esgäbe einige Wirtschaftspraktiken, die der Islam explizit verbieten würde: Ungerechtigkeit und Ausbeutung, Nötigung, Wucher und Täuschung, Bestechung und Vetterwirtschaft, Monopolbildung, Hortung von Waren, Betrug, Schwindel und falsche Angaben. Auch das Verbot von Zinsen (riba) wird erwähnt, ohne zu konkretisieren, ob damit alle Zinsen oder nur Wucherszinsen gemeint sind. Der Entwurf des Parteiprogramms fordert jedoch kein generelles Zinsverbot oder Verbot von Kreditvergabe auf Zinsbasis. Es wird sogar anerkannt, dass unter gegebenen Wirtschaftsbedingungen Zinsen eine wichtiges Steuerungsmittel der

Geldwertstabilität der Zentralbanken sind. Man will offensichtlich die Geschäftswelt nicht verschrecken. Ziel sei nicht die formale Beachtung islamischer Regeln. Man wolle die Gesellschaft schrittweise zu einer islamischen Wirtschaftsphilosophie führen.

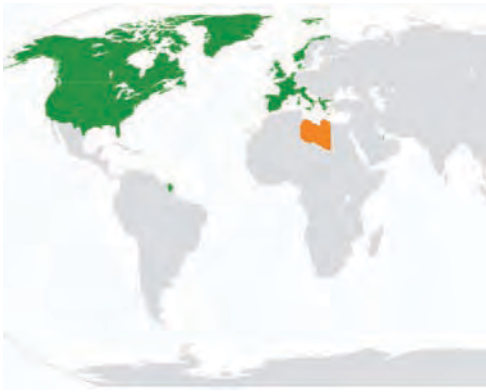
Die Muslimbrüder favorisieren eine Mischwirtschaft, in der zwar der Privatsektor die führende Rolle im Entwicklungsprozess spielen soll, jedoch vom staatlichen Sektor unterstützt wird, da nur so wirtschaftliche Ungleichgewichte beseitigt werden könnten. Der Staat muss für die Bereitstellung der Infrastruktur, für strategische Projekte, besonders wenn diese ein großes Investitionsvolumen voraussetzen, das die Privatindustrie nicht aufbringen könne, verantwortlich bleiben. Er muss Wettbewerb garantieren und für ein positives Investitionsklima sorgen, um dadurch die Produktion anzukurbeln und ausländisches Kapital anzuziehen. Dazu gehören auch drastische Maßnahmen der Korruptionsbekämpfung und Bürokratieabbau. Außerdem sei der Staat für eine gerechte Verteilung des Nationaleinkommens, vor allem für die Unterstützung der Bedürftigen, verantwortlich. Die Muslimbrüder sind nicht generell gegen Privatisierungen, äußern sich aber kritisch über die bisherige Privatisierungspolitik in Ägypten, die nicht zur Wirtschaftsentwicklung beigetragen hätte. Die Regierung hätte die profitabelsten Betriebe verkauft, um sie unter Wert an Interessenten abzugeben. Die Korruption sei durch die Art und Weise der Privatisierung weiter gestiegen. Statt zu privatisieren, solle der Staat die vorhandenen Betriebe modernisieren und potentielle Kapitalanleger animieren, in neue Industrien zu investieren, um so das nationale Produktionsvolumen auszuweiten. In vielen Fällen seien staatliche Betriebe bewusst ruiniert worden.

Abschließend sei der norwegische Ökonom Utvig zitiert, der über die Wertvorstellungen der ägyptischen Islamisten sagt: „Islamismus ist eine Reaktion auf die durch Modernisierung hervorgerufenen zerstörerischen sozialen Auswirkungen. Islamisten sind nicht gegen Modernität: Sie streben nach den Vorteilen moderner wirtschaftlicher und technologischer Entwicklungen für ihre Länder. Sie wollen jedoch die moralische Kohäsion einer sich modernisierenden Gesellschaft.“

Edda Lechner

Quelle: Ivesa Lübben, „Entwicklungspolitische Konzepte in der Programmdiskussion der ägyptischen Muslimbruderschaft“, in: Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (gtz), 2008, Politischer Islam in Arabischen Ländern, Seite 8ff.

Homepage der Muslimbruderschaft: <http://www.ikhwanonline.com/>



Karte: <http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/1/1f/Libya-War-Map.png>. Militärisch beteiligte Staaten: Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Vereinigtes Königreich, Italien, Kanada, Niederlande, Norwegen, Spanien, Vereinigte Staaten, Vereinigte Arabische Emirate, Schweden. Zur Art und Umfang des jeweiligen Engagements: http://de.wikipedia.org/wiki/Internationaler_Milit%C3%A4reinsatz_in_Libyen_2011#cite_note-236

Libyen: Ein Aufstand in Stellvertretung?

Der libysche Krieg wird unkontrollierbar, die Gewalt der Interventionskräfte ziellos. Die strategischen Annahmen, die dem Beschluss des UN-Sicherheitsrates zugrunde lagen, haben sich nicht bewährt. Erwartet wurde, dass die aufständische Opposition sich politisch durchsetzen würde, sobald und soweit das Militärregime daran gehindert würde, seine Waffen gegen die zivile Bevölkerung zu richten. Diese Vermutung verschaffte der Intervention den Schein des Legitimen. Ihre Plausibilität bewog die skeptischen Mächte, sich im Sicherheitsrat der Stimme zu enthalten. Aber diese Vermutung hat sich nicht erfüllt. Dazu müsste es Anzeichen für eine Aufstands- und Oppositionsbewegung in den Hochburgen des Regimes geben, zumindest erkennbaren Defaitismus. Das ist bis jetzt nicht eingetreten, und deswegen nimmt die Intervention, mag sie auch zu Beginn zum Schutz einer Opposition vor militärischen Massakern geplant gewesen sein, nun eine andere Richtung. Bereits der Einsatz von Drohnen – ferngesteuerte Kampfmittel, im Verbund mit verdeckt operierenden Spezialtruppen zur gezielten Tötung verwendet – betrat diese Bahn. Die Legitimation zum Tyrannenmord, die den Beherrschten eines Gewalthabers zustehen mag, wird hierbei von einer fremden, auswärtigen Macht in Anspruch genommen. Noch vor wenigen Jahrzehnten verstand man darunter einen Stellvertreterkrieg, einen Militärkonflikt, in dem Großmächte kleinere Staaten ihre Konflikte ausfechten ließen. In Libyen haben wir einen Konflikt, in dem auswärtige Mächte stellvertretend einen Aufstand darzustellen versuchen. Inzwischen berichtet die Presse, dass vor allem Frankreich und Großbritannien zum Einsatz von Kampfjets übergehen. Die Kampfjets werden in allen Armeen der Welt zum Heer gerechnet. Kampfjets können überall landen, können Kampfgruppen aufnehmen und absetzen. Sie ermöglichen eine spezielle Art der Kriegführung, die insbesondere im Vietnamkrieg in

großem Stil entwickelt wurde. Eine technisch überlegene Macht kann auf diesem Wege auf ein vom Gegner militärisch gehaltenes und politisch beherrschtes Territorium vordringen, zuschlagen, Gefangene machen. Diese Art des Interventionskriegs ist ein Zeichen für fehlenden Rückhalt im Interventionsgebiet. So hat die Weltpresse den Angriff eines Hubschrauberkommandos auf Bin Ladens Aufenthalt in Pakistan übergreifend als Zeichen der Schwäche des pakistanisch-US-amerikanischen Zusammenarbeits gewertet. Die politischen Folgen dieser Art der Kriegführung sind schrecklich. Denn wenn der Krieg auch entfesselte Gewalt ist, so schaffen Kampfhandlungen, Behauptung von Schlachtfeldern und Besatzungen usw. politische Räume, in denen rudimentäre Regeln gelten, die von den militärischen Befehlshabern einzuhalten und durchzusetzen sind. Dieses Einhalten und Durchsetzen wenigstens eine Besatzungsrechts fällt bei der oben beschriebenen Art der Kriegführung weg. Die bodenständige Macht kann durch landende Truppen jederzeit punktuell übertrumpft werden, die intervenierende Macht kann aber den Herrschaftsraum, den ihre Intervention setzt, nicht halten. Für die betroffene Zivilbevölkerung bedeutet dies, dass alle drei Stunden wechseln kann was „Recht“ ist und was „Verbrechen“. – In Vietnam vermochten Vietcong und Truppen Nordvietnams den Interventionskrieg abzuwehren und eine politische Entwicklung einzuleiten. Eine solche politische Kraft ist bei dem libyschen Militärregime nicht erkennbar, seine Niederlage bleibt wahrscheinlich. Aber dieses Ende wird nicht in Folge von Selbstbestimmung des libyschen Volkes eingetreten sein, sondern als Effekt von militärisch-gewaltsamer Fremdbestimmung.

Ist Libyen bestimmt, ein Militärgouvernement der Nato zu werden? Wird die arabische Welt eine solche Entwicklung zulassen? Können Demokratiebewegungen das Recht auf politische Selbstbestimmung aufgeben?

Martin Fochler

Tschechien: Protest gegen Krisenprogramm

Am 21. Mai beteiligten sich in der tschechischen Hauptstadt Prag mehr als 40 000 Menschen an einem Massenprotest gegen das Krisenprogramm der Regierung Necas, zu dem die Gewerkschaften aufgerufen hatten. Die Demonstranten trugen Spruchbänder wie „Stoppt die heimtückischen Reformen“ und „Diese Regierung ist schädlich für die Menschen“. Die Regierung Necas will das Rentenalter anheben und die staatliche Rente um einen privaten Zusatzbeitrag „ergänzen“. Im Gesundheitswesen sollen ebenfalls Zuzahlungen eingeführt und außerdem die Mehrwertsteuer angehoben werden.

Quelle: www.randzone-online.de

Türkei kriminalisiert Gewerkschaftsaktion

Die türkische Regierung hat Anklagen gegen 111 Gewerkschaftsführer, -mitglieder und -anhänger im Zusammenhang mit einer Demonstration in Ankara im Jahr 2010 erhoben, die mit Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren geahndet werden. Die Aktion in Ankara wurde zur Unterstützung von 12 000 Arbeitern und Arbeiterinnen durchgeführt, die nach der Privatisierung des staatlichen Tabakmonopols Tekel über Nacht freigesetzt worden waren. Nach dem Verkauf der Tabakherstellungsaktivitäten von Tekel an BAT im Februar 2008 behielt der Staat die Kontrolle über die 40 Lager, wo roher und halbverarbeiteter Tabak eingelagert wurde. Die der IUL angeschlossene Tekgida-Is, die die Belegschaft von Tekel vertritt, bemühte sich ständig um Verhandlungen mit der Regierung über die Zukunft der 12 000 Lagerarbeiter/innen, denen nur unsichere Verträge mit der Hälfte ihrer früheren Löhne und keine Rechte oder Leistungen angeboten wurden. Im Dezember 2009 wurde ihr Arbeitsverhältnis abrupt beendet. Dreimonatige gewerkschaftliche Proteste blieben ergebnislos, als Zeichen ihres guten Willens stellte die Gewerkschaft die öffentlichen Aktionen jedoch ein und wartete auf eine Reaktion auf ihre Forderungen nach einem neuen Arbeitsverhältnis mit erworbenen Rechten – wie dies nach türkischem Recht vorgeschrieben ist. Da die Regierung kein konkretes Angebot vorlegte, demonstrierten Tekgida-Is und ihre zahlreichen Anhänger am 1. April in Ankara erneut. Sie wurden geschlagen und mit Pfefferspray besprüht – und jetzt droht ihnen Gefängnis. Zu den vom Staatsanwalt von Ankara Angeklagten gehören der Tekgida-Is-Vorsitzende Mustafa Turkel sowie vier weitere nationale Funktionäre und zwölf Ortsgruppenvorsitz-



Am 10. Mai streikten in Ägypten die Ärzte in den staatlichen Krankenhäusern für fünf Stunden für eine deutliche Erhöhung der Gesundheitsausgaben, für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und den Rücktritt von Gesundheitsminister Ashraf Hatem. Nach Angaben des Ärztesverbandes beteiligten sich zwischen 65 und 90 Prozent der Ärzte am Streik. Vor allem im Raum Kairo gab es großen Druck auf die Ärzte, nicht zu streiken. Versucht hatten sie es schon oft, denn ihre Arbeitsbedingungen schreien zum Himmel: Diesmal konnte die alte Gewerkschaftsführung den Streik nicht verhindern, wie sie es beim letzten Versuch 2008 getan hatten. Stattdessen ermittelt jetzt ein Satzungskomitee gegen den Gewerkschaftsvorsitzenden wegen Streikbruchs, laut Statuten ein Ausschlussgrund.

Quelle: <http://english.ahram.org.eg> – www.rf-news.de

zende, der jetzige und der ehemalige Leiter der nationalen Zentrale Disk, zwei ehemalige Führer des Gewerkschaftsbunds für den öffentlichen Sektor Kesk und weitere bekannte gewerkschaftliche und soziale Aktivisten. Die Gerichtsverhandlung soll am 3. Juni beginnen. Wenn man diesen lächerlichen Anklagen ihren Lauf ließe und es zu einem Gerichtsverfahren käme, dann wäre dies ein schwerer Rückschlag für die laufenden Bemühungen im In- und Ausland, das Arbeitsbeziehungssystem der Türkei mit den internationalen Übereinkommen in Einklang zu bringen.

Quelle: <http://cms.iuf.org> – 20.5.2011

Teurer Streik

Je komplexer die Produktionsketten, desto anfälliger sind sie. Dies mussten in den vergangenen zwei Wochen die südkoreanischen Autoritäten Hyundai und dessen Tochter Kia Motors leidlich lernen. Weil sich ihr Hauptzulieferer Yoosung Enterprise geweigert hatte, den Tarifforderungen der zuständigen Gewerkschaft entgegenzukommen, besetzte die Belegschaft kurzerhand die Fabrik. Zehntausende Autos konnten das Band nicht verlassen. Der Schaden wird auf fast 140 Millionen Dollar geschätzt. Das wurde auf Zeit zu teuer. Am Dienstag wurde die Fabrik von einem Großaufgebot der Polizei geräumt. 500 Besetzer wurden festgenommen. Die Begründung: Die Streikenden hätten arbeitswilligen Kollegen den Eingang verwehrt.

Quelle: <http://www.jungewelt.de> – 25.5.2011

Gewerkschaftliche Solidarität in Haiti

„Solidarität, gegenseitiger Respekt und Würde“ – das sind die Grundsätze, auf die sich das gemeinsame Programm der Gewerkschaft CTSP und der IÖD

(Internationale Gewerkschaften im öffentlichen Dienst) für den Wiederaufbau stützt. Am 1. Mai marschierten Hunderte CTSP-Mitglieder durch die Straßen von Port au Prince und verlangten Gerechtigkeit, die Achtung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte und ein Mitspracherecht beim Aufbau eines stärkeren Haiti. Eine IÖD-Delegation bestehend aus Gewerkschaftern aus Argentinien, Bahamas, Kanada und Jamaika schloss sich den CTSP-Mitgliedern und ihrer Forderung nach hochwertigen öffentlichen Diensten an. „Niemand kann die wichtige Rolle der öffentlichen Dienste leugnen. Die Länder in der Karibik verdanken ihre Entwicklung und ihren hohen Lebensstandard den hochwertigen öffentlichen Diensten, die allen frei zur Verfügung stehen“, sagte Helene Davis-Whyte, Generalsekretärin der Jalgo. „Es besteht daher absolut kein Grund, warum unsere Kollegen und Kolleginnen in Haiti diese Dienste nicht in gleichem Maße in Anspruch nehmen sollten.“ Für die IÖD war der 1. Mai zugleich der Stichtag, um mehrere richtungsweisende Tätigkeiten vor Ort zu starten. Sie sind Ausdruck der Solidarität der IÖD mit ihrer Mitgliedsorganisation CTSP.

Quelle: www.world-psi.org

Erneut Bauernaktivist in Venezuela ermordet

In Venezuela ist erneut ein Bauernaktivist ermordet worden. Wie die Bauernfront Ezequiel Zamora (FNCEZ) auf ihrer Website berichtet, wurde Victor Bello am 16. Mai im östlichen Bundesstaat Delta Amacuro von zwei Unbekannten getötet. Vermutlich habe es sich um Auftragsmörder gehandelt, die nachmittags in die Wohnung eingedrungen waren, in der sich Bello mit seiner Frau und seinem Kind befand.

Victor Bello war Aktivist der Nationalen Agrarkoordination Ezequiel Zamora (CA-NEZ), die für eine Landreform kämpft. Nach Aussage der FNCEZ hatte Bello vor etwa einem Jahr gemeinsam mit einer Gruppe von Leuten ein Landstück besetzt. Daraufhin sei er konstanten Morddrohungen durch die Großgrundbesitzer-Familien Vejerano und Marín ausgesetzt gewesen. Auch Braulio Álvarez, linker Abgeordneter in der Nationalversammlung Venezuelas, beschuldigte die „Elite“ aus Arbeitgeberverband, Landwirtschaftsvereinigung und Viehzüchtern, mit dem Mord in Verbindung zu stehen. Ihr Ziel sei es, ein „Klima der Unsicherheit“ zu schaffen, um die Partizipation der Menschen einzudämmen. Es handle sich nun bereits um den sechsten ermordeten Bauernaktivisten in sechs Monaten, so Álvarez. Erst im April wurden vier Aktivisten der FNCEZ umgebracht. Verschiedene Organisationen der Basisbewegung haben angesichts über 250 ermordeter Aktivisten seit der Verabschiedung des Gesetzes über die Landreform und weitgehender Straflosigkeit für die Täter zu einer Kampagne aufgerufen.

Quelle: <http://amerika21.de> 21.5.2011

Millionen Beschäftigte fordern nukleare Abrüstung

Auf dem UN-Gipfel für nukleare Abrüstung am 4. Mai in New York überreichten internationale Gewerkschaftsvertreter UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon eine von rund 6,7 Millionen Beschäftigten unterzeichnete Petition, die zu einer umfassenden nuklearen Abrüstung aufruft. „Nein zu Atomwaffen“ fordert eine entschlossene Vorgangsweise für eine vollständige nukleare Abrüstung und eine alle fünf Jahre stattfindende Überprüfung des Atomwaffensperrvertrags (Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen/NPT), den 189 Länder ratifiziert haben. Die Gefahr atomarer Konflikte ist nach wie vor gegeben, hinzu gesellt sich aber auch die zunehmende Besorgnis, dass Nuklearwaffen in die Hände terroristischer Gruppierungen gelangen könnten.

Die vom IGB angeführte Gewerkschaftskampagne wird in enger Zusammenarbeit mit dem internationalen Netzwerk Mayors for Peace (Bürgermeister für den Frieden) durchgeführt, dem 3.880 Städte auf der ganzen Welt angehören.

Neben der Forderung nach sichtbaren Fortschritten auf der NPT-Konferenz ruft die Kampagne auch zur Unterstützung internationaler Verträge auf, die das Testen von Atomwaffen verbieten und den Einsatz von spaltbarem Material regulieren.

Quelle: <http://www.world-psi.org>



Attac-Kampagne für Bankwechsel startet

BERLIN. Unter dem Motto „Schwarze Zahlen durch dunkle Geschäfte“ haben AktivistInnen von Attac bei der Hauptversammlung der Deutschen Bank am 26. Mai 2011 in Frankfurt am Main gegen die Geschäftspolitik des Instituts protestiert. Die Globalisierungskritiker hielten über die Köpfe der ankommenden Aktionäre Papp-Sprechblasen, auf denen Aussagen standen wie „Ich finanziere Waffen und Kriege. Ich bin Deutsche-Bank-Aktionär“. Auch im Inneren der Halle sahen sich die Aktionäre mit dem Protest der Globalisierungskritiker konfrontiert: Überraschend entrollten Attac-Aktive zu Beginn der Rede von Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann Banner mit den Aufschriften „Deutsche Bank: Tödliche Gewinne“ und „Deutsche Bank: Sofort stilllegen!“. Die Aktion war eingebettet in die beginnende Kampagne „Krötenwanderung jetzt! Bank wechseln, Politik verändern!“, mit der Attac die BürgerInnen aufruft, Großbanken wie der Deutschen Bank – inklusive ihren Töchtern wie der Postbank – den Rücken zu kehren, zu Banken zu wechseln, die stabil sind, ethisch handeln und transparent wirtschaften und sich zugleich politisch für eine strenge Regulierung des Bankensektors stark zu machen.

www.attac-netzwerk.de

Flüchtlinge wollen Gutscheinsystem boykottieren

HENNIGSDORF (OBERHAVEL). Beginnend mit der Gutscheinausgabe am 1. Juni wollen viele Flüchtlinge im Flüchtlingsheim Hennigsdorf in den Streik treten und keine Leistungen in Form der erniedrigenden und stigmatisierenden Gutscheine mehr annehmen. Nach einem „Testlauf“ im Mai hoffen sie auf große Streikbereitschaft. In einer Erklärung begründen sie ihre Aktion: „Trotz jahrelanger Bemühungen, trotz der regelmäßigen Unterwanderung der Gutscheinregelung durch den Antira-

einkauf, trotz Demonstrationen, trotz gemeinsamer Arbeit in kommunalen Bündnissen, trotz eindeutiger Signale der Landesregierung für Bargeldauszahlung und trotz Artikel 1 GG gehört Oberhavel zu den letzten Landkreisen in Brandenburg, die Flüchtlingen immer noch Bargeld verweigern. Vor allem für die Frauen und Kinder, die sich tatsächlich dauerhaft im Heim aufhalten, ist die Situation untragbar. Neben den Schweinereien, die alle betreffen, wie die Unmöglichkeit, Bücher, DVDs, Busfahrkarten oder Anwälte innen zu bezahlen, kommen hier noch kinderspezifische Probleme hinzu. Jeden Tag müssen wir als Eltern unseren Kindern beibringen, dass sie weniger wert sind als die anderen Kinder, dass Schulausflüge oder aufregende Spielsachen nicht mit Gutscheinen bezahlt werden können. Auch spezielle Babynahrung und andere wichtige Utensilien gibt es nun mal nicht bei Aldi oder Penny.“ United against Racism and Isolation (u.r.i.)

www.inforiot.de

Amnesty International wird 50 Jahre

BERLIN. Gemeinsam mit Amnesty-Aktivistinnen und prominenten Unterstützern feiert die Menschenrechtsorganisation die Idee, dass einzelne Menschen zusammen die Welt verändern können. Neben einer Diskussionsveranstaltung „Amnesty@50 – Perspektiven für die Menschenrechte“ gibt es Filme, Gespräche und Aktionen mit Amnesty-Aktivistinnen und prominenten Unterstützern. Dabei sind unter anderem Rezida Kadieva, Tochter der Gründerin des Zentrums Frauenwürde in Grosny, Libkan Basajewa, der ehemalige Bundesinnenminister Gerhard Baum, der Autor Robert Misik und Filmregisseur Ali Samadi Ahadi. Die Kundgebung am 28.5. 2011 in Berlin ist die Auftaktaktion für rund 200 große und kleine Veranstaltungen, die das ganze Jahr über in Deutschland stattfinden. Weltweit gibt es in über 60 Ländern auf allen Kontinenten Veranstaltungen und Aktionen.

www.amnesty.de

Zwei-Milliarden-Klage gegen die Deutsche Bahn AG

FRANKFURT/MAIN. Die in den USA vorbereitete Klage zur Rückzahlung von Bahn-Einnahmen bei den NS-Massendeportationen wird in der Bundesrepublik unterstützt. „Ansprüche der Überlebenden, die von der ‚Deutschen Reichsbahn‘ zu Millionen in die Lager verschleppt wurden und dafür auch noch zahlen mussten“, seien „in vollem Umfang berechtigt“, schreibt die von der EU geförderte Bürgerinitiative „Zug der Erinnerung“ in einer Stellungnahme zu dem Ende Mai 2011 bekannt gewordenen Klageauftrag in den USA. Demnach verlangen mehrere

Tausend Überlebende aus Osteuropa, dass die heutige Deutsche Bahn AG sämtliche Tateinnahmen, die ihr aus dem Erbe der „Deutschen Reichsbahn“ zufließen, an die Opfer zurückerstattet. Für die Deportationen berechnete die „Reichsbahn“ Kilometergelder. Fahrten in den Tod stellte sie bei Kindern mit Rabatten in Rechnung. Die Sammelklage auf Rückerstattung wollen die Überlebenden wegen der dortigen Rechtslage im Juni in den USA einreichen. Laut einem Gutachten des „Zug der Erinnerung“ betragen die Deportationseinnahmen aus der Mordbeihilfe der „Reichsbahn“ mindestens 445 Millionen Euro heutiger Währung. Unter Anrechnung sämtlicher Zinsen kommen die Klägeranwälte auf einen von der DB AG geschuldeten Betrag von knapp 2 Milliarden Euro.

www.zug-der-erinnerung.eu

Nationalen Armutskonferenz: „Geringverdiener ausgebootet“

BERLIN. Zwei Statistiken, dasselbe verheerende Resümee: „Politik und Wirtschaft jubeln über den Aufschwung nach der Krise, aber dieser Aufschwung wird auf dem Rücken vieler Hunderttausend Beschäftigter getragen“, erklärt Thomas Beyer, Sprecher der Nationalen Armutskonferenz (nak). Hintergrund für seine Aussagen sind sowohl die neue Studie der OECD zur Steuerbelastung der Bürger als auch die Statistik der Bundesagentur für Arbeit zu ALG-II-Aufstockern. Laut der jüngst veröffentlichten Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung profitieren gerade diejenigen, die es dringend brauchen könnten, am wenigsten von den Steuersenkungen: Alleinerziehende, die deutlich weniger verdienen als der Durchschnittsbeschäftigte, führten hierzulande fast genauso viel ab wie im Jahr 2000. Der durchschnittliche unverheiratete Geringverdiener mit zwei Kindern muss 29,7 Prozent seines Gehalts an Steuern und anderen Abgaben abführen; im OECD-Schnitt sind es vergleichsweise nur 15,8 Prozent.

Kein Wunder, dass die Zahl der ALG-II-Aufstocker – Menschen, die von ihrem Arbeitslohn nicht leben können – in Deutschland besorgniserregend steigt, wie die einschlägige Statistik der Bundesagentur für Arbeit belegt: Im Jahr 2010 haben bundesweit rund 1,383 Millionen Menschen ihren Lohn aufgestockt; 4,4 Prozent mehr als im Vorjahr und 13 Prozent mehr als 2007. Angesichts dieser Zahlen fordert Beyer: „Mit der Subventionierung von Unternehmen, die Billiglöhne zahlen, muss Schluss sein. Wir brauchen endlich den gesetzlichen Mindestlohn auch in Deutschland.“

www.nationale-armutskonferenz.de

„Muslimische Jugendarbeit fördern“

DARMSTADT. Etwa 700 000 muslimische Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren leben in Deutschland. Die meisten von Ihnen sind hier geboren und haben die deutsche Staatsangehörigkeit. Sie fühlen sich als selbstverständlicher Teil der deutschen Gesellschaft. Das Deutsche Islamforum hat sich mit der Situation dieser Kinder und Jugendlichen befasst und in einer im Mai 2011 veröffentlichten Erklärung insbesondere auf Benachteiligungen im Bildungssystem hingewiesen. Die Jugendlichen sind überproportional in Hauptschulklassen vertreten und haben weniger Chancen auf eine Ausbildungsstelle. Untersuchungen haben gezeigt, dass Personen mit türkischem oder arabischem Namen seltener zu Vorstellungsgesprächen eingeladen werden. Kopftuchtragende junge Frauen werden unabhängig von ihrer Qualifikation besonders benachteiligt. Eine Debatte über die Zukunft dieser Jugendlichen ist erforderlich und im gesamtgesellschaftlichen Interesse. Bei den muslimischen Verbänden gibt es bisher nur erste Ansätze einer Jugendarbeit. Der notwendigen staatlichen Unterstützung beim Aufbau von Strukturen stehen Vorbehalte und Misstrauen entgegen. Sie finden ihren Niederschlag z.B. in der sogenannten Extremismusklausel des Bundesfamilienministeriums. Das Deutsche Islamforum fordert eine öffentliche Debatte über muslimische Jugendarbeit. Das Deutsche Islamforum wurde im Juni 2002 vom Interkulturellen Rat und vom Rat der türkeistämmigen Staatsbürger in Deutschland gegründet. In ihm arbeiten Persönlichkeiten der relevanten islamischen Gruppierungen, anderer Religionsgemeinschaften, gesellschaftlicher Institutionen, der Wissenschaft sowie staatlicher Einrichtungen zusammen. Islamforen gibt es auch auf Länderebene und in Kommunen. Die Arbeit wird gefördert durch die Karl-Konrad-und-Ria-Groeben-Stiftung.

www.interkultureller-rat.de

Der Protest gegen die Gebirgstruppe geht weiter!

BERLIN. „Die Bundeswehr kann das Kungeln mit Wehrmachtsnostalgikern nicht lassen“, kritisiert Ulla Jelpke die Antwort der Bundesregierung auf eine Schriftliche Frage nach den Aktivitäten der Truppe insbesondere in Oberbayern. Jelpke in einer Presseerklärung vom 25. Mai 2011: Nachdem die Bundeswehr vor zwei Tagen die „Kretafeier“ des Kameradenkreises der Gebirgstruppe in Bad Reichenhall unterstützt hat, bereitet sie sich nun auf die Unterstützung der „Brendtenfeier“ des gleichen Vereins bei Mittenwald vor. Vor diesem Hintergrund ist der für den morgigen Samstag angekündigte Protest von Antifaschisten un-

bedingt gerechtfertigt. „Bei den Veranstaltungen wird der gefallene deutsche Soldat gedacht“ – mit diesen Worten will die Bundesregierung die Teilnahme der Bundeswehr rechtfertigen. Was sie gar nicht erst zu rechtfertigen versucht, ist allerdings das Schweigen darüber, dass die Gebirgstruppen der Wehrmacht unzählige Verbrechen begangen haben. Anlass der jährlichen „Kretafeier“ ist der Angriff deutscher Wehrmachtsverbände auf Kreta am 17. Mai 1941. In Mittenwald werden ebenfalls jährlich die Gebirgstruppen der Wehrmacht sowie der Bundeswehr gewürdigt. Der Kameradenkreis der Gebirgstruppe ist stets bemüht, die woanders längst überwundene Legende der „sauberen Wehrmacht“ aufrecht zu erhalten und zu suggerieren, Kriegsverbrechen seitens der deutschen Truppen seien allenfalls bedauerliche Ausnahmen gewesen. Die Bundeswehr lässt sich davon nicht abhalten, materielle und personelle Unterstützung zu gewähren, darunter für Bad Reichenhall die Bereitstellung der Technik, von Ehrenposten. Am 29. Mai werden in Mittenwald 57 Soldaten zur Unterstützung eingesetzt, darunter eine Fahrbereitschaft für die Teilnehmer des dortigen Wehrmachts-Gedenkens, Kranzträger, Verkehrsposten usw.

www.nrw.vvn-bda.de, www.ulla-jelpke.de

Atomkraftgegner kritisieren Atom-Beschlüsse der Bundesregierung scharf!

HAMBURG. Zur den Ergebnissen des Koalitionsausschusses zur Atompolitik erklärt Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt: „Mit diesen Beschlüssen wird die Bundesregierung den gesellschaftlichen Konflikt um die Atomenergie nicht befrieden können. Nach neuesten Umfragen wollen zwischen 50 und 57 Prozent der Bevölkerung einen deutlich schnelleren Atomausstieg und werden sich deshalb mit diesem Ergebnis nicht zufriedengeben. Wenn die Regierung selbst die Forderung des Bundesverbands der Energiewirtschaft noch um zwei Jahre übertrifft, dann zeigt dies, wie einseitig und wenig konsensorientiert Merkel und Co vorgehen. Wer Reaktoren noch mehr als zehn Jahre weiter betreiben will, von denen selbst die Reaktorsicherheitskommission sagt, sie seien nicht sicher, macht sich völlig unglaublich. So sollen beispielsweise die beiden Meiler im bayerischen Gundremmingen weiterlaufen, die dem Katastrophen-Kraftwerk in Fukushima fatal ähneln. Dass jetzt



die acht ältesten AKW stillgelegt werden, vollzieht nur nach, was nach den wachswenigen Beschlüssen von Rot-Grün schon seit dem Jahr 2006 hätte schrittweise geschehen sollen ... Ab Pfingsten plant die Anti-AKW-Bewegung massenhafte Blockadeaktionen an mehreren Atomkraftwerken. Merkel provoziert neuen Protest und Widerstand, statt endlich auf die Bevölkerung zuzugehen.“ www.ausgestrahlt.de/

Kein „Pro“-Marsch durch die Innenstadt von Köln

KÖLN. 3 000 Menschen protestierten am Samstag, den 7.5. gegen den sogenannten „Marsch der Freiheit“ von „pro Köln/ NRW“. Viele Menschen waren an unterschiedlichen Orten aktiv. Vorher: Bereits mehrere Tage vorher zeichnete sich ab, dass die Polizei nicht nur einen Marsch über die Deutzer Brücke mit anschließender Kundgebung auf dem Heumarkt gebilligt hatte, sondern auch eine Demonstrationsroute durch das Schwulen-Viertel im Bereich Hohe Pforte und durch das Griechenmark-Viertel. Samstag früh: Bereits am Freitag lag die Information vor, „pro Köln“ sammelt sich außerhalb von Köln. Es gab einen Bus am Flughafen und eine Anreise von „pro-Köln“-Funktionären über Opladen/Leverkusen. Hier stießen auch die belgischen Rassisten hinzu. 200 Antifaschistinnen und Antifaschisten blockierten den Zug erfolgreich über zwei Stunden. Das hatte dann gute Auswirkungen auf den Gesamtablauf des rassistischen Aufmarsches. Samstag 10.30 Uhr: 600 Personen beteiligten sich an der Veranstaltung in der Kirche St. Heribert. Das war kein normaler Gottesdienst, sondern eher eine Protestveranstaltung, die dazu führte, dass „Pro“ sich nicht in der Deutzer Freiheit aufstellen konnte, sondern abseits jeder Öffentlichkeit ... Rednerinnen und Redner der Kirchen, der muslimischen Gemeinde, von DITIB, der DGB-Landesvorsitzende und Vertreter von SPD, Grünen und der Linken sprachen zu den Teilnehmern. Rolly Brings und Söhne unterstützten musikalisch.

14 Uhr: „Pro Köln“ wollte um 12 Uhr demonstrieren. Erst gegen 14 Uhr trafen die letzten Anhänger in zwei eilig herbei geschafften Sonderbussen aus Opladen ein. Als sie über die Brücke zogen, zeigten die Kundgebungsteilnehmer von „Köln stellt quer“ den Rechten demonstrativ ihr Hinterteil ...

16 Uhr: Viele Demonstrantinnen und Demonstranten aber zogen auch schon weiter und bildeten Menschenblockaden an der Hohen Pforte, an der Cäcilienstraße und an den Bächen. „Pro“ aber war platt und leistete der Aufforderung der Polizei zurückzumarschieren keine Widerrede. Gegen 16 Uhr zogen sie wieder ab über die Deutzer Brücke. Die Blockaden wurden beendet. **Lokalberichte Köln**

Landtagsfraktion der Linken in NRW enthält sich beim Haushalt

Bei der Verabschiedung des Landeshaushaltes NRW für 2011 hat sich die Fraktion Die Linke im Landtag enthalten und ihn damit passieren lassen. SPD und Grünen fehlt eine Stimme für eine Mehrheit.

Vorausgegangen war eine heftige Debatte in der Landespartei der Linken, ob man sich enthalten könne oder den Haushalt ablehnen müsse. So hatte der Kölner Kreisverband der Linken den Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Zimmermann eingeladen, der die Meinung vertrat, dass der vorliegende rot-grüne Haushaltsentwurf eine Abkehr von der bisherigen schwarz-gelben Haushaltspolitik sei und an vielen Punkten eine Verbesserung darstelle. Auf der anderen Seite stelle sich die Landtagsfraktion eine weitergehende soziale Politik vor. Es sei eben kein „Politikwechsel“, was auch immer er beinhalten soll. Auch verstoße der Haushaltsentwurf der rot-grünen Landesregierung nicht gegen die sogenannten „roten Haltelinien“ aus dem Landtagswahlprogramm der Linken. Wolfgang Zimmermann hielt es nicht für ausgeschlossen, dass es im Falle einer Ablehnung des Haushaltes zu Neuwahlen kommen könne und dass die Chancen der Linken so gut nicht mehr seien, einfach wieder in den Landtag einzuziehen.

Der Kölner Kreisverband verabschiedete mit großer Mehrheit eine Resolution, die sich dafür aussprach, dass sich die Landtagsfraktion bei der Abstimmung über den Haushalt enthalten solle. Die Resolution war dann auch die Grundlage für einen Antrag für die Sondersitzung des Landesrates am 15. Mai. Zur Verblüffung vieler Delegierter lag ihnen kein gemeinsamer Vorschlag von Fraktion und Landesvorstand vor, aber auch kein Antrag des Landesvorstandes. Ja, der Landesvorstand sprach in der Debatte sogar für die Ablehnung des Landeshaushaltes und begründete dies mit völlig überzogenen Argumenten. Die Mitglieder der Landtagsfraktion verhielten sich zurückhaltend, machten aber deutlich, dass man den Haushalt mit einer Enthaltung passieren lassen könne.

Der einzige Antrag des Landesvorstands war, dass sich die Landtagsfraktion nur an ein Votum halten solle, das eine Zweidrittelmehrheit des Landesrates erhalte, sonst solle das Abstimmungsverhalten der Fraktion die Mehrheitsverhältnisse der Delegierten widerspiegeln. Dieser Antrag wurde mit sehr großer Mehrheit abgelehnt. Zur Verblüffung des Landesvorstands beschlossen dann fast 70 % der Delegierten den Kölner Antrag, und der

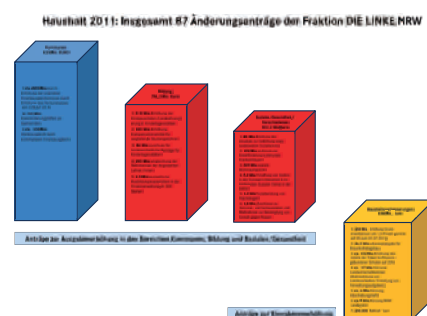
Landesvorstand stand etwas dumm da.

Am 18. Mai wurde dann der Landeshaushalt beschlossen, nachdem die Landesregierung die Neuverschuldung von 7,8 Mrd. Euro auf 4,8 Mrd. Euro reduzierte und 2,3 Mrd. höhere Einnahmen verbuchte und globale Minderausgaben von 700 Mio. Euro in den Haushalt einstellte. Der Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borejans begründete die Neuverschuldung mit der Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts. Die CDU hatte erklärt, eventuell erneut das NRW-Verfassungsgericht anzurufen.

Dass die Steuermehreinnahmen zur Schuldentilgung genutzt werden, kritisierte dagegen der Fraktionsvorsitzende Zimmermann ausdrücklich:

„Sie, meine Damen und Herren von der Landesregierung, hätten mit diesen 2 Milliarden Euro einen wirklichen Politikwechsel einleiten können.“

Sie hätten 1 Milliarde Euro für ein Landesprogramm gegen Arbeitslosigkeit sowie für Teilhabe gehabt, und man hätte auch ein Sozialticket finan-



Bochum

Schwierige Debatte um Zukunft der Alten- und Pflegeheime

Die Stadt Bochum betreibt drei Alten- und Pflegeheime (APH) als eigenbetriebsähnliche Einrichtung mit insgesamt 622 Heimplätzen. Die APH sind seit Jahren bilanziell überschuldet und schieben derzeit finanzielle Altlasten in Höhe von rund 17 Mio. Euro vor sich her, hinzu kommen schwankende jährliche strukturelle Defizite, allein im Jahr 2009 von rund 5 Mio. Euro. Angesichts dieser dramatischen Situation wurde im vergangenen Jahr ein Gutachten bei der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Curacon in Auftrag gegeben, mit dem Ziel, die zukünftigen Organisationsformen zu untersuchen.

Die Standortanalyse in dem Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass auf-

grund der demografischen Entwicklung ein steigender Bedarf an Pflegeplätzen und Betreuten Wohnungen zu erwarten ist. Die angebotenen Heimplätze der Stadt Bochum finden also auch in zehn Jahren einen „Markt“ mit der entsprechenden Nachfrage vor.

Voraussetzung dafür ist allerdings die Sanierung von zwei der drei Heimen. Denn der schlechte bauliche Zustand und Investitionsstau hat zu einem Rückgang der Belegung und damit der Einnahmen geführt. Die Stadt Bochum befindet sich aber im Nothaushalt. Deshalb müssen Investitionsmaßnahmen über eine Prioritätenliste der Reihe nach abgearbeitet werden, so dass die notwendigen Investitionen nicht recht-

zieren können, das diesen Namen verdient. Mit 1 Milliarde Euro für die Energiewende wäre eine angemessene Förderung der energetischen Gebäudesanierung möglich, und das Land hätte auch die notwendigen Mittel, um die Rekommunalisierung der Stromerzeugung zu fördern und den Ausstieg aus der Kohleverstromung zu beschleunigen ...

Wir haben den Haushalt 2011 als Ent-

täuschung bezeichnet, aber wir haben

hinzugefügt: Er geht ein Stück weit –

zwar zaghaft – in die richtige Richtung.

Deshalb kommen wir zu dem Schluss:

Wir können ihn nicht ablehnen, wir

können ihm natürlich aber auch nicht

zustimmen. Deshalb werden wir uns

bei diesem Haushalt enthalten. Das ist

ganz konsequent.“

Es ist schon verblüffend, was ein Po-

litikwechsel alles so sein könnte bzw.

darstellen soll. In diesem Fall eine hö-

here Nettokreditaufnahme von 2 Mrd.

Euro, die dazu geführt hätte, dass der

Haushalt vom Landesverfassungsge-

richt erneut kassiert worden wäre und

damit das Ende von Rot-Grün besiegelt

hätte. Das ist dann aber ein ganz an-

derer Politikwechsel hin zu Schwarz-

Grün oder zu Neuwahlen.

Die Fraktion der Linken selber konn-

te einige Anliegen in den Haushaltsbe-

ratungen durchsetzen, u.a. mehr Geld

für Flüchtlingspolitik und Flüchtlings-

beratung, für die Frauenhäuser und

für antifaschistische Projekte – eine

Summe von über eine Millionen Euro

– sowie die Reduzierung der Repräsen-

tationskosten der Ministerpräsidentin.

Dafür, dass die Landtagsfraktion in

NRW gerade ein Jahr im Landtag ist,

hat sie sich ganz ordentlich geschlagen

und ein schwieriges Problem gemeis-

tert.

Jörg Detjen

zeitigerfolgen können, zudem eine neue gesetzliche Regelung eine Quote von mindestens 80 Prozent Einbettzimmer bis zum Jahr 2018 vorschreibt. Vor diesem Hintergrund hat das Gutachten die Herauslösung der APH aus der Stadtverwaltung und die Umwandlung in eine GmbH empfohlen. Auf diesem Weg, so das Gutachten, könnten die notwendigen Finanzierungen erfolgen, eventuell auch über eine Zusammenarbeit mit privaten Partnern. Möglich sei ein sogenanntes Miet-Pacht-Modell, bei dem ein privater Investor die Gebäude übernimmt und saniert und die GmbH diese pachtet. Außerdem könne sich eine GmbH wegen effizienterer Strukturen, abgrenzbaren Kompetenzen und kurzen Entscheidungswegen besser auf dem Markt behaupten als ein Behördenanhangsel.

Nicht nur die Aussage in dem Gutachten, mit der GmbH-Variante seien auch Einsparungen im Personalbereich schneller zu erzielen, sorgte für Widerstand der Gewerkschaft Verdi. Das bezog sich vor allem auf die Praxis der übertariflichen Einstufung etlicher älterer Mitarbeiter/innen. Verdi organisierte die Beschäftigten gegen die „Privatisierung“ und bemühte sich nach Alternativen. Auch die Ratsfraktion Die Linke suchte nach anderen Lösungsmöglichkeiten, u.a. nach Investitionsmodellen innerhalb des „Konzerns“ Stadt unter Hinzuziehung von gesunden Stadttöchtern als Investoren. Aber auch dem steht das Haushaltssicherungskonzept entgegen. Zudem findet sich in den anderen Gesellschaften nicht das notwendige Spezialwissen für umfangreiche Immobiliengeschäfte, das deshalb teuer eingekauft werden müsste. Auch andere Rechtsformen, wie die Errichtung einer Anstalt Öffentlichen Rechts hätten das Finanzierungsproblem gehabt.

Aber auch das Gutachten hat viele Fragen offen gelassen, z.B. welche realistische Variante der Entschuldung es gibt, der auch die Bezirksregierung zustimmen kann. Weil eine umfangreiche schriftliche Fragestellung der linken Fraktion durch Curacon nicht zufriedenstellend beantwortet wurde, beantragte diese, die Entscheidung noch bis zu den Sommerferien zu schieben. Zumal in dem Gutachten die Feststellung getroffen wird, dass nicht allein die Rechtsform die Lösung des Problems sei. So wird empfohlen, „dass vor der Umsetzung der angedachten einschneidenden strukturellen Veränderungen ein detailliertes Zukunftskonzept erarbeitet werden sollte. Strategie geht vor Struktur – Struktur vor Rechtsform!“

Eine solche Strategiedebatte hat aber kaum stattgefunden. Außerdem gehen sämtliche Überlegungen vom Bestehenden aus, der Beibehaltung großer Heime. Ratsfrau Bianca Schmolze

brachte es in der Ratsitzung zur Sprache: „Aber hat tatsächlich eine breite, Debatte darüber stattgefunden, wie Altenpflege in dieser Stadt in zehn Jahren grundsätzlich aussehen soll? Sind wir uns einig, dass wir eine Heimunterbringung, wie sie jetzt stattfindet, langfristig die richtige Art der Unterbringung für die alten Menschen ist, die noch nicht pflegebedürftig sind? Haben wir wirklich über alle Möglichkeiten anderer Unterbringungsmöglichkeiten, wie Alten-WGs, oder andere dezentrale Einrichtungen, Mehrgenerationenhäuser, etc. nachgedacht und diskutiert? Der Landschaftsverband Rheinland macht gerade gute Erfahrungen mit der Unterbringung behinderter Menschen raus aus den Heimen in normale Wohnungen. Natürlich mit Betreuung und Pflege, und das ohne steigende Overheadkosten, sie sinken sogar. Unserer Meinung nach haben Überlegungen zu solchen Alternativen zu der jetzigen Heimunterbringung bisher eine zu geringe Rolle gespielt und deshalb sind uns Zweifel gekommen, ob es jetzt schon angebracht ist, über die Rechtsform zu entscheiden, auch wenn die Zeit drängt, das wissen wir auch.“ Die Verschiebung wurde abgelehnt, deshalb stimmte die linke Fraktion gegen die Umwandlung in die GmbH.

Weil kommunale Ausgründungen in privatrechtliche Organisationsformen oft mit Tarifbruch verbunden sind, stellte die linke Fraktion den Antrag, im Gesellschaftervertrag die Vergütung der Mitarbeiter/innen der GmbH nach TVöD festzuschreiben. Das soll auch für eventuelle Tochtergesellschaften der GmbH gelten. Ein Antrag der rot/grünen Koalition ging in die ähnliche Richtung, ihm fehlte aber ein entscheidender Punkt: Das Festschreiben in den Gesellschaftervertrag, dass die GmbH dauerhaft Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) bleibt. Das ist deshalb wichtig, damit der Geschäftsführer nicht im Alleingang aus dem KAV austreten kann, so wie es vor ein paar Jahren bei den Kölner Altenheimen passiert ist. Das ist jetzt ohne Ratsbeschluss in Bochum nicht mehr möglich. Denn dieser Punkt wurde von Rot/Grün übernommen und im Rat mit den Stimmen aller Fraktionen (außer der FDP) verabschiedet, zusammen mit anderen Punkten zur Tarifsicherung, dem Ausschluss privater Beteiligung an der GmbH und der Einrichtung eines fakultativen (freiwilligen) Aufsichtsrates. Für die Beschäftigten ist in punkto Einhaltung der Tariflöhne viel erreicht worden, hoffentlich nützt es ihnen auch was. Denn ob die städtischen Alten- und Pflegeheime nach jahrelanger Misswirtschaft noch eine Zukunft haben, bleibt abzuwarten.

Thorsten Jannoff

Hamburg

Versäumtes Nachholen: „Wir motten ein Kriegsdenkmal ein“

Hamburg. Mit einem Friedensfest am berühmten Kriegsklotz („Deutschland muss leben, und wenn wir sterben müssen“) gedachte das „Bündnis für ein Hamburger Deserteursdenkmal“ all jener Menschen, deren „Vaterlandesverrat“ und „Kriegsverrat“ das Morden beenden half und unzähligen Menschen das Leben rettet. Gedacht wurde auch der vielen „Fahnenflüchtigen“, die, besonders in den letzten Kriegswochen und -tagen, zum Tode verurteilt und hingerichtet worden sind. Auf dem Truppenschießplatz Höltigbaum in Hamburg-Rahlstedt starben allwöchentlich Dutzende Soldaten im Kugelhagel der Erschießungskommandos der Wehrmacht. 366 vollstreckte Todesurteile sind dokumentiert, das Bündnis geht von rund 1000 aus.

Höhepunkt des Friedensfestes, bei dem das neue Schauspiel „Kriegsgericht“ von René Senenko uraufgeführt wurde, war die Kunstaktion „Versäumtes nachholen“ – der Kriegsklotz wurde mit einer 1,5 km langen schwarzen Folie verhüllt. Damit wollte das Bündnis aus 15 Vereinen darauf aufmerksam machen, dass die Stadt Hamburg beim Gedenken an die toten Soldaten des Zweiten Weltkrieges mit zweierlei Maß misst: Während das kriegsverherrlichende Denkmal seit seiner Einweihung 1936 unverändert blieb, gibt es immer noch kein würdiges Andenken an die vielen hundert in Hamburg getöteten Deserteure und „Wehrkraftzersetzer“.

Doch die Verpackung, die 14 Tage lang am Denkmal verbleiben sollte, wurden schon drei Tage später in den frühen Morgenstunden durch zwei unbekannte Männer vollständig heruntergerissen und in einem weißen Lieferwagen abtransportiert. Daraufhin wiederholte das Bündnis am 21. Mai die Verhüllungsaktion. Doch auch dieses Mal wurde die Folie nach wenigen Tagen zerstört. Als Visitenkarten hinterließen die Gegner des Projekts eine „Visitenkarte“ – einen Zettel, auf dem Uhlands 1809 entstandenes Lied „Ich hatt' einen Kameraden“ abgedruckt ist.

Nun ist eine dritte Verhüllung in Vorbereitung. Der Zähigkeit der Initiatoren um die Willi-Bredel-Gesellschaft ist zu verdanken, dass die Forderung nach einem Deserteursdenkmal öffentliche Aufmerksamkeit erhält.

Christiane Schneider nach verschiedenen Artikel unter: www.feindbeugungstigung.de

Keine Frauen in Spitzenpositionen:

HANNOVER. Die Linke im Rat der Landeshauptstadt ist überrascht, dass in keinem von 17 untersuchten Unternehmen, an denen die Landeshauptstadt beteiligt ist, Frauen an der Spitze stehen. Auf den unterschiedlichen Führungsebenen betrage der Frauenanteil in der ersten Führungsebene null Prozent, heißt es in einer Informationsdrucksache der Verwaltung. „Es ist schwer vorstellbar, dass es keine kompetenten Frauen geben soll, die ein kommunales Unternehmen führen können“, kritisiert Linken-Fraktionschef Oliver Förste und mahnt Veränderungen an. Es könne nicht angehen, dass zwar unter Praktikanten das Geschlechterverhältnis noch in Ordnung sei, aber wenn es um gut bezahlte Entscheider-Positionen gehe, Frauen komplett leer ausgingen

www.linksfraktion-hannover.de

Bauwagengesetz gründlich liberalisieren!

HAMBURG. Die Fraktion Die Linke hat heute ein liberales Bauwagengesetz in die Hamburgische Bürgerschaft eingebracht, das das Leben und Wohnen in Bau- und Wohnwagen in Hamburg sowohl auf privaten als auch auf städtischen Grundstücken erlaubt. Zwar hatte die FDP mit ihrem Antrag zur Änderung des Wohnwagengesetzes die Initiative ergriffen, Wohnwagenstandplätze nicht nur übergangsweise zu ermöglichen. Die Änderungsvorschläge der Linken gehen jedoch weit darüber hinaus. So will sie im Gegensatz zur FDP-Fraktion, dass das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung nicht durch das Wohnwagengesetz eingeschränkt wird, sondern in vollem Umfang respektiert wird. Die Privatautonomie gebietet es in einem demokratischen Rechtsstaat überdies, dass private Grundstückseigentümer ihre Grundstücke auch an einzelne BauwagenbewohnerInnen vermieten bzw. verpachten dürfen. Deshalb soll nach Auffassung der Linken das Leben und Wohnen in einzelnen Bau- bzw. Wohnwagen auch auf privatem Grund erlaubt werden, ohne dass dies der Genehmigungspflicht durch den Staat (Behörden bzw. Bezirksämter) unterliegt. Das alte rot-grüne Wohnwagengesetz vom 25. Mai 1999 sieht derzeit vor, dass „Wohnwagenstandplätze“ nur „befristet (...) als Übergangsplätze eingerichtet werden können, um Personen, die in Hamburg in Wohnwagen wohnen, bis zu ihrer Vermittlung in feste Wohnungen eine zeitweilige Unterbringung zu ermöglichen“ (§ 2 Abs. 2 S. 1. des Wohnwagengesetzes). Geradezu obrigkeitstaatlich und in direkter Konfrontation zur gesellschaftlichen Realität alternativer Lebensperspektiven und Wohnformen heißt es in dem Gesetz

apodiktisch: „Substandardwohnen auf Dauer darf nicht gefördert werden.“ (§ 2 Abs. 2 S. 2) Wer trotzdem in einem Bau- bzw. Wohnwagen wohnt, beispielsweise weil er keine bezahlbare Wohnung in Hamburg findet oder diese alternative Lebensform für sich oder auch gemeinsam mit anderen entdeckt hat, kann mit einer Geldbuße von 500 Euro bestraft werden. Wer darüber hinaus sogar sein Grundstück an BauwagenbewohnerInnen vermietet oder verpachtet – also „ein Grundstück einem anderen für die Aufstellung von Wohnwagen“ überlässt – kann sogar mit einer Geldbuße von 5 000 Euro bestraft werden. Diese gesetzliche Ermächtigung für die Behörden ist eine Generalvollmacht für große Guck- und Lauschangriffe auf die BauwagenbewohnerInnen.

www.linksfraktion-hamburg.de

„Keine Privatisierung gegen den Bürgerwillen“:

HAMBURG. Das Volksbegehren „Keine Privatisierung gegen den Bürgerwillen“ hat die erforderliche Zahl der Unterschriften nicht erreicht. Nach Angaben der Initiatoren konnten nur geschätzte 55 000 statt der erforderlichen 63 000 Unterschriften gesammelt werden. Fraktion und Partei Die Linke haben das Volksbegehren unterstützt und bedauern das Scheitern. „Das Scheitern ist sehr bedauerlich. Das Volksbegehren hätte eine Wiederaufnahme der Privatisierungspolitik schon vorab einen Riegel vorschieben können. Auch wenn CDU, SPD und GAL das Verschern von Tafelsilber jetzt bedauern, wäre eine Verfassungsänderung eine Hürde gewesen, falls diese Einsichten künftig in schwierigen Haushaltslagen in Vergessenheit zu geraten drohen“, erklärt Dr. Joachim Bischoff, haushalts- und wirtschaftspolitischer Sprecher der Bürgerschaftsfraktion Die Linke.

www.die-linke-hamburg.de

Aktuelle Zahlen belegen – Privatisierung ist Verschleuderung öffentlichen Eigentums!

BRAUNSCHWEIG. Durch den Verkauf von 75% der Geschäftsanteile der Braunschweiger Versorgungs-AG (BVAG) [Strom, Gas, Wasser, Fernwärme] erzielte Oberbürgermeister Hoffmann eine Einnahme von 453 Mio. Euro. Dem stehen gegenüber ein Verlust an Gewinneinnahmen von 271 Mio. € oder knapp 60% des seinerzeitigen Verkaufserlöses. Bleibt es bei der BVAG bei den Durchschnittsgewinnen der letzten Jahre, so werden bereits in vier Jahren die verlorengegangenen Einnahmen den Verkaufserlös übersteigen! Bleibt es bei den aktuellen Gewinnen, wird dies bereits in drei Jahren der Fall sein. Ab dann verliert die Stadt Jahr für Jahr mehr als 40 Mio. €! Damit könnte die Stadt viel tun, nicht zuletzt für

die Schulen, welche die schwarz-gelbe Ratsmehrheit – kurz vor der Kommunalwahl im Herbst diesen Jahres – jetzt für 25 Jahre zu einem Geschäft von Baukonzernen machen will! Wir nennen das Verschleuderung öffentlichen Eigentums!

www.linksfraktion-braunschweig.de

Roter Erfolg: Grüner Strom für Bonn!

BONN. Künftig sollen alle Liegenschaften der Stadt Bonn über die Stadtwerke mit „grünem Strom“ versorgt werden. Das beschloss der Ausschuss für Umwelt- und Verbraucherschutz in seiner Sondersitzung am 5. Mai auf Antrag der Linksfraktion. Die umweltpolitische Sprecherin der Linken, Gitti Götz, sieht das Ergebnis mit einem lachenden und einem weinenden Auge: „Dass der Ausschuss sich sogar einstimmig für Strom aus regenerativen Energien entschieden hat, freut mich natürlich. Unser Antrag hatte aber eigentlich mehr vorgesehen, nämlich zertifizierten Strom nach dem „Grüner Strom Label“. Michael Faber, Fraktionsvorsitzender erklärt dazu: „Wir hatten nicht ohne Grund die Festlegung auf „Grüner Strom Label“ gefordert. Denn grüner Strom ist nicht gleich grüner Strom. In dem wachsenden Markt gibt es viel Bauernfänger.“ Ein Beispiel hierfür sind RECS-Zertifikate, über die bislang schon der Strombezug von Stadthaus und Altem Rathaus erfolgt. Dieses Zertifikat ist aber eine Mogelpackung. Hier wird kein Ökostrom garantiert, sondern sich auf reinen Zertifikatshandel beschränkt ...

<http://die-linke.de/nc/>

politik/kommunal/aktuellesausdenkommunen

Stadtrat beschließt Einwohnerabstimmung:

KÖLN. Der Kölner Stadtrat hat mit den Stimmen von SPD, Grüne und Die Linke eine Einwohnerabstimmung aller Kölnerinnen und Kölner ab dem 16. Lebensjahr beschlossen. Es handelt sich nicht um einen rechtsverbindlichen Bürgerentscheid, sondern um ein selbst verpflichtendes Meinungsbild für den Kölner Stadtrat über den Ausbau des Godorfer Hafens. Es dürfen also auch Nicht-EU-Bürger mitmachen, die derzeit bei allen Wahlen ausgegrenzt sind, das sind in Köln ca. 100 000 Personen zusätzlich.

Seit Jahrzehnten setzen sich viele demokratische Kräfte in der ganzen Bundesrepublik dafür ein, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner ab dem 16. Lebensjahr an Wahlen teilnehmen dürfen. Daraus resultierte z.B. die Kampagne „Jeder hat eine Stimme“ im Jahre 1994 und die später stattfindende Kampagne für das kommunale Wahlrecht der kommunalen Ausländerbeiräte „Hier, wo ich lebe, will ich wählen!“ im Jahre 2008. Die „Kölner Lösung“ mit dem beschlossenen Abstimmungsverfahren ist

ein Novum für Köln und hoffentlich ein Vorbild für die ganze Bundesrepublik. Alle Menschen über 16 dürfen mitentscheiden. www.linksfraktion-koeln.de

Die Kinderarmut in unserer Stadt ist ein Skandal! RENDSBURG. Am 12. Mai 2011 wurde im Kulturzentrum Hohes Arsenal eine Armutskonferenz zum Thema ‚Kinderarmut in Rendsburg‘ durchgeführt. An dieser Veranstaltung haben auch Vertreter der Linken teilgenommen. Rendsburg ist von der wachsenden Kinderarmut besonders betroffen. Mehr als ein Drittel der Kinder leben hier von Leistungen nach SGB II und XII. Viele dieser Kinder gehen wegen der finanziellen Probleme morgens hungrig zur Schule und sind nachmittags sich selbst überlassen. In Deutschland ist der Einfluss der sozialen Herkunft auf die Bildungschancen besonders hoch. „Die Kinderarmut in Deutschland ist eine Schande für unser reiches Land. Das von der schwarz-gelben Bundesregierung verabschiedete Bildungspäckchen ist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Die bestmögliche Förderung aller Kinder muss endlich sichergestellt werden“, so Samuel Rothberger, Sprecher der Linken in Rendsburg. „Die Linke setzt sich für die Einführung eines Sozialpasses ein. Anstatt dass die Leistungen aus dem Bildungspaket bürokratisch jedes halbe Jahr neu durch den Betroffenen beantragt werden müssen, sollten vielmehr die Schulen und Vereine direkt unterstützt werden. Die Zuständigkeit hierfür sollte bei den Kommunen und nicht beim Jobcenter liegen“, so Volker Lindenau. Die Linke fordert daher eine bedarfsorientierte Grundversicherung für Kinder und Jugendliche, Ganztagschulen und eine warme Mittagsmahlzeit für alle Schüler. <http://linx.sozialismus-jetzt.de/>

Haushaltsslage der Kommunen bleibt angespannt: BERLIN. Das Statistische Bundesamt hat die Ergebnisse zur Entwicklung der kommunalen Haushalte im Jahr 2010 vorgelegt. Nach der Kassenstatistik für das Jahr 2010 entwickelte sich die Einnahmenseite der kommunalen Haushalte, insbesondere aufgrund der wieder gestiegenen Gewerbesteuererinnahmen, positiv. Die Gewerbesteuererinnahmen legten im Berichtszeitraum um +7,7 % (+1,9 Mrd. Euro) gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu. Gleichzeitig stiegen aber auch die Ausgaben weiter an. Allein bei den Sozialausgaben war ein Zuwachs um +4,5 % (+1,8 Mrd. Euro) auf 42,1 Mrd. Euro zu verzeichnen. Insgesamt schlossen die Kommunen das Jahr 2010 mit einem Finanzierungsdefizit von -7,7 Mrd. Euro ab. www.dstgb.de
Zusammenstellung: ulj

Europa wird wichtiger – Linke Konzepte sind gefragt

Mit den unverschämten Forderungen nach Eingriffsrechten in die nationalen Tarifverhandlungen und -strukturen, u.a. vorgetragen von Beamten der Europäischen Kommission in Verhandlungen mit den Regierungen Irlands, Portugals und Griechenlands, ist deutlich geworden, was in der Konstruktion des wirtschaftlichen Lebens als gemeinsamer Binnenmarkt in Europa grundsätzlich angelegt ist: Der Zugang zu nationalen Märkten, die technische und prozessuale Vereinheitlichung durch Normsetzung, politische Entscheidungen wie die Installation eines gemeinsamen Währungsraums, die Tätigkeit multinationaler Unternehmen in zahlreichen europäischen Ländern und viele weitere Aspekte führen zu einem Regulierungsanspruch supranationaler Institutionen der EU für immer mehr Politikbereiche, die eigentlich nicht in ihren Zuständigkeitsbereich gehören.

Neben den Rettungsschirmen für Griechenland, Portugal und Irland wird die Verlagerung politischer Entscheidungsgewalt hin zur europäischen Ebene vor allem unter den Stichworten „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ und „European Governance“ betrieben. Ein Umsetzen dieser Pläne wird starke Wirkungen auf die nationalen Haushalts- und Sozialpolitiken haben. Der Durchgriff von Entscheidungen auf der europäischen (oder internationalen) Ebene wirkt direkt auf die Rahmenbedingungen handelnder Akteure bis hinunter zur kommunalen und betrieblichen Ebene. Die EU wird zwar nicht müde zu wiederholen, dass Fragen wie das Koalitionsrecht und Tarifverhandlungen nationale Angele-

genheiten sind. Aber faktisch werden die Handlungsspielräume immer enger.

In einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung*, Ausgabe vom 21./22. Mai, haben die konservativen Politiker Edmund Stoiber und Jean-Claude Juncker aus Luxemburg erklärt, die Tarifierhöhungen in den öffentlichen Diensten müssten sich den durch die wirtschaftliche Koordinierung gesetzten Rahmenbedingungen fügen und die Abschlüsse in den öffentlichen Diensten müssten Taktgeber für die Privatwirtschaft sein. Juncker: „Die Löhne im öffentlichen Dienst sind prozentual nirgendwo so stark gestiegen wie in Griechenland, Portugal und Irland. Das belegt, dass diese drei Länder Lohnpolitik nach eigenem Gutdünken betreiben konnten. Und wir hatten keine Möglichkeit, stopp zu sagen. Koordination der Wirtschaftspolitik ist eine hochpolitische Angelegenheit, die die Innenpolitik der Euro-Länder total durcheinanderwirbeln wird.“

Neben den aktuellen Auseinandersetzungen um den Rettungsschirm und die damit einhergehenden Eingriffe in die Haushalts- und Sozialpolitik der betroffenen Staaten werden die Handlungsspielräume der nationalen Regierungen auch durch die „Europäische Wirtschaftspolitische Steuerung“ eingeengt. Die wirtschaftspolitische Steuerung war von der Kommission bereits 2010 ausgearbeitet worden. Jetzt liegen sechs Verordnungsentwürfe vor, die wesentliche Vorgaben für die nationalen Haushaltspolitiken oder die Verfahren der Berichterstattung an die Kommission setzen. Eine der Verordnungen, die zur „Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte“,

IG Metall gegen europäische Lohnkontrolle

Die Regierungschefs der Euro-Zone haben sich auf zwei Treffen im März 2011 auf ein Gesamtpaket zur Stabilisierung des Euro geeinigt.

- Der finanzielle Part: der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) soll sicherstellen, dass weitere Euro-Staaten Kredite und Garantien bekommen können. Das ist richtig, denn der Euro ist für Deutschland politisch und ökonomisch wichtig.

- Der politische Teil des Gesamtpakets dagegen bedeutet eine Zwangsstrategie für alle Mitgliedsstaaten. Er besteht aus dem Euro-Plus-Pakt und einem Gesetzespaket zur europäischen wirtschaftspolitischen Steuerung.

- Mit einer europäischen Wirtschaftsregierung – wie sie auch von Gewerkschaften gefordert wird – haben beide Projekte nicht das Geringste zu tun.

- Die geplanten Maßnahmen wollen den gefährlich einseitigen deutschen Sparkurs auf die EU übertragen und alle Krisenlasten in der Euro-Zone auf Arbeitnehmer, Rentner und sozial Schwache abwälzen.

- Die europäischen Gewerkschaften, müssen jetzt die geplanten Eingriffe in die Tarifautonomie verhindern. Lohnpolitische Koordinierung in der Euro-Zone darf allein von den Gewerkschaften selbst organisiert und durchgeführt werden.

- Die IG Metall ist nicht gegen mehr europäische Koordinierung. Aber wir wollen in eine andere Richtung gehen: Wir wollen einen sozialen und solidarischen Euroraum. Dafür machen wir Vorschläge.

- Und: Wirtschaftspolitische Koordinierung muss demokratisch legitimiert sein.

(Quelle: IG Metall Vorstandsverwaltung. Wirtschaftspolitische Informationen, 3/2011)

will aber auch direkt Einfluss auf die Tarifpolitik nehmen.

Die gegen diese Politik vorgetragene Kritik richtet sich vor allem gegen die konkrete Richtung der Maßnahmen, weniger gegen die Konstruktion selbst. Eine europäische Wirtschaftsregierung wird nicht abgelehnt, sondern favorisiert und gefordert – nur die Richtung stimmt halt nicht. Die Kritik der Linken und aus dem gewerkschaftlichen Lager betont die Wirkung der Zentralisierung in Richtung Sozialabbau, Senkung der Löhne und in der Folge fehlender Binnennachfrage sowie die Eingriffe in die Tarifautonomie. Wo der Kommission vorgeworfen wird, sie starre bei ihrer Politik des Ausgleichs makroökonomischer Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedsstaaten auf Lohnstückkosten und Produktivität und habe letztlich Lohnsenkung im Auge, wird auf die Verteilungsfrage fokussiert, nicht auf das Moment der Zentralisierung.

Damit bleibt die Frage offen, wie die Regulierungsebenen Europa – Nation – Kommune – Betrieb – Individuen aktuell im Wirtschaftsleben austariert

werden sollen und können und wie die wirtschaftlichen Beziehungen und die wirtschaftliche Entwicklung zum Beispiel aus Sicht der Linken aussehen sollte. Elementare gewerkschaftliche Normen wie das Koalitions- und Streikrecht in diese Debatten einzubringen und auf ihren Ausbau statt Abbau zu drängen, um so das vielbeschworene „europäische Sozialmodell“ auch wirklich auszugestalten, wäre aber eine wichtige Herausforderung, der sich Linke und Gewerkschaften stellen sollten. Stattdessen ist sowohl die Wahrnehmung dessen, was die EU-Kommission in die Diskussion und auf den Weg bringt, auf der Linken gering, wie auch die Entwicklung eigener Vorstellungen und Vorlagen.

Erfolgreich wird die Kritik an der aktuellen Politik der EU-Kommission aber nur sein, wenn sie mit einem eigenen Ansatz für die wirtschaftliche Entwicklung der europäischen Regionen verknüpft wird. Das Beharren auf Umverteilung im Rahmen der europäischen Solidarität reicht da nicht. Auch die Etikettierung „neoliberales Konzept“ wird den komplexen politi-

ken der EU-Kommission nicht gerecht. Denn neben der Politik der Haushaltskonsolidierung liegen mittlerweile eine ganze Reihe von Programmatiken vor, die eine eigene Entwicklungsperspektive aus Sicht der EU-Kommission präsentieren und die in verschiedensten Bereichen operative Handlungsfelder eröffnen, die von der Linken und den Gewerkschaften produktiv ausgefüllt werden könnten, häufig aber gar nicht wahrgenommen werden.

Mit der im März 2010 veröffentlichten „Strategie Europa 2020“ (KOM(2010)2020 endgültig), der Nachfolgestrategie der Lisbon-Strategie, hat die Kommission eine solche Entwicklungsperspektive vorgestellt, die auf Wachstum setzt, mit den Begriffen intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum aber auch Kriterien benennt, die sich in den konkreten Zielsetzungen und deren Operationalisierung wiederfinden.

Fünf Kernziele, sieben Leitinitiativen

Die fünf Kernziele sind:

– 75 % der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren sollen in Arbeit stehen.

Dokumentiert: „Binnenmarktakte“ – aus der Mitteilung der Kommission

Zwölf Hebel: Zu jedem dieser Hebel schlägt die Kommission eine Leitaktion vor, die die EU bis Ende 2012 mit dem Ziel beschließen soll, das Wachstum anzukurbeln und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Die Kommission wird noch im Jahr 2011 die für die Umsetzung dieser Leitaktionen erforderlichen Gesetzesvorschläge vorlegen, damit Parlament und Rat der Aufforderung des Europäischen Rates nachkommen können, bis Ende 2012 ein erstes Bündel vorrangiger Maßnahmen für die Neubelebung des Binnenmarkts zu verabschieden.

Finanzierungsmöglichkeiten für KMU. Erlass einer Rechtsvorschrift, die es den in einem Mitgliedstaat niedergelassenen Risikokapitalfonds erleichtert, ungehindert und ohne zusätzliche Auflagen in einem anderen Mitgliedstaat zu investieren.

Damit soll erreicht werden, dass sich KMU (kleine und mittlere Unternehmen), die Risikokapital aufnehmen möchten, an Fonds wenden können, die über das erforderliche branchenspezifische Know-how verfügen und in der Lage sind, Kapital zu einem attraktiven Preis bereitzustellen.

Mobilität der Bürger. Modernisierung der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen. Ziel ist es, die Verfahren zur gegenseitigen Anerkennung für mobile Arbeitskräfte zu vereinfachen, den Rechtsrahmen zu modernisieren, den Umfang der reglementierten Berufe zu überprüfen und Vertrauen und Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu stärken. Die Einführung

eines Europäischen Berufsausweises wäre vor allem der Mobilität von Fachkräften förderlich. Gleichzeitig würde es das Vertrauen zwischen den zuständigen Behörden stärken und käme auch Verbrauchern und Arbeitgebern zugute.

Rechte des geistigen Eigentums. Erlass von Rechtsvorschriften zur Einführung eines einheitlichen Patentschutzes für den Großteil der Mitgliedstaaten sowie eines einheitlichen Streitbeilegungsmechanismus, mit dem Ziel im Jahr 2013 die ersten Patente zu erteilen, die diesen einheitlichen Schutz genießen.

Die derzeitige Vielzahl nationaler Patente und nationaler Streitbeilegungsmechanismen verursacht hohe Kosten bei geringer Effizienz und schafft Rechtsunsicherheit, so dass der Einführung eines einheitlichen Patentschutzes und eines einheitlichen Streitbeilegungsmechanismus absolute Priorität gebührt.

Verbraucher als Akteure des Binnenmarkts. Erlass von Rechtsvorschriften zur alternativen Streitbeilegung. Damit soll die Einführung außergerichtlicher Rechtsbehelfe sichergestellt werden, die einfache, schnelle und kostengünstige Lösungen für die Verbraucher gewährleisten und guten Beziehungen zwischen den Unternehmen und ihren Kunden förderlich sind. Ein Teil dieser Aktion wird dem elektronischen Handel gewidmet sein.

Die Kommission (wird) neben ihren Arbeiten im Bereich der alternativen Streitbeilegung auch ihre Arbeiten zur Formulierung eines europäischen Sammelklagenkonzepts fortsetzen.

Dienstleistungen. Überarbeitung der Rechtsvorschriften zum europäischen Normungssystem mit dem Ziel, das System auf Dienstleistungen auszudehnen und die Normungsverfahren wirksamer, effizienter und integrativer zu gestalten.

Die Normung ist ein äußerst wichtiges Instrument zur Gewährleistung des freien Warenverkehrs. Sie garantiert die Interoperabilität von Produkten, ihre Sicherheit und ihre Qualität. Auch im Dienstleistungssektor findet zunehmend Normung statt, allerdings hauptsächlich auf nationaler Ebene. Dies kann die Integration des Binnenmarkts für Dienstleistungen erschweren. Um die Entstehung neuer Barrieren zu verhindern und den grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr zu erleichtern, insbesondere bei den Dienstleistungen für Unternehmen, wie etwa Logistik oder „Facility Management“, ist es wichtig, die Normung von Dienstleistungen auf europäischer Ebene voranzubringen.

Netze. Erlass von Rechtsvorschriften zu den Energie- und Verkehrsinfrastrukturen mit dem Ziel, strategische Projekte von europäischem Interesse zu bestimmen und zu entwickeln und Interoperabilität und Intermodalität sicherzustellen.

Digitaler Binnenmarkt. Erlass von Rechtsvorschriften zur EU-weiten gegenseitigen Anerkennung der elektronischen Identifizierung und Authentifizierung und Überarbeitung der Richtlinie über die elektronische Signatur. Ziel ist es, eine sichere und ungehinderte elektronische Interaktion

– 3 % des BIP der EU sollen für Forschung und Entwicklung aufgewendet werden.

– Die 20-20-20-Klimaschutz-/Energieziele sollen erreicht werden (Ziel ist, die Energieeffizienz um 20 % zu erhöhen, 20 % weniger Energie zu verbrauchen und einen Anteil von 20 % erneuerbaren Energien zu erzielen – rog/rül).

– Der Anteil der Schulabbrecher soll auf unter 10 % abgesenkt werden, mindestens 40 % der jüngeren Generation sollen einen Hochschulabschluss haben.

– Die Zahl der armutsgefährdeten Personen sollte um 20 Millionen sinken.

Sieben sogenannte Leitinitiativen zu folgenden Themen sind in der Zwischenzeit vorgelegt worden: Innovationsunion – Jugend in Bewegung – Digitale Agenda für Europa – Ressourcenschonendes Europa – Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung – Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten – Europäische Plattform zur Bekämpfung der Armut. Insgesamt wird an dem mit der Lissabon-Strategie vorgestellten Entwicklungspfad (Innovation – hochwertige Produkte – Wissensgesellschaft)

festgehalten, auch wenn die Signalbegriffe teils ausgewechselt wurden.

Könnte man der Strategie Europa 2020 noch unterstellen, mit den Begriffen integrativ und innovativ und den formulierten Zielen lediglich Lippenbekenntnisse abzugeben, die wirkliche Politik aber in eine andere Richtung laufe, so wird das bei den Leitinitiativen schwieriger. Zu jeder Leitinitiative ist mittlerweile ein Programm vorgelegt worden, in dem konkrete Maßnahmenkataloge für die nächsten Jahre ausformuliert sind. Maßnahmen werden jeweils für die europäische als auch für die nationale Ebene vorgeschlagen. Lässt man sich auf diese ein, ergibt sich viel Raum, für die Ausgestaltung von Arbeitsbedingungen, Bildung, Innovationspolitik, Industriepolitik usw.

EU-Kommission will Integration vertiefen

In der 2020-Strategie werden auch strukturelle Defizite beschrieben. Wesentlich wird dabei auf weiter bestehende Barrieren im Binnenmarkt hingewiesen. Daher wurde parallel dazu eine erneuerte Binnenmarktstrategie ausgearbeitet, in der verschiedenste

Gegenstände bearbeitet werden (siehe die im Kasten dokumentierten Auszüge). Ganz offensichtlich versucht die Europäische Kommission, auf die zunehmenden Krisenerscheinungen der EU und das Auseinanderdriften der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen den EU-Kernregionen und den Ländern des Mittelmeerraums eher mit einem Ausbau des Binnenmarktes als mit einer Exportoffensive auf den Weltmärkten zu antworten – eine Überlegung, die zumindest das Nachdenken lohnt.

Wie die Strategie 2020 steht diese Strategie der Kommission dabei unter den Überschriften Nachhaltiges/Intelligentes und Integratives Wachstum. Die zwölf beschriebenen Schwerpunkte behandeln unterschiedlichste Gegenstände, fokussieren aber auf Marktzugang, regulative Erleichterungen für die Unternehmen und Rechte der Marktteilnehmer. Bereits im Oktober 2010 hatte die Kommission ein vorbereitendes Dokument vorgelegt (KOM(2010)0608, Auf dem Weg zu einer Binnenmarktakte), in dem 50 Vorhaben aufgelistet sind. In der folgenden öffent-

zwischen Unternehmen, Bürgern und öffentlicher Verwaltung zu ermöglichen und auf diese Weise die Effizienz des öffentlichen Dienstes und des öffentlichen Auftragswesens, der Erbringung von Dienstleistungen und des elektronischen Geschäftsverkehrs, auch in deren grenzüberschreitenden Dimension, zu steigern.

Diskriminierungen aufgrund geographischer Kriterien müssen, insbesondere im elektronischen Handel, unterbunden werden. Die Kommission wird Leitlinien vorlegen, die darauf abstellen, ungerechtfertigte Diskriminierungen, die an die Staatsangehörigkeit oder den Wohnsitz anknüpfen, insbesondere im elektronischen Handel zu beseitigen.

Soziales Unternehmertum. Schaffung eines europäischen Rechtsrahmens zur Förderung von Solidarinvestmentfonds, der diesen Fonds die Möglichkeiten des Binnenmarkts (Zugang zu Anlagemöglichkeiten und Anlegern in allen Mitgliedstaaten) erschließt und dadurch die Wirkung nationaler Projekte verstärkt.

Der Binnenmarkt gründet auf einer „in hohem Maße wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft“ und spiegelt die Entwicklung hin zu einem integrativen, sozial gerechteren und ökologisch nachhaltigen Wachstum wider. Wo solche gesellschaftlich-sozialen Erwägungen das reine Profitdenken hinter sich lassen, entstehen neue Wirtschaftsmodelle. Dieser Trend muss sich auch im Binnenmarkt niederschlagen können. Hier geht es darum, gleiche Wettbewerbsbedingungen zu garantieren, Projekte zu unterstützen, die für mehr

Gerechtigkeit in der Wirtschaft sorgen, und sich am Kampf gegen Ausgrenzung beteiligen.

Die Kommission wird im Rahmen der Europäischen Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung die Entwicklung der Sozialwirtschaft als Instrument aktiver Integration unterstützen und zu diesem Zweck 2011 eine „Initiative für soziales Unternehmertum“ vorschlagen und den Zugang zu den in diesem Bereich einsetzbaren Finanzierungsprogrammen der Europäischen Union erleichtern.

Ebenfalls im Jahr 2011 wird sie eine Mitteilung über die soziale Verantwortung der Unternehmen vorlegen, die konzeptionell über das soziale Unternehmertum hinausgeht. Die Mitteilung soll alle Unternehmen dazu ermutigen, in ihrem Tagesgeschäft auch soziale oder ökologische Ziele zu verfolgen.

Steuern. Überarbeitung der Energiebesteuerungsrichtlinie mit dem Ziel, eine kohärentere Behandlung der verschiedenen Energieträger zu gewährleisten, die dem Energiegehalt der Produkte sowie ihren CO₂-Emissionen in stärkerem Maße Rechnung trägt.

Sozialer Zusammenhalt. Erlass einer Rechtsvorschrift zur Verbesserung und Verstärkung der Umsetzung, Anwendung und praktischen Einhaltung der „Entsenderichtlinie“, die Maßnahmen zur Prävention und Sanktionierung von Missbrauch und Umgehung geltender Vorschriften enthält, sowie einer Rechtsvorschrift, mit der die Wahrnehmung der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit im Verhältnis zu den sozi-

alen Rechten geklärt werden soll.

Um den Informationsaustausch zwischen den Unternehmen und den Behörden der Mitgliedstaaten zu erleichtern, die Kontrollen zu verstärken und gegen Missbrauch insbesondere bei den Arbeitnehmerrechten vorzugehen, sollte die Anwendung des rechtlichen Rahmens für die Entsendung von Arbeitnehmern verbessert werden.

Regulierungsumfeld der Unternehmen. Vereinfachung der Rechnungslegungsrichtlinien in Bezug auf die Finanzberichterstattungspflichten und Verringerung des Verwaltungsaufwands, insbesondere für KMU.

Einsparungen würden im Wesentlichen durch eine Reduzierung der Finanzberichterstattungspflichten für Kleinst- und Kleinunternehmen ermöglicht. Neben dieser Vereinfachung würde die Überarbeitung der Richtlinien ebenfalls darauf abzielen, die Klarheit und EU-weite Vergleichbarkeit der Abschlüsse kleiner bis großer Unternehmen zu verbessern.

Öffentliches Auftragswesen. Überarbeitung und Modernisierung des rechtlichen Rahmens für das öffentliche Auftragswesen mit dem Ziel, eine ausgewogene Politik zu erreichen, die die Nachfrage nach umweltfreundlichen, sozial verantwortungsvollen und innovativen Waren, Dienstleistungen und Bauleistungen stützt. Diese Überarbeitung muss den Vergabebehörden einfachere, flexiblere Verfahren bringen und den Zugang für Unternehmen, insbesondere für KMU, erleichtern.

<

lichen Konsultation sind 800 Antworten eingegangen. Hier wäre eigentlich die Gelegenheit gewesen, Elemente eines Entwicklungskonzeptes aus linker und gewerkschaftlicher Sicht einzuspeisen. Das ist leider kaum geschehen. Allerdings wird sich die Gelegenheit auch künftig ergeben. Die Kommission führt in der Binnenmarktakte aus, die stärkere Einbeziehung der Zivilgesellschaft sei eine vielfach vorgetragene Forderung gewesen. Künftig soll regelmäßig eine 20-Punkte-Liste vorgestellt werden, die Haupterwartungen der Bürger auflistet. Diese Punkte sollen in einem öffentlichen Forum bearbeitet werden.

Die Debatte der Linken und der Gewerkschaften hat die EU zu lange als Randthema behandelt. Die verbreitete Etikettierung der EU als „neoliberales Projekt“ erschwert eher die konkrete Auseinandersetzung mit dem, was wirklich geschieht und mit den Potentialen. Ein einfaches „Nein“, wie zum Beispiel in der Debatte um den demo-

graphischen Wandel und das Renteneintrittsalter vorgetragen, reicht nicht aus, um die tatsächlichen Fragen und Probleme zu beantworten. Am 20. Mai war in der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* zu lesen, das tatsächliche Renteneinstiegsalter für Männer liegt in der Bundesrepublik und in Spanien bei 61,8 Jahren, in Griechenland bei 61,9 und in Portugal bei 67 Jahren, das der Frauen in Deutschland bei 60,5, in Spanien bei 63,4, in Griechenland bei 59,6 und in Portugal bei 63,6 Jahren. Diese Tatsachen hätte man eigentlich schon viel früher hören sollen und von anderer Seite, zur Versachlichung des Themas und zur Begründung von Abwehrkämpfen. Gleiches gilt für die Gestaltung. Bisher liegen z.B. keine ausgearbeiteten Vorstellungen und Anforderungen für die geplanten Maßnahmen, die in der Binnenmarktakte unter der Überschrift „Soziales Unternehmertum“ (siehe Kasten) aufgeführt sind, vor. Das ist eigentlich schade.

Rolf Gehring, Rüdiger Lötzer

Wirtschafts-
presse

Auslandsengagement der deutschen Unternehmen steigt auf Rekordniveau. DIHT-Newsletter Nr. 17, Do., 5.5.2011.

„Die Internationalisierung der deutschen Industrie schreitet 2011 mit großen Schritten voran. Eine aktuelle DIHK-Umfrage zeigt: Zielregion Nummer eins für deutsche Direktinvestitionen ist mit 43 % erstmals China. Die dynamische wirtschaftliche Entwicklung in Asien und auch in Lateinamerika wollen die Unternehmen mit Vor-Ort-Präsenz noch stärker nutzen. Das starke Engagement auf den internationalen Wachstumsmärkten hatte Deutschland bereits geholfen, mit kräftigen Schritten aus der Krise zu kommen ... Ein gutes Drittel der Unternehmen investiert in die Markterschließung durch Auslandsproduktion. So kann die dynamische Nachfrage noch schneller und zielgenauer bedient werden, etwa für spezielle Kundenwünsche oder bei regionalen Normen und Zulassungsvoraussetzungen. Kostengründe spielen hingegen für den Weg ins Ausland eine immer kleinere Rolle – und damit auch die Verlagerung von Arbeitsplätzen. Nur noch 22 % nennen dieses Motiv – so wenig wie nie in der DIHK-Umfrage. Vor acht Jahren waren es noch fast doppelt so viele (42 %). Die Produktion im Ausland treibt den Erfolg deutscher Unternehmen insgesamt voran. Davon profitiert auch der Standort Deutschland. Industrieunternehmen, die sich im Ausland in der Heimat engagieren, wollen auch hierzulande deutlich mehr investieren und einstellen als andere. Sie schaffen in Deutschland in diesem Jahr rund 60 000 neue Arbeitsplätze – gut zwei

Drittel aller neuen Industriearbeitsplätze. ...“

Europäischer Unternehmerverband befürwortet Hilfen für Griechenland. HB, Do. 19.5.2011.

Die europäische Wirtschaft fürchtet, dass von der Griechenland-Schuldenkrise noch weitergehende wirtschaftliche Gefahren ausgehen könnten. Der Europäische Unternehmerverband BusinessEurope befürwortet daher zusätzliche Hilfen für das Land, etwa mehr Zeit für die Rückzahlung der Schulden zu geben, wie Verbandschef J. Thumann mitteilte. Laut Thumann könnte man auch über die Zinsen für europäische Hilfskredite an Griechenland sprechen. Gerade Deutschland, dem es wirtschaftlich relativ gut gehe, sollte dazu seinen Beitrag liefern. Der Siemens-Konzern sorgt sich, dass die Schuldenprobleme in einigen Euro-Ländern letztlich sogar Finanzierungsprobleme für Unternehmen nach sich ziehen könnten.

BDI fordert Revisionsklausel in Sachen Ausstieg aus der Kernenergie. HB, Fr./Sa. 27./28.5.2011.

Der Bundesverband Deutscher Industrie argumentiert zusammen mit dem Wirtschaftsrat der CDU, es sei keineswegs klar, ob es gelinge, den Umbau des Energiesystems weg von der Atomkraft binnen weniger Jahre zu stemmen. Daher müsse es Jahr für Jahr eine Revision der Ziele geben. Der Verband der kommunalen Unternehmen dagegen sagt, eine Revisionsklausel führe zu „massiver Investitionsunsicherheit“. Es müsse ein definitives Ausstiegsdatum geben.

Zusammenstellung: rst

I.

Entstanden ist die Die Linke als Reaktion auf die Agenda 2010. Die Agenda 2010 war die politische Bedingung für den letzten Akt (!) der Zerstörung der alten Ordnung der Produktion, Fordismus genannt. Diese Zerstörung war vom Kapital wegen der sich seit langem verschlechternden Verwertungsbedingungen (negative Skaleneffekte sinkender Ressourceneffizienz fressen positive Skaleneffekte der Massenproduktion, steigender Arbeitsproduktivität seit den 70er Jahren auf) erzwungen worden (statt Innovation und Produktivkräfte-Revolution Verschärfung der Ausbeutung).

Die Agenda 2010 setzte politisch an der alten Ordnung der Arbeit an und zerstörte diese final durch Etablierung eines breiten Niedriglohnsektors. Das Kapital setzte neoliberal auch an der Ordnung der Arbeit an und verhinderte, gemeinsam mit Gewerkschaften, ein Lohnwachstum in den Wachstumsbranchen. Das volkswirtschaftliche Grundprinzip der alten Ordnung der Produktion, aus dem Fordismus stammend: Beteiligung aller am wissenschaftlich-technischen Fortschritt, an Produktivitätsgewinnen, galt nun nicht mehr. Die Friseurin, in einer Branche ohne Produktivitätsentwicklung tätig, wurde ebenso wie der Autoverkäufer selbst, in einer Wachstumsbranche tätig, nun nicht mehr an den Fortschritten bei Volkswagen beteiligt.¹

Gesellschaften wie die deutsche sind auf breite Zustimmung der Bevölkerung angewiesen. Diese Zustimmung basiert auf einem Set von Einstellungen, Grundüberzeugungen: erstens Gleichheit aller, zweitens ein fairer Anteil am Reichtum und drittens Integration in die Gesellschaft. Das Maß ist jeweils kulturell und historisch bestimmt, dessen Ausdruck ist das Empfinden sogenannter sozialer Gerechtigkeit. Die Agenda 2010 und die Zerstörung der Ordnung der Produktion, speziell der Ordnung der Arbeit, wurde in den Folgen zunächst massenhaft als sozial ungerecht antizipiert und dann, weniger massenhaft, eher milieu- und schichtenspezifisch, erlebt.

Die Linke skandalisierte diese Zerstörungen und deren Folgen als einzige Partei. Das war ihr Zweck und ihr Erfolgsgeheimnis von 2007 bis 2009. Der Inhalt ihrer Politik war im Kern die Wiederherstellung von sozialer Gerechtigkeit, von Gleichheit, Anteil am Reichtum und Integration. Man kann diese Politik gut restaurativ nennen, weil sie die Reaktion auf eine Negation war und sie war so doch vollkommen richtig. Das Neue, Revolutionäre, Inno-

Idee 2011 oder der Neustart der Linken

vative der linken Politik war diese Partei selbst, sie hat das Parteiensystem verändert. Der Slogan: „Für eine neue soziale Idee!“ war und ist in diesem Sinne widersprüchlich.

Die Schlacht ist seit 2009 verloren. Die alten Ordnungen der Produktion und der Arbeit sind unwiederbringlich zerstört. Unsere Truppen sind allerdings noch da, und sie sind stark. Die Linke ist heute nicht schwach. In Erinnerung der Dialektik könnte man sagen: Die Negation ist vollzogen, die von uns intendierte Negation der Negation steht noch aus. Heute, mitten im Krisengeschehen, sehen wir klarer, wo und mit wem die nächste Schlacht, die neue politische Auseinandersetzung, stattfinden wird: Die Krisenprozesse zwingen das Kapital zur Revolutionierung der Produktivkräfte, die weltweite Energie- und Ressourceneffizienzrevolution ist im Gange. In der Nahrungsmittelproduktion, im Energiebereich, in der Logistik, dem Verkehr, im Konsumgüterbereich, bei der Produktion von Produktionsmitteln. **Wir als Linke sehen heute klarer als noch vor wenigen Jahren, dass es uns um eine solche Organisation, Ordnung der Produktion selbst, der materiellen und geistigen Produktion gehen muss, die Gleichheit, Anteil am Reichtum und Integration auf neuer technologischer Basis wiederherstellt. Es geht, kurz gesagt, um die Sozialisation, Vergesellschaftung des heutigen technischen Fortschritts, der Produktion selbst.**²

Die erste Schlacht war eine gegen die SPD und ihre Nachfolger in Sachen Agenda 2010. Da jede neue Ordnung der Produktion, der Arbeit und damit der Gesellschaft wiederum auf breite Zustimmung angewiesen sein wird, ist ein politischer Wettbewerb der Parteien im Gange um Ausmaß und Umfang genannter Sozialisation. Die Position der Linken, Teilhabe im umfassenden Sinne, wäre dahingehend näher zu bestimmen.

II.

Sozialökologische Wende, soziale Energiewende – aktuell ist das in Deutschland „durch“, breiter Konsens. Vor diesem Hintergrund tobt ein knallharter Kampf der verschiedenen wirtschaftlichen Akteure um Anteile, Wege, Bedingungen, Kapital (Investitionen). Grob gezeichnet gibt es die vier Großen (Energiekonzerne), die großtechnologische Lösungen regenerativer Energieerzeugung favorisie-

ren, Offshoreparks, die Sonne in der Sahara usw.. Sie versuchen alles an vorhandener, dezentraler Energieerzeugung zu schlucken und haben dies zu guten Teilen erreicht. Sie wollen Atomenergie und fossile Energien als sogen. Brückentechnologien langfristig nutzen. Entsprechend sehen die dafür angepeilten Netzlösungen aus. Auf der anderen Seite gibt es die klein- und mittelständischen Industrien von den Handwerkern bis Enercon, die Kommunen mit ihren Stadtwerken und die Genossenschaften, die Bürger.

Die politische Substanz dieser gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, Entwicklungen, scheint wenig



bestimmt. Mit einer Ausnahme: Die Großen tun das, was große Konzerne immer tun, sie machen, dass ihre Interessen als nationale Interessen erscheinen und so breite Akzeptanz in der Bevölkerung finden. John Kenneth Galbraith hat das klassisch in seinem Buch „Wirtschaft für Staat und Gesellschaft“ (1973) beschrieben. Das ist aktuell der Kern der Debatte um die Energiewende: Die Sozialisierung der enormen Kosten derselben. Die Energieversorgung wird erstens als Wert an sich im nationalen Interesse (oft verbunden mit dem Verweis auf die Autoproduktion, die zu sichern sei) dargestellt (womit der Staat in die Pflicht genommen wird, also Steuergelder fließen und Steuern gespart werden sollen und entsprechende Gesetze die Verwertungsbedingungen garantieren. Zweitens wird mit der (scheinbaren) Selbstverständlichkeit massenmedial

hantiert, dass der „neue“, der „gute“ Strom freilich was (extra) kostet (das klappt nicht immer gut, siehe E 10). Damit werden die Bürger doppelt, als Steuerzahler und als Konsumenten, zur Kasse gebeten. Es gibt ihn schon lange, den *energetisch-industriellen Komplex*, er wird nun grün.

Entsprechend haben die Kleinen, etwa Energiegenossenschaften, mit Investitionsproblemen zu kämpfen, die Staat (Länder und Kommunen) und Bankengemeinsamerstschaffen, wenn sie etwa revolvierende Fonds nur zurückhaltend behandeln. Und, das darf dabei nicht übersehen werden, wird damit der übrige, nicht unmittelbar vom Energiekartell beherrschte Bereich der Öko- und Energiewirtschaft in einer Ordnung der Produktion und Arbeit zu bleiben gezwungen, die alles andere als progressiv und sozial ist. Selbstaussbeutung, untertarifliche Bezahlung prägen die Arbeitsverhältnisse bei den Kleinen der Branchen. Kurz: der *soziale Inhalt* dieser Auseinandersetzungen ist ein umfassender, das geht weit über die Frage des bezahlbaren Stroms für Unterprivilegierte hinaus.

III.

Wir als Linke müssten also **erstens den Energetisch-Industriellen Komplex entschieden bekämpfen**. Wir müssten **zweitens die anderen Wirtschaftsformen klar stärken**. Und wir müssten **drittens die Arbeitnehmer in allen (!) Bereichen, was ihre Arbeitsverhältnisse betrifft, stärken**. Endlich sind wir **viertens dazu verpflichtet, uns um die alten (Globalisierungs- und Krisenverlierer) und neuen (Energiewendeverlierer) zu kümmern**. Wenn wir dies vor dem Hintergrund der oben genannten Grundüberzeugungen (Gleichheit, Anteil/Teilhabe und Integration) verstehen, dann wird es keine verengte Form des Engagements geben, dann geht es in diesem Kontext der Energiewende wie gehabt auch um Bildung, um Soziale Sicherungssysteme, Wohnen usw. usf.

IV.

Eines wäre noch anzufügen. Die Sache findet in einer globalisierten Welt und in einem globalisierten Deutschland statt. Das bedeutet einen rücksichtslosen Standortwettbewerb. Die Rückkehr des Nationalstaates ins politische Denken der Kanzlerin Merkel erklärt sich vor dem Hintergrund, dass Deutschland und einige wenige erfolgreiche Staaten (USA, China,...) ihre

1 Hinzu kamen ein globaler Standortwettbewerb und eine Verselbstständigung der Verwertung des Finanzkapitals.

2 Und zwar in globalem Sinne. Dass Deutschland seine Probleme mit seinen Waren quasi exportiert und die sozialen Verwerfungen in den Nachbarstaaten (wir leben in einer Welt!) mit allen Mitteln zu kontrollieren, d.h. dort zu belassen sucht, ist ebenfalls aufzuheben.

Strategien international durchsetzen wollen. Diese Strategien differieren, haben aber das miteinander gemein, dass sie *Strategien der Externalisierung ihrer Probleme* und der Kontrolle der (globalen) Nachbarn sind. Sie tun das erstens durch aggressive Wirtschafts-, Handels- und Finanzpolitik sowie zweitens durch militärisches Engagement. Und drittens darf eine subtile Form der Externalisierung nicht vergessen werden, die Exklusion der Überflüssigen innerhalb der eigenen Grenzen. Das zeigt sich besonders deutlich in der aktuellen Krise (Kürzel für sehr komplexe Umbrüche).

Was daraus folgt ist, dass diese Gesellschaften, Mehrheitsgesellschaften, als Beutegemeinschaften erscheinen und auftreten. Man hat am Wohlstandsgefälle ein kollektives Interesse, entwickelt entsprechende Ängste in Krisenzeiten. Das ist gewissermaßen Stufe zwei der sozialen Konstruktion eines nationalen Interesses. Und nicht nur die Regierungen generieren Gefolgschaft, sondern Regierung und maßgebliche Teile der parlamentarischen Opposition sorgen für Akzeptanz dieser Strategie.

Dagegen kann und muss eine Linke eine neue Strategie setzen. Eine *Strategie solidarischer globaler Nachbarschaft*. Einer Nachbarschaft, die sozialer, ökologischer, demokratischer, wirtschaftlicher und friedlicher Natur wäre.

V.

Soweit, so gut. Nun ist die Partei so, wie sie ist. Und der Parteienwettbewerb ist es auch. Aber wie ist er denn für uns?

Kurz gefasst, scheint für 2013 der Linken keine Machtperspektive zu erblühen. Daher gibt es nur schwache Anreize zu politischer Erneuerung, zur Entwicklung und Präsentation neuer, innovativer Lösungen für grundlegende gesellschaftliche Probleme. Andererseits droht ein Bedeutungsverlust. Und ausgerechnet heute soll sich die Partei ein neues Programm geben. Dabei hat der innerparteiliche Suchprozess nach neuen Lösungen, dem damit verbundenen eigenen Platz vor dem Hintergrund einer sich wandelnden Gesellschaft in einer sich rasant verändernden Welt doch gerade erst, schwach, ganz schwach noch, begonnen. Das aber wären die Aufgaben der Zeit: erstens Teilhabe an all den oben beschriebenen realen Auseinandersetzungen, vor Ort und in Parlamenten, in beiden Arenen. Zweitens ein breiter, solidarischer, freundlicher, öffentlicher Wettbewerb in der Partei um Konzepte, Lösungen, Durchsetzungsstrategien usw. Und drittens eine Führung, die nur eines im Sinn hat und dies auch kann: Beide Prozesse machtpolitisch ganz unambitioniert organisieren.

Dr. Harald Pätzolt, 3.5.2011

Eine Veranstaltung der RLS in Stuttgart mit Heiner Ullrich

Rudolf Steiner und die Waldorfpädagogik

Rund 30 Leute waren zur Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung gekommen, um am 20. Mai, einem Freitagabend, von Professor Heiner Ullrich einen Vortrag über Rudolf Steiner und die Waldorfpädagogik zu hören.

Warum dieses Thema? Aktueller Anlass war sicherlich die Ausstellung im Städtischen Kunstmuseum zum 150. Geburtstag Steiners. Alexander Schlager von der Rosa-Luxemburg-Stiftung verwies in seiner kurzen Einleitung auf den ambivalenten Charakter der anthroposophischen Theorie: einerseits erscheine vieles obskur, andererseits seien viele Anhänger in Bewegungen und Kämpfen zu finden, gerade bei der Auseinandersetzung um Stuttgart 21 spielten sie eine wichtige Rolle. Von daher sei es interessant, sich mit dieser Auffassung auseinanderzusetzen.

Dass die Rosa-Luxemburg-Stiftung sich mit Globaltheorien beschäftigt, die politische Bewegungen und Parteien beeinflussen und prägen, ist verdienstvoll und gewinnbringend. Meiner Meinung nach kann man die Grünen ohne Kenntnis der Anthroposophie nicht begreifen, es ist eine Wurzel grüner Programmatik.

Der Referent des Abends, Heiner Ullrich, Erziehungswissenschaftler an der Universität Mainz, hat seinen Forschungsschwerpunkt beim Thema Reformpädagogik und beschäftigt sich seit seiner Promotion 1985 mit der Waldorfpädagogik (Titel der Doktorarbeit: „Waldorfpädagogik und okkulte Weltanschauung. Studien zur Pädagogik der Waldorfschule und zur Anthropologie Rudolf Steiners“). Aus dem Titel wird ersichtlich, Heiner Ullrich ist nicht wie viele andere, die über Rudolf Steiner schreiben, ein Anhänger, der den Meister ins beste Licht zu rücken versucht. Er polemisiert aber auch nicht wie Autoren mit konkurrierenden religiösen Ansichten. Ullrich bemüht sich, Steiner und seine Lehre zunächst einmal zu verstehen, was angesichts von rund 400 Bänden schriftlicher Veröffentlichungen nicht immer einfach ist. Immerhin ist er auch von Anhänger der Anthroposophie soweit anerkannt, dass er praktische Forschungsprojekte an Waldorfschulen durchführen kann und zu Diskussionen eingeladen wird.

Der Vortrag referierte in gedrängter Form die neueste Veröffentlichung von Heiner Ullrich, eine Biografie mit dem Titel „Rudolf Steiner, Leben und Lehre“ (erschieden bei C.H. Beck, 2011, 266

S. 19,95 Euro). Ich habe daher im folgenden auch an der einen oder anderen Stelle aus diesem Buch zitiert.

„Das Rätsel Steiner“

Rudolf Steiner war ein Mensch mit wechselnden Gesichtern. Steiner selbst hat in einer nicht zu Ende gebrachten Autobiografie sein Leben als logischen Weg eines „äußeren Lebens“ mit dem Aufstieg aus Armut zum Erfolg und eines „inneren Lebens“ als fortschreitenden Prozess der Selbsterkenntnis und Einblick in kosmische Wesenheiten beschrieben. Der Lebensweg erscheint aber von außen betrachtet eher, so Ullrich, als immer wieder von krisenhaften Wendungen unterbrochen.

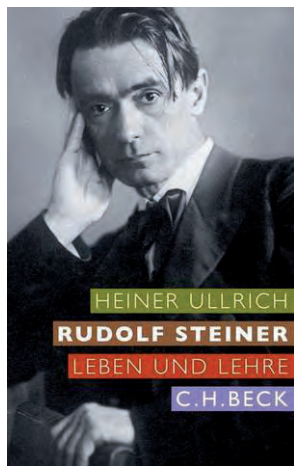
Als Kind eines bildungsehrgeizigen Eisenbahners 1861 am Rande der österreichischen Monarchie in Kraljevec (Kroatien, damals Ungarn) geboren, schaffte Rudolf Steiner in Wien, dem Zentrum des Habsburgerreiches, die Matura, das heißt die Hochschulzulassung – allerdings nur an einer Oberrealschule, d.h. ohne Latein und Griechisch, und war damit beschränkt auf ein Studium von technischen Fächern. Das angestrebte Studium der Philosophie blieb Steiner verwehrt, er musste Mathematik, Naturgeschichte und Chemie in Richtung Realschullehrer studieren. Er gab das Studium aber ohne Abschluss auf und schlug sich als Hauslehrer durch. Ideologisch stand er damals eher spätromantischen, katholisch und deutschnationalen Strömungen nahe (er war Redakteur einer solchen Zeitschrift und fleißiger Besucher der Kaffeehäuser).

Ein erster Schwenk erfolgte durch seine Beschäftigung mit dem Evolutionsismus des Zoologen Ernst Haeckel, der die Abstammungslehre Darwins zu einer „evolutionären Weltanschauung, die sich mit der monistischen Vorstellung von einer allem Lebendigen zugrunde liegenden sowohl materiellen als auch ideellen Substanz eng an die idealistische Naturauffassung Goethes anlehnte“ (S. 21). Somit löste eine mehr pantheistische die katholische Religiosität ab. Durchaus im praktischen Zusammenhang: Über Vorlesungen, die Steiner besuchte, entwickelte er Beziehungen zum Literaturwissenschaftler Karl Julius Schröer und wurde von diesem schließlich als Bearbeiter der naturwissenschaftlichen Schriften Goethes beauftragt. Steiner versuchte auf diesem Weg doch noch eine wissenschaftliche Karriere einzu-

Für Steiner war die Beschäftigung mit Goethes Schriften weniger eine philologisch textkritische Aufgabe. Er begriff sich vielmehr als geistesverwandter Interpret der Goethe'schen Weltanschauung. Und Steiner verfolgte weiterhin seine akademische Karriere. Er reichte eine Dissertation an der Philosophischen Fakultät der Uni Rostock ein, die sich schließlich bereit erklärte, ihn als Externen anzunehmen.

Er erhielt eine Ausnahme-genehmigung trotz fehlendem Latinum. Er wurde schließlich 1894 zugelassen, erhielt allerdings nur die schwächste Note „rite“ (bestanden). Damit waren die Träume in Richtung Professur beendet – sein Plan war, sich in Jena habilitieren, dazu hätte er aber die Note „summa cum laude“ benötigt. Steiner beendete dann 1896 seine Tätigkeit am Goethe-und-Schiller-Archiv in Weimar und wechselte nach Berlin.

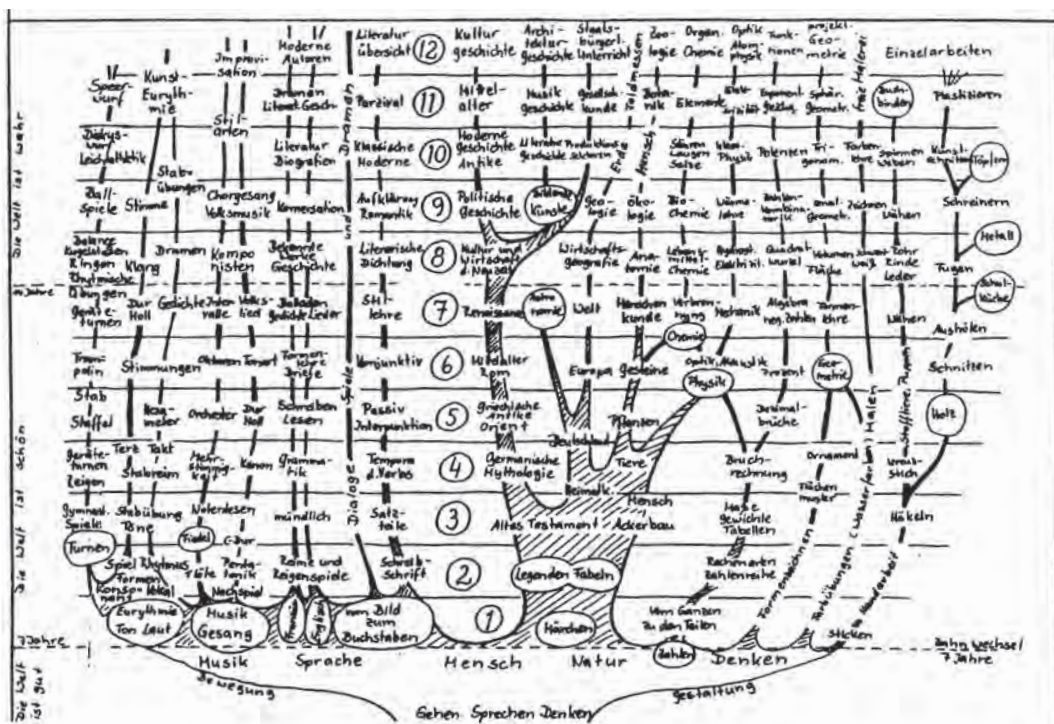
Berlin war damals geprägt von dem aufsteigenden Besitzbürgertum und dem verarmten Proletariat, kulturell gab es eine vielfältige Szene der Avantgardekultur. In diese Welt tauchte Rudolf Steiner jetzt ein (inklusive nächtelanger Aufenthalte an den Biertischen der Künstlerkneipen), zunächst als Redakteur eines „Magazins für Literatur“, eine Tätigkeit, die ihn aber mehr schlecht als recht ernährte. Ideologisch war er mehr Freigeist; die traditionellen christlichen Kirchen lehnte er ebenso ab wie die damals in Mode kommende Theosophie (fünf Jahre später



Heiner
Ullrich

Rudolf
Steiner
Leben und
Lehre,

**C.H. Beck,
2011,
266 Seiten,
19.95 Euro**



Der genetisch-organische Lehrplan der Waldorfschule mit den Gliederungen nach jeweils sieben Lebensjahren, 0-7 „Die Welt ist gut“, 7 bis 14 „Die Welt ist schön“, ab 14 „Die Welt ist wahr“. (Ullrich, Seite 213)

war er deren Generalsekretär). Steiner begeistert sich zunehmend für Friedrich Nietzsche und den „individualistischen Anarchismus“. Das führte dazu, dass der konservativ-bürgerliche Teil der Leserschaft das „Magazin“ abbestellte und Steiner in erste finanzielle Schwierigkeiten geriet, zumal er inzwischen geheiratet hatte.

Steiner probierte es dann bei dem Sozialisten: An der Berliner Arbeiterbildungsschule erteilte er Unterricht (1899–1904). Aber nachdem er das „Magazin“ verkaufen musste, stand er wieder vor dem Nichts. Da erhielt er 1900 von der Gräfin von Brockdorff, einer Mitbegründung der Deutschen Theosophischen Gesellschaft, die Einladung, einen Vortrag über Nietzsche zu halten, ein zweiter über „Goethes geheime Offenbarung“ schloss sich an. Von nun an hatte Steiner ein Publikum gefunden: wohlhabende adelige Esoteriker und antibürgerliche radikale Lebensreformer, wie sie in der Theosophischen Gesellschaft zusammengefunden hatten, waren von ihm begeistert. Allein 1901 hielt Steiner mehr als 130 Vorträge. Schließlich trat er der Gesellschaft bei und übernahm die Leitung der Deutschen Sektion.

Finanziell war Steiner jetzt gerettet; in den kommenden Jahren bis 1912 wird er eingeweiht in die „Geheimlehre“ der Theosophie und absolviert ein imposantes Vortragsprogramm, in dem er die theosophische Lehre entfaltet und entwickelt; die Gesellschaft wuchs von 130 auf drei- bis viertausend Mitglieder an. Steiner trat in Konkurrenz zur Präsidentin der Weltgesellschaft, Annie Besant, gegen die er aber bei der Wahl verlor. Steiner suchte in ei-

ner speziellen Christus-Interpretation („Mysterium von Golgatha“) einen Bruchpunkt zur Theosophie und gründete schließlich 1912 die anthroposophische Gesellschaft, in der ihm die Mehrheit der Deutschen Sektion der Theosophie folgte.

Nicht nur als Religionsstifter betätigte sich Steiner in dieser Zeit. Als Theaterautor schrieb er Mysterienspiele, für die er selber die Regie führte im Sinne eines „Gesamtkunstwerkes“. Dabei entwickelte er auch die besondere Art von Tanz, die Eurythmie, mit der mikrokosmisch die Geheimnisse künstlerisch dargestellt werden, die dem Makrokosmos innewohnen: „Im (Nach-)Erleben der tänzerischen Bewegung sollen die Akteure aus dem Sinnlichen ins Übersinnliche aufsteigen.“ (S. 64)

Steiner wurde Architekt. 1912 begann er die Planung für einen „Johannesbau“, einen Tempel, der in München zum Mittelpunkt einer von Theosophen bewohnten Siedlung werden sollte. Die Stadt erteilte aber keine Baugenehmigung; daher entstand der Bau dann im schweizerischen Dornach, in der Nähe von Basel; bedingt durch den Ersten Weltkrieg wurde dieses „Goetheanum“ dann allerdings erst 1919 fertig. Auch hier wird wieder ein Grundgedanke Steiners realisiert. Im Baukunstwerk soll der Makrokosmos erscheinen. Die menschliche Gestalt, „Kopf, Herz und Hand“, sind Vorbild.

Nach dem Ersten Weltkrieg bis zu seinem frühen Tod 1925 betätigte sich Steiner auf verschiedensten Gebieten als Lebensreformer. In der Arbeiterbewegung versuchte er in der Zeit der Rätebewegung mit seinem Konzept der

„sozialen Dreigliederung“ Fuß zu fassen. Wieder ist es das „Kopf-Herz-und-Hand“-Modell. Das kulturelle Leben müsse nach dem Grundsatz der individuellen Freiheit, das Wirtschaftsleben nach dem der Brüderlichkeit und das politisch-rechtliche nach dem der Gleichheit sich richten. Steiner fand durchaus Anhänger, insbesondere in der Unternehmerschaft Stuttgarts. Aber nach der Gründung der Weimarer Republik erlosch das Interesse an Steiners Ideen; übrig blieben genossenschaftliche Führungsprinzipien in den anthroposophisch geführten Betrieben und die Waldorfpädagogik. Im Zusammenhang mit der Dreigliederungsbewegung gründete der Waldorf-Astoria-Zigarrenfabrikant, Emil Molt, die erste Freie Waldorf-Schule, zunächst für die Kinder seiner Arbeiterinnen und Angestellten.

1920 folgte die „Grundlage zur einer Erweiterung der Heilkunst nach geisteswissenschaftlichen Erkenntnissen“. Begründet auf der Homöopathie und „ganzheitlichem Krankheitsverständnis“ sowie diversen „alternativen Heilverfahren“ startete Steiner gemeinsam mit der Physiotherapeutin Ita Wegmann die anthroposophische Medizin (im Raum Stuttgart heute mit der von der Mahle-Stiftung finanzierten Filder-Klinik in Bonlanden vertreten). Weitere Felder, in denen Steiner in seinen letzten Lebensjahren tätig war: der biologisch-dynamische Landbau („Demeter“), eine spirituell orientierte Heilpädagogik, die inzwischen einen beträchtlichen Anteil an der Betreuung von entwicklungsbehinderten Kindern hat.

Und schließlich gründete er noch eine „Christengemeinschaft“: evangelische Theologen aus der Jugendbewegung hatten sich an Steiner gewandt, der ihnen im Geiste eines „Fünften Evangeliums“ eine Lehre, einen Ritus sowie mit dem Theologen Rittelmayer einen „Erzoberlenker“ lieferte.

Die Lehre Steiners

Nach diesem ausführlichen Überblick über die Lebensgeschichte Steiners stellte Ullrich die Frage, warum soll man sich überhaupt noch damit beschäftigen. Die Lehre Steiners kann nicht der Grund sein. Steiner fällt erkenntnistheoretisch hinter Kant zurück. Vieles in Steiners Lehre ist einfache Zahlenmystik, immer wieder findet sich die Sieben, z.B. seien die Entwicklungsstufen des Menschen in Sieben-Jahresrhythmen gegliedert. Oder auch die Vier: vier Temperamente bestimmen den Charakter des Menschen, eine Vorstellung aus der Antike, die von der modernen Psychologie nicht bestätigt wird.

Ullrich, sonst sehr um sachlich-ruhige Darstellung bemüht, griff den bei Steiner vorhandenen Rassismus

an. Ähnlich wie viele Zeitgenossen des ausgehenden 19. Jahrhunderts bediente er die kolonialen und rassistischen Vorurteile. In einem Vortrag vor den Bauarbeitern am Goetheanum äußerte Steiner sich so: „Der Neger hat ein starkes Triebleben. Und weil er eigentlich das Sonnige, Licht und Wärme, da an der Körperoberfläche in seiner Haut hat, geht sein ganzer Stoffwechsel so vor sich, wie wenn in seinem Innern von der Sonne selber gekocht würde. Daher kommt sein Triebleben.“ (zitiert bei Ullrich, S. 197.)

Den Anthroposophen ist das heute peinlich. Ullrich berichtete, dass eine Kommission der anthroposophischen Gesellschaft in den Niederlanden die Schriften und Vorträge Steiners auf rassistische Stellen durchsucht und 16 Stellen als völlig unvereinbar mit dem heutigen Menschenrechtsverständnis klassifiziert hat. Dennoch berühre das in keiner Weise den Kern der Anthroposophie. Dem widerspricht Ullrich. Man kann die Vorstellung von Rassen nicht aus dem Ideengebäude Steiners entfernen, sie ist immanent. Der Begriff der Rasse ist in Steiners Theorie der Weltentwicklung fest eingebaut: In dem Entwicklungsmodell des Kosmos mit den sieben planetarischen Zeitaltern folgen aufeinander Wurzelrassen mit je sieben Unterrassen. Im heutigen fünften nachatlantischen Zeitalter wird die kulturelle Entwicklung von der arischen Wurzelrasse vorangetrieben, die Afrikaner und die Indianer sind auf früheren Stufen zurückgeblieben. Auch den Völkern werden ähnliche Missionen zugeschrieben, die Deutschen hätten z.B. die Aufgabe mit spiritueller Innerlichkeit und heroisch-faustischem Idealismus die Ich-Entdeckung zu erfüllen. Ebenso rassistisch ist die Einstellung zum Judentum, Steiner hielt es für überholt und befürwortete seine Assimilation.

Steiner war kein völkisch-rassistischer Antisemit. Er unterrichtete jüdische Kinder, viele Mitglieder der anthroposophischen Gesellschaft waren bis zum Verbot durch die Nationalsozialisten Juden; auch in Israel gibt es heute Waldorfschulen. Aber seine Position zu Rassen ist völlig unhaltbar und belegt, so Ullrich, wie unwissenschaftlich die Lehre Steiners ist.

Die Waldorfpädagogik

Ullrich kam zum dritten Teil seines Vortrags. Der Grund, warum man sich trotz dieser okkulten Lehre noch heute mit Rudolf Steiner beschäftigen müsse, seien die praktisch lebensreformerischen Projekte, die sich auf die anthroposophische Lehre berufen, allen voran die Waldorfpädagogik.

Auch wenn es auf den ersten Blick so aussieht, als seien die Walddorfschulen ein Teil der sonstigen reformpädagogischen Schulkulturen (kindorientier-

te Lebensgemeinschaftsschulen), bestehen zu diesen doch beträchtliche Unterschiede. Der Lehrplan ist auf dem Konzept der „Kulturstufen“ (alle sieben Jahre ...) aufgebaut. Der Klassenlehrer bleibt über acht Jahre der gleiche und ist die autoritative Person beim Unterricht: der Unterricht soll „erziehen“. Der Lehrer, insbesondere der Klassenlehrer, gestaltet den Unterricht nach dem anthroposophischen Weltbild. Es gibt keine Noten, aber individualisierte Zeugnisse, in denen entsprechend der Temperamentenlehre der Schüler beschrieben wird. Ullrich findet, dass die Waldorfschulen bei allen Unterschieden, die es im einzelnen zwischen ihnen gibt, sehr stark auf den Klassenlehrer zentriert sind, womit nicht jeder Schüler zurechtkomme.

Die stärkere Betonung von musisch-künstlerischen und handwerklich-praktischen Fächern gegenüber der Regelschule wird nicht aus pädagogischen Überlegungen und Beobachtungen entwickelt, sondern ebenfalls aus dem anthroposophischen Weltbild (Kopf-Herz-Hand).

Ullrich berichtete dann noch von praktischen Forschungen über die Waldorfschulen. Zur sozialen Herkunft: Wenn man die Einkommensskala betrachte, sind die Eltern meist im Bereich höhere Einkommen angesiedelt und auf der politischen Skala eher links, also dem Alternativmilieu zugehörig. Auffällig sei, dass sehr viele Lehrer von staatlichen Schulen ihre Kinder auf Waldorfschulen schicken.

Die Schulabschlüsse der Waldorfschüler sind eher gut, das liege aber zum einen am Bildungsmilieu, aus dem die meisten Schüler stammen, und vermutlich auch an den besonderen Strategien, die die Schüler in der Oberstufe entwickeln.

Die Waldorfschulen, als „Privatschulen mit besonderer pädagogischer Prägung“, können keinen Abschluss anbieten; die Schüler müssen sich der regulären Abiturprüfung wie an staatlichen Schulen unterziehen. Das führt nach Ullrich dazu, dass die Waldorfschulen den höchsten Anteil an privatem Nachhilfeunterricht haben; vierzig bis fünfzig Prozent der Schüler müssen sich gesondert auf die Prüfung vorbereiten. Auch die Benutzung des Internets, wie jeder Medienkonsum in den unteren Klassen der Walddorfschulen nicht gerne gesehen, erlaubt den Schülern inzwischen eine gezielte Nacharbeitung des Unterrichts, der mangels Lehrbücher nicht nachgelesen werden kann.

Fazit von Ullrich: „Waldorfschulen stellen heute im Vergleich zu Regelschulen pädagogische Gegenwelten im primär bildungsbürgerlich-alternativen Sozialmilieu dar, die durch bewusst und reflexiv entmodernisierende Züge gekennzeichnet sind. (...) Die

Entscheidung für eine Waldorfschule kann als bewusste Wahl einer pädagogischen Gegenwart verstanden werden, die den Kindern und Jugendlichen das ermöglichen soll, was die Familien selbst heute immer weniger bieten können: personale Kontinuität und soziale Zugehörigkeit. Waldorfschulen sind daher gerade für ein spezifisch ‚alternativ-elitäres‘ soziokulturelles Milieu von Elternhäusern attraktiv.“ (S. 241)

Ullrich empfiehlt, die Praxis der Waldorfschulen genau anzusehen; es seien durchaus Momente enthalten, die für die staatlichen Schulen interessant sein können. Als positiv empfindet er, dass sich die Waldorfschulen zunehmend der erziehungswissenschaftlichen Diskussion stellen und es dabei zu einem echten Dialog mit den Erziehungswissenschaftlern kommt.

Einen großen Schritt sollten die Waldorfschulen bei der Lehrerausbildung machen. Während ein anthroposophischer Mediziner in Schulmedizin seine Prüfung machen muss und dazu als Plus die Alternativmedizin kommt, sei das bei den Waldorflehrern nicht der Fall. Er wünsche sich ebenfalls, dass sie das normale Lehrerstudium machen, das würde allerdings die Finanzen berühren, denn die jetzige schlechte Bezahlung an Waldorfschulen ließe sich dann nicht mehr halten.

Insgesamt findet Ullrich die Entwicklung hin zu Privatschulen bedenklich, wobei die Waldorfschulen nicht einmal „das Schlimmste“ seien. Die Absonderung von Kindern aus dem gleichen sozialen Milieu, die häufig auch über die Höhe des Schulgeldes gesteuert wird, sei eine Abkehr von der eigentlich privatschulfeindlichen Haltung des Grundgesetzes.

Nachklapp

Vermutlich ist der Ansatz von Ullrich, auf eine gewisse Säkularisation bei den Waldorfschulen zu setzen, der einzig gangbare Weg, denn Gegenreformation und Repression bewirken bei religiös motivierten Einrichtungen eher eine Abschottung und Übersteigerung.

Die Diskussion war leider sehr kurz und eigentlich keine. Mehr als einzelne Fragen an den Referenten oder kurzen Statements von Zuhörerinnen, die der Anthroposophie nahestehen, kamen nicht raus.

Vielleicht sollten die Veranstalter die Form überdenken. Eine Vorlesung mit Frontalvortrag ist doch etwas antiquiert und erschwert einen echten Dialog mit dem Publikum, der ruhig auch mit vorbereiteten und kontroversen Beiträgen belebt werden könnte. Dann hätten die Zuhörer mehr davon, aber auch die Referenten bekämen bestimmt Anregungen, die sie dann für ein mitunter nicht allzu großes Publikum entschädigten.

Alfred Küstler

Betreff: Perspektivwechsel. – Politische Diskurse entwickeln sich in kulturellen Zusammenhängen, die – kritisch oder apologetisch – auf die Nationalgeschichte zugeschnitten sind. Mit der EU besteht heute ein übergreifender politischer Zusammenhang, in dem es auf die Kunst ankommt, auch einmal die Perspektive der Nachbarn einzunehmen. In loserer Reihe wollen wir an dieser Stelle Bücher und andere kulturelle Produktionen vorstellen, die dabei helfen. Nachfragen und Angebote an politischeberichte@gmail.com, Betreff: Perspektivwechsel.



John Steinbeck, Russische Reise. Mit Fotografien von Robert Capa.

Aus dem amerikanischen Englisch von Susann Urban. Edition Büchergilde. 298 S., 2011. ISBN 978-3-7632-6398-1.

Das Interesse am deutschen Faschismus, dem Zweiten Weltkrieg und der Nachkriegszeit ist nach wie vor in den Medien und in der Literatur präsent. Die Gründe dafür sind vielfältig. Auch Generationen später sind die Wunden nicht verheilt, die Verwüstungen durch den Krieg noch zu erkennen, die Täter oft noch unbehelligt, die Opfer vergessen. Die Erinnerungsarbeit beschränkt sich oft auf das eigene Land, der Blick schweift nicht allzu häufig über die Grenzen. Der Reisebericht von John Steinbeck mit Fotos von Robert Capa, „Russische Reise“, 1948 in den USA, jetzt, sechzig Jahre später, auch auf Deutsch erschienen, kann dennoch die Frage aufwerfen, warum noch einmal den Blick zurückwenden auf jene Anfangsjahre der jungen Sowjetunion in der Stalinzeit. Die UdSSR existiert inzwischen nicht mehr; sie wurde 1991 durch die Russische Föderation abgelöst. Der Ostblock zerfiel.

Ein Grund für das Interesse an dem Reisebericht von John Steinbeck und Robert Capa ist unbestreitbar: Sie brachen 1947 in ein unbekanntes Land auf, das sie nur aus der Propaganda kannten, sie wollten wissen, wie die Menschen dort leben. Die Informationen, die sie von dieser Reise mitbrachten, sind keineswegs allgemein bekannte Tatsachen. Ihr Bericht liest sich abenteuerlich, enthält überraschende Schilderungen.

John Steinbeck, der große amerikanische Schriftsteller, der später den Nobelpreis erhielt, ist ein begnadeter Erzähler, der diese Reise, bei der es tausend Hindernisse zu überwinden galt, mit viel Humor schildert. Die bürokratischen Hürden in der Zeit des Stalinismus hatten manchmal kafkaeske Ausmaße. Die faktischen Schwierigkeiten waren beträchtlich. Den beiden Amerikanern gelang es mit viel Ausdauer und Glück von Moskau aus das riesige Land zu bereisen, sie besuchten zwei Kolcho-

sen, die Städte Kiew, Stalingrad und Tiflis. Ihre Schilderungen der Begegnungen mit Menschen – darunter nehmen ihre Begleiter eine wichtige Rolle ein – zeigen die Schwierigkeiten der Verständigung. Die Bereitschaft etwas über den anderen zu erfahren war jedoch aufrichtig und überwand die nicht unerheblichen Verständigungsschwierigkeiten. Robert Capa musste um die Erlaubnis bestimmte Objekte, z.B. eine Traktorenfabrik, zu fotografieren hart kämpfen und erlebte nicht nur einmal ein Verbot. Auch wenn er nicht alles fotografieren konnte, was er wollte, seine Bilder der Menschen, von Häusern und Landschaften sind eindrucksvolle und oft auch erschütternde Dokumente der Jahre unmittelbar nach dem Krieg. Sie sprechen nicht nur von Zerstörung, sondern auch von Lebensfreude.

Robert Capa, der durch seine Fotos vom spanischen Bürgerkrieg bekannt wurde und zu den großen Fotografen des 20. Jahrhunderts zählt, und John Steinbeck, Romanautor und Journalist, waren auf ihrer Reise aufeinander angewiesen, mussten das Hotelzimmer teilen, sich gegenseitig ertragen, Frustrationen und Ängste des Reisepartners auffangen. Die Beziehung der beiden wird von Steinbeck und in einem Text auch von Robert Capa auf umwerfend komische Weise geschildert. Robert Capa bangte bei der Ausreise um seine Fotos, aber schließlich durfte er den allergrößten Teil mitnehmen. Für die Aufzeichnungen von Steinbeck interessierte sich dagegen niemand.

„Die russische Reise“ ist eine höchst spannende und noch dazu vergnügliche Lektüre, der ich auch einige Erkenntnisse über die Beziehungen zwischen USA und UdSSR in jenen Jahren verdanke. Der kalte Krieg konnte nicht verhindern, dass diese Reise zu einer gelungenen Begegnung zwischen Amerikanern und Russen wurde.

Ulla Varchmin

Inhalt

Aktuelle Meldungen	2
501 Milliarden Euro mehr Schulden in drei Jahren • Europäische Betriebsräte gestärkt • Deutsche Energiewende und europäische Nachbarn	
„Die Perspektive der Freiheit muss die Praxis der Unterbringung bestimmen“	4
Antrag der Linken im Bundestag zum kirchlichen Arbeitsrecht	5
„#spanishrevolution“	6
Programmdiskussion bei den Muslimbrüdern	8
Libyen: Ein Aufstand in Stellvertretung?	12
Auslandsnachrichten	13
Tschechien: Protest gegen Krisenprogramm • Türkei kriminalisiert Gewerkschaftsaktion • Teurer Streik • Gewerkschaftliche Solidarität in Haiti • Erneut Bauernaktivist in Venezuela ermordet • Millionen Beschäftigte fordern nukleare Abrüstung	
Aktionen ... Initiativen	14
Attac-Kampagne für Bankwechsel startet • Flüchtlinge wollen Gutscheinsystem boykottieren • Amnesty International wird 50 Jahre • Zwei-Milliarden-Klage gegen die Deutsche Bahn AG • Nationalen Armutskonferenz: „Geringverdiener ausgebootet“ • „Muslimische Jugendarbeit fördern“ • Der Protest gegen die Gebirgstruppe geht weiter! • Atomkraftgegner kritisieren Atom-Beschlüsse der Bundesregierung scharf! • Kein „Pro“-Marsch durch die Innenstadt von Köln	
Landtagsfraktion der Linken in NRW enthält sich beim Haushalt	16
Schwierige Debatte um Zukunft der Alten- und Pflegeheime	16
Versäumtes Nachholen: „Wir motten ein Kriegsdenkmal ein“	17
Kommunale Politik	18
Keine Frauen in Spitzenpositionen: Hannover. • Bauwagenesetz grundsätzlich liberalisieren! Hamburg. • „Keine Privatisierung gegen den Bürgerwillen“: Hamburg. • Aktuelle Zahlen belegen – Privatisierung ist Verschleuderung öffentlichen Eigentums! Braunschweig. • Roter Erfolg: Grüner Strom für Bonn! Bonn. • Stadtrat beschließt Einwohnerabstimmung: Köln. • Die Kinderarmut in unserer Stadt ist ein Skandal! Rendsburg. • Haushaltslage der Kommunen bleibt angespannt: Berlin.	
Europa wird wichtiger – Linke Konzepte sind gefragt	19
Wirtschaftspresse	22
Die Neue Soziale Idee 2011 oder der Neustart der Linken	23
Rudolf Steiner und die Waldorfpädagogik	24
John Steinbeck, Russische Reise. Mit Fotografien von Robert Capa.	27

Sommerschule der Linke ArGe „Konkrete Demokratie – soziale Befreiung von Donnerstag, 18. bis Sonntag, 21. August in Erfurt

Kurs Philosophie

Der Arbeitstitel lautet: „Aspekte sozialer und gesellschaftlicher Umbrüche aufgrund computervermittelter Netzwerke und Kommunikationsprozesse“.

AG Internationale Politik:

Im Rundschreiben der ArGe vom November 2010 hatte die AG Internationale Politik „Themenschwerpunkte der Diskussion und für die weitere Arbeit am Thema EU“ veröffentlicht. Zwei Hauptschwerpunkte darunter waren: Analyse der Entwicklung und der aktuellen deutschen Politik zu den „drei Säulen“ der EU (Europäische Gemeinschaft, „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“, „Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit“). EU, Strategiediskussion nach dem Verfassungsgerichtsurteil – wie positioniert sich die Linke? Beide Themen wird die AG in der Sommerschule weiter bearbeiten.

Kurs Wirtschaft

Allmendegüter: Die Nutzung öffentlicher Güter im Widerstreit von Gruppeninteressen. Öffentliche Güter werden öffentlich bereitgestellt, die Nutzung erfolgt durch letztlich durch einzelne Personen oder durch zusammenhängende Personengruppen. Einander ausschließende Nutzungen und – namentlich bei Naturgütern – zerstörende Nutzung schaffen im gesellschaftlichen Raum verfahrenre Situationen, die autoritäre Staatseingriffe legitimieren. Wir wollen uns im Sommer mit Fragen der gemeinschaftlichen Nutzung von öffentlichem Güter bzw. des gemeinsamen Eigentum von Nutzergruppen beschäftigen. Wir werden dabei Texte zu Rate ziehen, die in unserer Diskussion bereits eine Rolle gespielt haben, so Charles B. Blankart, (Finanzwissenschaft, Vahlen, München 2008) und „Handbuch Sozialraum.“ (VS-Verlag, Wiesbaden 2005). Zudem möchten wir uns auch auf Arbeiten von Elinor Ostrom stützen, die in deutscher Übersetzung vorliegen. Elinor Ostrom wurde 2009 als erste Frau der Wirtschaftsnobelpreis zuerkannt, gemeinsam mit Oliver E. Williamson. Ostrom habe gezeigt, „wie gemeinschaftliches Eigentum von Nutzerorganisationen erfolgreich verwaltet werden kann“, so heißt es in der Würdigung der Königlich Schwedischen Akademie der Wissenschaften. Elinor Ostrom (* 7. August 1933 in Los Angeles, Kalifornien, USA) ist Professorin für Politikwissenschaft an der Indiana University in Bloomington. Sie zählt mit ihrem Mann Vincent Ostrom zu den Begründern der Bloomington School.

Anmeldung / Informationen: Die Sommerschule findet von Donnerstag bis Sonntag, 18. bis 21. August 2011, in Erfurt statt. Beginn ist am Donnerstag um 14 Uhr, Ende am Sonntag ca. 12 Uhr. Die ArGe-Mitgliederversammlung findet voraussichtlich am Freitagabend, 19. August, 19 Uhr, statt.

Wir tagen wieder in der Jugendherberge „Hochheimer Straße“, in der „JH Klingengstraße“ übernachten wir. Beide liegen nur etwa 3 Minuten Fußweg auseinander.

Adresse: JH Erfurt, Hochheimer Str. 12, Klingengstraße 4, 99094 Erfurt, Tel. 0361 5626705.

Bahn: Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 6 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen. Von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg.

Autofahrer nehmen die Abfahrt Erfurt-Zentrum, -Waltersleben, dann in Richtung Erfurt, in Erfurt Richtung Innenstadt fahren (bis Kreuzung Kaffeetrichter), dort links abbiegen, über die Schillerstraße (B 4 und B 7), in der Pförtchenstraße links abbiegen, nach ca. 400 m befindet sich die JH auf der linken Straßenseite auf Ausschilderung JH achten).

Die Kosten für Ü/F betragen 26,00 Euro + 1 Euro Kurtaxe pro Person.

Bettwäsche ist vorhanden, bitte Handtücher mitbringen.

Mittag-/Abendessen können auf Wunsch in der JH eingenommen werden. Bitte bei der Anmeldung angeben.

Wir sind als Gruppe angemeldet und haben eine gewisse Anzahl an Betten reserviert. Anmeldungen sind deshalb nur bei hanne-reiner@onlinehome.de oder telefonisch 030-39808805 möglich.

Auf Antrag können in begrenztem Umfang auch Reisekosten übernommen werden.

(In der vorigen Ausgabe der Politischen Berichte war versehentlich ein falsches Datum für die Sommerschule angegeben, wir bitten das zu entschuldigen)

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint am 30. Juni 2011.

Redaktionsschluss: Freitag, 24. Juni.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die nächsten Erscheinungstermine:

jeweils donnerstags: 30. Juni, 28. Juli, 8. September.